

# Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

3/2016

THEMA IM FOKUS

## Jugendpolitik in Zeiten des demografischen Wandels

**4 | Der demografische Wandel –  
findet er noch statt?**  
Demografische Veränderungen sind  
Teil eines umfassenden gesell-  
schaftlichen Wandels  
von Steffen Kröhnert

**11 | Der demografische Wandel  
und die Jugendpolitik**  
Komplexe Antworten auf eine  
einfache Frage  
von Christian Lüders und  
Nora Gaupp

**19 | Perspektiven einer ressort-  
übergreifenden Jugendpolitik**  
Jugendpolitik und das Handeln für  
eine jugendgerechte Gesellschaft  
von Klaus Waldmann

**26 | „We come together“**  
Regionales Handeln für  
Demokratie, Diversität und  
Partizipation  
von Claudia Lübcke und  
Christoph Schützler

**33 | Mitbestimmung durch  
Partizipation**  
Erfahrungen aus einem  
Sozialraum-Projekt  
von Barbara Hopmann

Außerschulische Bildung  
Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

3/2016

[adb.de](http://adb.de)



## Zu diesem Heft

Der Begriff „Demografischer Wandel“ hat eine erstaunliche Entwicklung hinter sich – vom drohenden Schreckgespenst hat er sich zur großen Chance für die Gesellschaft gemausert. Welche Interpretation auch immer zutrifft, eins ist sicher: Die demografische Entwicklung, wie sie sich aktuell in Deutschland vollzieht, betrifft alle Menschen und alle Lebensbereiche. Diese Entwicklung muss gestaltet werden und politisch Verantwortliche auf allen Ebenen sind gefordert, nach Wegen zu suchen, mit anstehenden und sich bereits vollziehenden Veränderungen produktiv umzugehen.

Diese Ausgabe der Zeitschrift fragt nach einer speziellen Politik für eine spezifische Zielgruppe: Kinder und Jugendliche. Wie muss Jugendpolitik in Zeiten des demografischen Wandels aussehen? Stehen Kindern und Jugendlichen weniger Aufmerksamkeit und weniger Ressourcen zu, weil sie eine kleiner werdende gesellschaftliche Gruppe sind? Oder bedeutet diese Entwicklung nicht gerade umgekehrt, alle Kräfte zur Unterstützung junger Menschen zu bündeln, zumal diese kleiner werdende Zahl junger Menschen in Zukunft immer größere (finanzielle) Belastungen stemmen muss?

Diese und weitere Fragen werden in den folgenden Beiträgen diskutiert. Einig scheinen sich die Expertinnen und Experten in einer Hinsicht: Eine gute Jugendpolitik weiß um die Bedeutung von Bildung. Sie ist die Grundlage für die aktive Teilhabe aller an der Entwicklung unserer Gesellschaft. Jugendpolitik ist gefordert, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich alle Jugendlichen am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen können – egal, ob sie auf dem Land leben oder in der Stadt, ob sie in Deutschland geboren wurden oder zugewandert sind. Jugendpolitik ist in der Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die Rechte Jugendlicher gesichert werden, dass die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf gelingen können, dass Zeit und Räume zur Verfügung stehen, in denen Jugendliche sich entfalten können.

Das vorliegende Heft zeigt aus verschiedenen Perspektiven, auf welche Herausforderungen die Jugendpolitik reagieren muss. Es zeigt aber auch, welche Wege die politische Bildung beschreitet, um Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld zielgruppengerechte Angebote zu machen und liefert Anstöße zum Weiterdenken.



*Friedrun Erben*

Friedrun Erben

### Thema des nächsten Heftes:

#### (Miss)Verständnis Europa

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: [www.adb.de/zeitschrift\\_ab](http://www.adb.de/zeitschrift_ab)

### Thema im Fokus:

#### Jugendpolitik in Zeiten des demografischen Wandels

- 4 **Der demografische Wandel – findet er noch statt?**  
von Steffen Kröhnert
- 11 **Der demografische Wandel und die Jugendpolitik**  
von Christian Lüders und Nora Gaupp
- 19 **Perspektiven einer ressortübergreifenden Jugendpolitik**  
von Klaus Waldmann
- 26 **„We come together“** von Claudia Lübcke und  
Christoph Schützler
- 33 **Mitbestimmung durch Partizipation**  
von Barbara Hopmann
- 39 **Ausgewählte Literatur zum Schwerpunktthema**

### Forum

- 40 **Nach den Landtagswahlen** von Ulrich Eith
- 45 **Engagement und politische Bildung** von Paul Ciupke

### Politische Bildung praktisch

- 49 **„Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim\_innen online“** von Sindyan Qasem

### Jahresthema im AdB

- 54 **„So bekommen wir nicht, was wir zum Leben brauchen!“**  
von Moritz Kilger

### Rezensionen

- 59 **Rezensionen**

### AdB Aktuell

- 69 **AdB Aktuell**

### Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 80 **Personalien**
- 81 **Aus Profession und Politik**
- 91 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 92 **Veranstaltungen**
- 93 **Zeitschriftenschau**
- 95 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

# Der demografische Wandel – findet er noch statt?

Demografische Veränderungen sind Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels

**Der demografische Wandel bleibt ein wichtiges Zukunftsthema unserer Gesellschaft. Doch darf dies nicht den Blick darauf verstellen, dass demografische Veränderungen stets verwoben sind mit vielfältigen anderen Phänomenen des sozialen Wandels. Und Erkenntnisse über Handlungsmöglichkeiten liefert uns nicht allein der Blick auf die Demografie, vielmehr müssen sie in den Fachwissenschaften oder in der transdisziplinären Zusammenarbeit entwickelt und politisch umgesetzt werden.** von Steffen Kröhnert

## Die erstaunliche Karriere eines Begriffs

Als im Jahr 2002 eine Enquetekommission des Deutschen Bundestags zum „Demografischen Wandel“ ihren Abschlussbericht vorlegte, hatten die meisten Deutschen diesen Begriff noch nie gehört. Danach machte das Schlagwort in der öffentlichen Aufmerksamkeit eine erstaunliche Karriere. Mit wachsender Intensität widmeten sich Think-Tanks und Stiftungen, Medien, Fachbeiräte und interministerielle Arbeitsgruppen den demografischen Themen Einwohnerrückgang, Alterung und Geburtenzahlen. Tatsächlich schien in den Nullerjahren demografisch ein „point of no return“ überschritten zu sein: Ende 2002 registrierte das Statistische Bundesamt in der Bundesrepublik 82,5 Millionen Einwohner. Das war die höchste Einwohnerzahl ihrer Geschichte, seit Kriegsende war die Bevölkerung fast ununterbrochen gewachsen. Ende 2011, nach Berücksichtigung der Volkszählungsergebnisse, hatte die Republik nur noch 80,3 Millionen Einwohner – ein Verlust von 1,8 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in nur 10 Jahren. Und vor allem in Ostdeutschland prägten leer stehende Plattenbauten, denen mit Abrissbirnen zu Leibe gerückt wurde, zahlreiche Stadtbilder.

Die öffentliche, politische und wissenschaftliche Dis-

kussion um den demografischen Wandel hat seitdem alle Nuancen der emotionalen Verarbeitung des Themas Demografie ausgelotet. Auf der einen Seite stand eine Katastrophisierung, deren Protagonisten den Untergang Deutschlands kommen sahen – wie etwa der damalige FAZ-Herausgeber *Frank Schirrmacher* in seinem Buch „Das Methusalemkomplott“ (2004) oder der Demografieprofessor *Herwig Birg* mit seiner Publikation „Die demografische Zeitenwende“ (2005). Untergangsszenarien passten in diese Zeit, litt die Bundesrepublik doch 2005 unter der höchsten Arbeitslosenquote ihrer Geschichte. In den Jahren 2008 und 2009 erlebte Deutschland sogar einen Wanderungsverlust, selbst gut qualifizierte Deutsche fanden die Schweiz oder Österreich lebenswerter als ihre Heimat. Das alternde Land schien immer ärmer und unattraktiver zu werden und der demografische Wandel wurde dafür mitverantwortlich gemacht.

Heute ist vieles anders. Deutschland hat 2016 eine der geringsten Arbeitslosenquoten Europas und ist (wieder) eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Nationen. Nie waren so viele Menschen erwerbstätig, die öffentlichen Kassen verzeichnen Rekordeinnahmen. Dementsprechend hatte sich schon in den letzten Jahren der Tenor, in wel-

chem öffentlich über Demografie gesprochen wurde, gewandelt. Mehr und mehr wurden nur noch „Chancen des demografischen Wandels“ betont, wie etwa in der Ausstellung und zugehörigen Publikation der Leibnitz-Gemeinschaft zum Wissenschaftsjahr 2013 „Zukunft leben – die demografische Chance“. Und so mancher „Demografie-tag“ geriet zuletzt zur bloßen Jubelveranstaltung, weil dort lokale Politikerinnen und Politiker selbst kleine oder selbstverständliche Maßnahmen und Projekte feierten, die irgendetwas mit alten Menschen oder mit freiwilligem Engagement zu tun hatten.

Dann, im Jahr 2015, erlebte Deutschland die größte Einwanderungswelle seiner Geschichte. Per Saldo kamen schätzungsweise 1,1 Millionen Menschen, der größte Teil davon jünger als 25 Jahre (vgl. Statistisches Bundesamt 2016a). Plötzlich hat Deutschland wieder 82 Millionen Einwohner/-innen und um die bekannten Themen des demografischen Wandels ist es sehr still geworden. Auf der einen Seite scheint das Land jetzt andere Probleme zu haben. Auf der anderen Seite fragen sich manche: Findet der befürchtete demografische Wandel jetzt überhaupt noch statt?

### Den demografischen Wandel gibt es dennoch

Prinzipiell wandeln sich Gesellschaften im Lauf ihrer historischen Entwicklung stets auch demografisch: Auf einer frühen Stufe gesellschaftlicher Entwicklung haben Gesellschaften hohe Kinderzahlen, gleichzeitig existiert ein hohes Risiko, in jedem Lebensalter durch Krankheiten oder Unfälle zu versterben. Dadurch entsteht der klassische Altersaufbau einer Bevölkerung, dem die „Bevölkerungspyramide“ ihren Namen verdankt: In ihr sind die Jahrgänge umso zahlreicher besetzt, je jünger die Menschen sind.

Mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung verbessern sich Ernährung und medizinische Versorgung der Bevölkerung, es stirbt sich nicht mehr so leicht. Immer mehr der zahlreichen Kinder überleben, die Bevölkerungszahl nimmt zu, es kommt zum „ersten demografischen Übergang“. In Ländern wie Niger, das sich auf dieser Entwicklungsstufe befindet, wächst die Einwohnerzahl jedes Jahr um 4% – bei einer Gesamtfertilitätsrate von durchschnittlich sieben Kindern je Frau. Die Hälfte der Bevölkerung im Niger ist jünger als 15 Jahre (vgl. UNPD 2015).

Entwickeln sich Gesellschaften weiter, reduzieren Familien immer stärker die Zahl ihrer Nachkommen. Als Arbeitskräfte auf dem Feld und als Altersvorsorge sind viele Kinder nicht mehr vonnöten, stattdessen verursachen sie Kosten – für Erziehung und Ausbildung. In entwickelten Industrieländern sinkt die Fertilitätsrate immer weiter, häu-

fig unter das bestandserhaltende Maß von 2,1 Kindern je Frau, welches erforderlich wäre, damit eine Bevölkerung langfristig stabil bleibt. Während vorher der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung vor allem auf der Reduktion der Kindersterblichkeit beruhte, erreichen nun fast alle Menschen das Rentenalter und leben darüber hinaus immer länger. Der altersmäßige „Schwerpunkt“ der Bevölkerung verschiebt sich zunächst von den jungen zu den älteren Erwerbsfähigen und schließlich zu den Rentnern, während immer kleinere Gruppen von jungen Menschen ins Eltern- und ins Erwerbsalter nachrücken. Genau dieses Phänomen ist es, das Deutschland gegenwärtig erlebt.

### Naturgesetz oder politisch gestaltbar?

Vor allem der „Mangel an Kindern“ war ein zentrales, nicht nur wissenschaftliches, sondern vor allem politisches Thema in der Diskussion um den demografischen Wandel. Deutschland erlebte seinen letzten „Babyboom“ nach Ende des Zweiten Weltkriegs. 1964 wurden hierzulande (in DDR und BRD zusammen) 1,36 Millionen Kinder geboren – etwa 2,6 je Frau im fruchtbaren Alter. In den frühen 1970er Jahren fiel die Gesamtfertilitätsrate („durchschnittliche Kinderzahl je Frau“) auf nur noch 1,4. Im Jahr 2015 kamen in Deutschland lediglich etwa 740.000 Kinder zur Welt (vgl. Statistisches Bundesamt 2016b). 40 Jahre lang verharrte die Gesamtfertilitätsrate auf diesem, auch im internationalen Vergleich sehr niedrigen Niveau und jede Generation neu Geborener ist dadurch im Vergleich zu der ihrer Eltern um ein Drittel kleiner.

---

## Vor allem der „Mangel an Kindern“ war ein zentrales, nicht nur wissenschaftliches, sondern vor allem politisches Thema in der Diskussion um den demografischen Wandel.

Warum kam es gerade hierzulande zu einem früheren und stärkeren Fall der Geburtenrate als anderswo auf der Welt? In Westdeutschland prallte die gesellschaftliche Modernisierung – ausgedrückt durch eine bessere Ausbildung und die Emanzipation von Frauen – auf ein politisch gefördertes Familienmodell, das auf einen männlichen Haupternährer und eine bestenfalls zuverdienende Ehefrau gesetzt hatte. Kindergärten, Ganztagschulen oder gar →

Kinderkrippen hatten in diesem Familienbild keinen Platz. Der Blick auf andere westeuropäische Länder zeigt, dass dieser familienpolitische Weg falsch war. Denn Länder wie Schweden oder Frankreich, die frühzeitig auf eine Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit auch für Frauen setzten, haben heute eine Fertilität, die nahe an jenen angestrebten zwei Kindern je Frau liegt.

Für die Modernisierung der deutschen Familienpolitik war der Druck durch die Diskussion um den demografischen Wandel von großer Bedeutung. Dem 1996 eingeführten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Drei- bis Sechsjährige folgte 2005 ein Kinderbetreuungsgesetz, das bis 2013 auch den Kleinsten deutschlandweit einen Krippenplatz sichern sollte. Das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld, eine an das letzte Einkommen gekoppelte einjährige Lohnersatzleistung, wollte explizit zu einer höheren Geburtenzahl beitragen. Nach langem Zweifeln (von Politikern und Wissenschaftlern), ob die veränderte Familienpolitik tatsächlich zu höheren Kinderzahlen je Frau beitragen kann, darf man heute ein vorsichtig positives Fazit ziehen. Wirksame Familienpolitik braucht einen langen Atem. Im Jahr 2014 lag die durchschnittliche Kinderzahl in Deutschland bei 1,47 – so hoch wie seit den 1980er Jahren nicht mehr. Junge Menschen entscheiden sich offenbar wieder etwas häufiger für Kinder.

Auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung ist der Einfluss von Familienpolitik allerdings gering. Die Zahl der Neugeborenen hängt nicht nur von der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau, sondern vor allem von der Zahl der Frauen im Elteralter ab. Da seit Jahrzehnten tendenziell immer weniger Kinder zur Welt kamen, nimmt, zeitversetzt um eine Generation, zwangsläufig auch die Zahl der potenziellen Mütter ab – daran kann keine Familienpolitik mehr etwas ändern. Gab es 1995 noch 17,1 Millionen Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren, so sank deren Zahl auf 14,1 Millionen im Jahr 2014. Und weil sie künftig weiter sinken wird, muss die Zahl der Neugeborenen ebenfalls abnehmen – selbst wenn die Kinderzahl je Frau leicht ansteigt.

### **Zuwanderung als Potenzial und Risiko**

Die beschriebene Entwicklung bringt es mit sich, dass die Zahl autochthoner Deutscher – also Menschen mit ebenfalls in Deutschland geborenen Vorfahren – abnimmt. Denn tendenziell weniger Geburten stehen, bedingt durch das Älterwerden zahlenmäßig stark besetzter Jahrgänge, eine wachsende Zahl an Sterbefällen gegenüber. Dies bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Einwohnerzahl

insgesamt sinkt. Ausgeglichen, ja sogar übertroffen wurde dieser Effekt bisher stets durch die Zuwanderung.

Seit 1954, als die ersten Gastarbeiter in Deutschland eintrafen, sind per Saldo mehr als zehn Millionen Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen. Weil sie Familien gegründet haben, leben hierzulande mittlerweile etwa 16 Millionen Einwohner, die einen sogenannten Migrationshintergrund haben: Sie sind selbst nach Deutschland zugewandert oder haben mindestens ein Elternteil, auf den das zutrifft. Deutschland war in den vergangenen Jahrzehnten eines der wichtigsten Einwanderungsländer der Welt (vgl. Woellert/Klingholz 2014).

Unter den Zugewanderten und deren Nachkommen sind vergleichsweise viele junge Menschen. Das liegt zum einen daran, dass Migranten tendenziell im jungen Erwerbsalter einwandern und zum anderen, dass sie im Mittel mehr Kinder haben. Deshalb stellen Migranten bei einem Bevölkerungsanteil von 20 % heute rund ein Drittel des Nachwuchses. In Zukunft wird Deutschland angesichts der demografischen Alterung seiner Bevölkerung mehr und mehr auf Zuwanderung angewiesen sein. Allerdings nimmt in Zukunft der Überschuss der Sterbefälle über die Geburten kontinuierlich zu. 2015 starben in Deutschland 185.000 Menschen mehr als geboren wurden, 2030 werden es Prognosen zufolge etwa 400.000 sein. Ab 2040

## **In Zukunft wird Deutschland angesichts der demografischen Alterung seiner Bevölkerung mehr und mehr auf Zuwanderung angewiesen sein.**

verliert Deutschland jährlich etwa eine halbe Million Menschen durch den Überschuss von Sterbefällen über die Geburten (vgl. Statistisches Bundesamt 2009). Eine so hohe jährliche Zuwanderung wäre quantitativ vielleicht möglich, doch um Quantität allein geht es dabei nicht.

Während etwa Einheimische im besten Erwerbsalter, zwischen 35 und 45 Jahren, zu 90 % (Männer) bzw. 75 % (Frauen) erwerbstätig sind, beträgt diese Quote bei Personen mit Migrationshintergrund lediglich 76 % (Männer) und 52 % (Frauen). Migranten leben etwa doppelt so häufig wie Einheimische von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe (vgl. Statistisches Bundesamt 2015). Eine wichtige Ursache für die mangelhafte Integration eines Teils der Migranten



Foto: madochab / photocase.com

in den Arbeitsmarkt ist deren unzureichende Qualifikation: 11 % der Migrantinnen und Migranten verfügen über keinerlei Bildungsabschluss – bei den Einheimischen sind es nur knapp 2 %. Dabei ist nicht nur das geringe Bildungsniveau von Zugewanderten selbst ein Problem, sondern auch die Tatsache, dass deren bereits in Deutschland geborene Nachkommen oft nicht viel besser dastehen. Diese Gruppe der „zweiten Zuwanderergeneration“ bleibt im Mittel doppelt so häufig ohne Schulabschluss wie Einheimische (vgl. ebd.).

Gegenwärtig steht die große Gruppe der Babyboomer noch im Erwerbsalter. Doch weil diese Menschen mittlerweile die 50 überschritten haben, wächst die Zahl älterer Erwerbsfähiger von Jahr zu Jahr. Waren 2001 noch lediglich 20 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland älter als 50, so sind es gegenwärtig bereits 32 %. In Zukunft muss sich zeigen, ob ältere Erwerbstätige dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert werden können und ob der geplante Eintritt ins Rentenalter mit 67 Jahren tatsächlich realisiert werden kann. Der zukünftige starke Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist eine große Herausforderung für die Gesellschaft der Bundesrepublik. Historisch gesehen stand Wirtschaftswachstum immer im Zusammenhang mit einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen. Doch in den kommenden 20 Jahren wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren in Deutschland den Prognosen zufolge durchschnittlich jedes Jahr um 375.000 Personen

abnehmen. Die schrumpfende Zahl Erwerbsfähiger wird nicht nur die wachsende Gruppe der Pensionäre finanzieren, sondern auch die Innovationskraft der Wirtschaft sichern müssen.

Bei bestimmten Berufsgruppen mit hohem Altersdurchschnitt, etwa den Lehrern und beim gesamten öffentlichen Dienst, stehen Wellen von Verrentungen bevor und es gibt häufig nicht ausreichend Nachwuchs. Vor allem in ländlichen Regionen fehlt der Nachwuchs bei Auszubildenden und Berufseinsteigern. Die Zahl der 15- bis 18-Jährigen ist zwischen 2005 und 2014 um 624.000 Personen gesunken. Während in den Jahren bis 2006 bei den Arbeitsagenturen jährlich nur etwa 15.000 unbesetzte Ausbildungsplätze registriert wurden, gab es 2014 bereits 37.000 Ausbildungsstellen ohne Bewerber/-in (vgl. BMBF 2015). Für die Zukunft bedeutet das gute Aussichten für Jugendliche, die zunehmend von Unternehmen und Hochschulen umworben werden.

Starke Zuwanderung, wie im Jahr 2015, kann solche Prognosen quantitativ relativieren. Dies beantwortet aber nicht die Frage, wie schnell – und ob überhaupt – die Zugewanderten hinsichtlich Sprachkenntnissen, Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen an das für Arbeitsplätze in Deutschland erforderliche Niveau herangeführt werden können. Gelingt dies nicht in ausreichendem Maße, stellt Zuwanderung keine Entlastung dar. →

### Regionale Verwerfungen: Metropolen wachsen, die Peripherie verliert

Deutschland ist mit seinen demografischen Herausforderungen nicht allein. Die autochthone („nicht-migrantische“) Bevölkerung fast aller europäischen Länder altert und schrumpft. Einige Länder mit besonders niedrigen Geburtenraten wie Spanien, Italien und Polen bräuchten Millionen von Zuwanderern, wollten sie ihre Erwerbsbevölkerung stabil erhalten. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit in diesen Ländern ist dies dort jedoch derzeit kein relevantes Thema. In der Gegenwart zeigt sich der Effekt anhaltend niedriger Kinderzahlen vor allem in peripheren ländlichen Gebieten, in denen früher kinderreiche Familien die Regel waren. Diese Regionen haben immer schon die nachwuchsräreren und wachsenden Ballungszentren mit jungen Menschen bevölkert. Seit aber selbst in der ländlichen Peripherie die Kinderzahlen je Frau zum Teil weit unter den Wert von 2,1 gesunken sind, haben diese Regionen der Abwanderung nichts mehr entgegenzusetzen. Die niedrigen Geburtenzahlen verstärken den gesellschaftlichen Trend zur Urbanisierung – vor allem Metropolräume und große Städte ziehen Bevölkerung an, während der ländliche Raum an Attraktivität verliert. Nur in Staaten mit höherer Fertilität und anhaltender Zuwanderung, etwa in Frankreich oder Norwegen, gibt es genug Menschen, um



Foto: Albrecht E. Arnold / pixelio.de

auch in ländlichen Gebieten die Einwohnerzahlen zu stabilisieren. Das europäische Statistikamt *Eurostat* geht davon aus, dass bis 2030 für drei Viertel aller europäischen Regionen die Zuwanderung der einzig mögliche Wachstumsfaktor sein wird (vgl. Berlin-Institut 2008). Die Hälfte dieser Gebiete wird vermutlich trotz Zuwanderung einen Bevölkerungsrückgang erleben.

Vorhanden wären die potenziellen Einwanderer in die europäischen Staaten ohne weiteres, denn auf der Erde insgesamt wird vorerst kein Mangel an jungen Menschen herrschen: Die Vereinten Nationen gehen in ihren Vorausschätzungen von einem Zuwachs der Weltbevölkerung um etwa 1,5 Milliarden bis 2030 aus. Allein die Bevölkerung Afrikas, wo die durchschnittliche Kinderzahl je Frau derzeit bei fünf liegt, wächst jedes Jahr um etwa 20 Millionen Menschen.

Auch in Deutschland hat der demografische und wirtschaftliche Strukturwandel in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Siedlungsentwicklung geprägt. Während in einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft neue, attraktive Arbeitsplätze vorwiegend im Umland von Großstädten und in Metropolräumen entstehen, sind in peripheren ländlichen Gebieten, wo früher Bergbau, Landwirtschaft und Fertigungsindustrien prägend waren, viele, vor allem junge Menschen, abgewandert. Dabei ist der Trend der demografischen Konzentration umso deutlicher, je ausgeprägter der Bevölkerungsrückgang in einer Region ist: In Ostdeutschland, das insgesamt bereits seit Jahren stark an Bevölkerung verliert, schrumpfen fast alle ländlichen Gemeinden. Doch die elf ostdeutschen Großstädte haben mittlerweile alle eine stabile Einwohnersituation. Manche – wie Potsdam, Dresden oder Leipzig – wachsen sogar stark. Ähnliche Effekte – wenngleich in geringerer Ausprägung – lassen sich auch in westdeutschen Bundesländern beobachten. Je entlegener eine Gemeinde umso größer ist die Wahrscheinlichkeit von Bevölkerungsverlusten durch Abwanderung und einen Überschuss von Sterbefällen im Verhältnis zu den Geburten.

### Der demografische Wandel ist Teil eines gesellschaftlichen Wandels

Das Phänomen „Demografischer Wandel“ ist also in vielen Aspekten real und sichtbar. Die Zusammenschau der gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen und wissenschaftlichen Diskussionen der vergangenen 15 Jahre sollte jedoch dazu führen, den demografischen Wandel nach einer Phase der Überinterpretation von Zahlenwerten und Prognosedaten wieder als das zu sehen, was er tatsächlich ist: Teil eines gesellschaftlichen Wandels. Demografische Daten zeigen uns, dass es mehr ältere Erwerbstätige, mehr Pflegebedürftige, weniger Auszubildende und Berufseinsteiger gibt. Doch die Demografie sagt uns nicht, ob und in welchem Ausmaß dies ein Problem ist. Sie sagt uns vor allem nicht, wie damit umgegangen werden kann.

Weil demografische Veränderungen zwar viele gesell-

schaftliche Bereiche beeinflussen – vom Bildungssystem, über die Personalpolitik der Unternehmen, die Kultur, den Konsum bis hin zur Kommunalplanung – dies aber im Zusammenwirken mit zahlreichen anderen gesellschaftlichen Entwicklungen geschieht, etwa der Globalisierung, der Di-

---

## **Es bleibt wichtig, demografische Veränderungen aufmerksam zu verfolgen. Doch darf dies nicht den Blick darauf verstellen, dass diese stets verwoben sind mit vielfältigen anderen Phänomenen des sozialen Wandels.**

igitalisierung, dem technischen Fortschritt oder der Feminisierung, macht die Suche nach einem demografischen Masterplan, einer umfassenden „Demografiestrategie“ wenig Sinn. Es gilt vielmehr, demografische Faktoren in der Planung und Ausgestaltung institutionellen Handelns zu berücksichtigen und dann nach konkreten Antworten zu suchen.

Dies soll mit einem Blick auf den gegenwärtigen Arbeitsbereich des Autors, Demografischer Wandel und Soziale Arbeit, illustriert werden: Welche Herausforderungen stellt der demografische (und der soziale) Wandel beispielsweise an ländliche Kommunen?

In den besonders betroffenen Kommunen und Stadtteilen bleiben vorwiegend ältere Menschen zurück, soziale Infrastruktur geht nach und nach verloren, Vereinen geht der Nachwuchs aus, Läden und Poststellen schließen. Hier käme es darauf an, zu sozialen Innovationen beizutragen, die es ermöglichen, kostengünstig auch bei rückläufiger Einwohnerzahl Lebensqualität auf möglichst hohem Niveau zu erhalten. Auch die Beratung und Begleitung bei neuen gemeinschaftlichen Wohnformen älterer Menschen ist ein Thema der Zukunft.

Der Bereich Gesundheit und Pflege beinhaltet die Gewährleistung medizinischer und pflegerischer Betreuung auch in ländlichen und dünn besiedelten Regionen. Zu den bereits heute relevanten Fragen des Case-Managements für den Umgang mit Pflegebedürftigkeit kommen weitergehende kommunale Herausforderungen: Welche Hürden müssen überwunden werden, damit ein Arzt aus

der Stadt eine Zweigpraxis im Dorf eröffnen kann und was kann die Kommune tun, um für entsprechende Fachkräfte attraktiv zu sein? Welche Erfahrungen bei der Etablierung von niedrigschwelligen Versorgungsdiensten wie der „Gemeindeschwester“ bzw. der „nichtärztlichen Praxisassistenten“ gibt es? Auch mobile oder telemedizinische Gesundheitsdienstleistungen benötigen einen organisatorischen Rahmen.

Beim freiwilligen Engagement in der Flüchtlingshilfe wird exemplarisch sichtbar, dass es ein wachsendes Bedürfnis und ein Selbstbewusstsein der Menschen gibt, sich in ihren Kommunen und in selbstgewählten Bereichen zu engagieren. Auch hierzu tragen demografische und soziale Veränderungen bei: Ein ausschließlich familienzentrierter Lebensstil löst sich auf, mehr Menschen erreichen bei guter Gesundheit und materiellem Wohlstand das Rentenalter und suchen zunehmend nach sinnstiftenden und sozialen Bindungen durch Engagement für andere oder für ihre Kommune bzw. ihren Sozialraum. Management von freiwilligem Engagement, das Zusammenbringen von Angebot und Nachfrage für Freiwilligenarbeit kann hier ein wichtiger Aspekt kommunaler Daseinsvorsorge aber auch demokratischer Bürgerbeteiligung sein.

Zur Sicherung von Nahversorgung und Mobilität gehört die Erprobung und Umsetzung von innovativen Versorgungs- und Mobilitätslösungen. In verschiedenen Kommunen gibt es mittlerweile Versuche, kommunale Dienstleistungspunkte, beispielsweise „Dorfläden“ – allerdings ergänzt mit einem ganzen Bündel an Dienstleistungsangeboten – in einer Mischung aus kommunaler Beteiligung, Förderprogrammen und freiwilligem Engagement als Ersatz für nicht mehr vorhandenen privaten Einzelhandel zu etablieren.

Schließlich sind auch Kompetenzen zur Gestaltung altersgerechter Personalstrukturen in Organisationen und Unternehmen sowie die Ausgestaltung altersgerechter Arbeitsplätze erforderlich. Geht es doch hier darum, zwischen den Bedürfnissen von Unternehmen und Beschäftigten zu vermitteln. Welche Arbeitszeitmodelle, welche altersangepassten Tätigkeitsprofile und psychosozialen Bedingungen machen es möglich, dass Erwerbstätige bis zum 67. Lebensjahr ihrer Arbeit nachgehen können? Vor dem Hintergrund eines Fachkräfte- und Nachwuchsmangels, etwa im Handwerk oder im mittelständischen Gewerbe, werden Fragen wie die psychosoziale Unterstützung von Auszubildenden (auch solchen mit Migrationshintergrund) und Fragen der sozialen Einbindung und Familienfreundlichkeit rund um die Unternehmen und Organisationen wichtiger. →

Es bleibt wichtig, demografische Veränderungen aufmerksam zu verfolgen. Doch darf dies nicht den Blick darauf verstellen, dass diese stets verwoben sind mit vielfältigen anderen Phänomenen des sozialen Wandels. Und Erkenntnisse über Handlungsmöglichkeiten liefert uns nicht allein der Blick auf die Demografie, sondern sie müssen in den jeweiligen Fachwissenschaften – oder in der transdisziplinären Zusammenarbeit – entwickelt und politisch umgesetzt werden.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

### Zum Autor



**Steffen Kröhnert** ist seit 2014 Professor für Demografischen Wandel und Soziale Arbeit an der Hochschule Koblenz. Zuvor war er mehrere Jahre am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung tätig und an zahlreichen Publikationen im Themenfeld Demografischer Wandel beteiligt.

kroehnert@hs-koblenz.de

### Literatur

**Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008):** Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München: DTV

**Birg, Herwig (2005):** Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. Frankfurt am Main: C. H. Beck

**BMBF; Bundesministerium für Bildung und Forschung (2015):** Berufsbildungsbericht 2014. Berlin: BMBF

**Schirmmayer, Frank (2004):** Das Methusalemkomplott. Die Menschheit altert in unvorstellbarem Ausmaß. Wir müssen das Problem unseres eigenen Alterns lösen, um das Problem der Welt zu lösen. München: Karl Blessing Verlag

**Statistisches Bundesamt (2009):** Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Zwölfte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

**Statistisches Bundesamt (2015):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2014. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

**Statistisches Bundesamt (2016a):** 2015: Höchststände bei Zuwanderung und Wanderungsüberschuss in Deutschland. In: Pressemitteilung Nr. 246

**Statistisches Bundesamt (2016b):** 2015: Mehr Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen. In: Pressemitteilung Nr. 225

**UNPD; United Nations Population Division (2015):** World Population Prospects the 2015 Revision, <http://esa.un.org/unpp> (Zugriff: 17.07.2016)

**Woellert, Franziska / Klingholz, Reiner (2014):** Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

# Der demografische Wandel und die Jugendpolitik

## Komplexe Antworten auf eine einfache Frage

**Geht die zunehmende Alterung der Gesellschaft mit düsteren Perspektiven für die Jugendpolitik einher? Oder könnte die knapper werdende Ressource „Jugend“ möglicherweise an Bedeutung gewinnen und Jugendpolitik in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken, weil die Gesellschaft auf die gelingende Integration der nachwachsenden Generation angewiesen ist? Mit dem Blick auf die Vielfalt regionalisierter Lebenslagen und die Zuwanderung junger Menschen wird deutlich, dass die konzeptionellen Anforderungen an Jugendpolitik steigen und sie diversitätsorientiert agieren muss.** von Christian Lüders und Nora Gaupp

Wenn unter jugendpolitisch Interessierten das Gespräch auf den demografischen Wandel kommt, stehen meist über kurz oder lang düstere jugendpolitische Perspektiven im Raum. Verantwortlich dafür ist ein auf den ersten Blick bestechender Gedankengang: Ausgangspunkt ist die nicht zu leugnende Tatsache, dass – wie gerade erst der Bildungsbericht 2016 festgestellt hat – „die steigende Lebenserwartung in Verbindung mit der aktuell zwar stabilen, aber dennoch geringen Anzahl an Geburten zu einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016, S. 19) führen wird. Auch wenn je nach Modellierung der Prognose das Bild und die Prozentzahlen leicht variieren (vgl. anschaulich animiert: [www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2058](http://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2058); vgl. auch BMI 2011), bedeutet dies nichts anderes, als dass der Anteil der Altersgruppe der Jugendlichen – wie immer sie auch jeweils definiert sein mag – im Verhältnis zu den älteren Bevölkerungsgruppen sinkt. Die damit verbundenen Implikationen hat die Sachverständigenkommission für den 14. Kinder- und Jugendbericht mit Blick auf das Jahr 2025 wie folgt beschrieben: „Die Zahl der Zehn- bis 20-Jährigen – dies sind dann die Personen, deren Eltern in der ‚Pillenknicke-Phase‘ geboren wurden – wird mit 16 Prozent be-

sonders stark zurückgehen. Die Zahl der über 20-jährigen jungen Erwachsenen schließlich wird um ca. zwölf Prozent zurückgehen. Allein die hohe Mobilität in dieser Lebensphase führt dazu, dass einige wenige Regionen noch ein geringfügiges Wachstum aufweisen werden. Bezogen auf alle unter 30-Jährigen liegt der Bevölkerungsrückgang bis 2025 bei zwölf Prozent, während die Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum lediglich um ein gutes Prozent abnimmt.“ (Deutscher Bundestag 2013, S. 80) Damit verbunden sei – so die häufig anzutreffende Argumentation – ein gesellschaftspolitischer Machtverlust der nachwachsenden Generation bzw. der sie vertretenden Politik. In diesem Sinne formuliert auch der 14. Kinder- und Jugendbericht: „Was das ‚Machtverhältnis‘ zwischen den Generationen anbelangt, so führt die Alterung der Bevölkerung vor allem zu einem relativen Bedeutungsanstieg der Erwachsenen und der älteren Wähler, während die jungen Noch-nicht-Wählerinnen und -Wähler und die quantitativ geringe Anzahl derer, die erstmals zur Wahlurne gehen können, an Gewicht verlieren.“ (Deutscher Bundestag 2013, S. 364) Die dabei zugrunde liegende rhetorische Figur ist einfach gestrickt: Der Anteil junger Menschen nimmt ab, also steigt die Bedeutung der älteren Bevölkerung. Bedenkt man →

zudem die meist unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der jüngeren Altersgruppen (vgl. auch Statistisches Bundesamt 2014), steht der politische Bedeutungsverlust der jüngeren Altersgruppen und der entsprechenden Politikfelder klar vor Augen. Jugendpolitik würde unter diesen Prämissen an den Rand rutschen – marginalisiert, bedeutungs- und machtlos.

Diese Argumentation enthält allerdings einen gravierenden Schwachpunkt. Gegenüber der vermeintlich auch in der Zukunft erwartbaren weiterhin dramatischen Abnahme des Anteils junger Menschen an der Gesamtbevölkerung, legen die Daten der jährlich erscheinenden Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes nahe, an dieser Stelle eher zurückhaltend zu argumentieren. Zwar bestätigen die Daten zunächst, wenn man sich die Entwicklung seit 1950 ansieht (vgl. Tabelle 1), dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren an der Bevölkerung von 30,4% im Jahr 1950 auf 18,2% im Jahr 2014 gesunken und im gleichen Zeitraum der Anteil älterer Menschen über 60 Jahre von 14,6% auf 27,4% gestiegen ist, während der Anteil der mittleren Altersgruppen zwischen 20 und 60 Jahren im Wesentlichen unverändert geblieben ist.

Jahr Alter	U20	20–30	30–60	60–80	Ü80
1950	30,4	14,1	40,9	13,6	1,0
1960	28,4	15,4	38,8	15,8	1,6
1970	30,0	12,9	37,1	18,0	2,0
1980	26,7	14,9	38,9	16,7	2,7
1990	21,7	16,7	41,2	16,6	3,8
2000	21,1	11,6	43,6	19,8	3,8
2010	18,4	12,1	43,1	21,0	5,3
2014	18,2	12,0	42,4	21,8	5,6

**Tabelle 1: Entwicklung der Bevölkerung seit 1950 nach Altersgruppen: Anteile an der Bevölkerung insgesamt in Prozent**  
Quelle: Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes 2016, Tabelle 1.4

Der zweite Blick macht jedoch zumindest zeitliche Differenzierungen nötig. So ist der Anteil der jungen Generation seit der Jahrtausendwende „nur“ von 21,1% im Jahr 2000 auf 18,2% im Jahr 2014 gesunken, seit 2010 scheint er sich zu stabilisieren. Ähnliches zeigt sich auch bei der Betrachtung des Jugendquotienten, definiert als die Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen von 20 bis unter 65 Jahren (Statistisches Bundesamt 2016,

Tabelle 1.5). Lag dieser 1960 noch bei 46,9, so lag er 2014 bei 29,9. Wiederum sind die Veränderungen seit 2010 (30,3) nur marginal.

Wichtig ist aber, dass der Blick in die Zukunft keine weiteren gravierenden Verschiebungen erwarten lässt (vgl. Abbildung 1). Der Anteil Jugendlicher zwischen 14 und 17 Jahren und junger Erwachsener zwischen 18 und 25 Jahren wird entsprechend der Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes bis in die 2050er Jahre weiterhin etwas unter 4% bzw. 8% liegen. Ein dramatischer weiterer Verlust an Einfluss und Bedeutung wäre – würde man der oben skizzierten Argumentation folgen – also nicht zu erwarten.

Unabhängig von diesen Daten kann man an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass eine zunehmend knapper werdende Ressource möglicherweise auch das genaue Gegenteil bewirken könnte, nämlich dass Jugend an Bedeutung gewinnt und Jugendpolitik in einem weiteren Sinne als Bildungs-, Qualifizierungs- und Befähigungspolitik schon in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt ist bzw. rücken könnte, gerade weil die Gesellschaft auf eine gelingende Integration der nachwachsenden Generation angewiesen ist. Selbstverständlich gilt es nach wie vor als ein wenig anrühlich, Kinder und Jugendliche vorrangig unter humankapital-theoretischen Gesichtspunkten zu betrachten. In den einschlägigen Veröffentlichungen lautet die entsprechende Formel, dass „Jugendliche mehr (sind) als ‚Humankapital‘, in das heute investiert werden muss, damit auch morgen noch zum Beispiel Fachkräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen“ (BMFSFJ/AG Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ 2016) – was ja nichts anderes heißt, dass sie eben auch genau dies sind. Nicht wenige Entwicklungen seit dem Dresdner Bildungsgipfel im Jahr 2008 lassen sich in dieser Weise interpretieren und können nur als eine massive bildungspolitische investive Aufwertung von Kindheit und Jugend verstanden werden. Doch dies soll hier nicht im Zentrum stehen.

Stattdessen soll die Aufmerksamkeit noch einmal auf die zugrunde liegende Argumentationsfigur gelenkt werden: Jugendpolitik im Kontext des demografischen Wandels in der gerade skizzierten Form zu thematisieren bringt einen gewichtigen diskursiven Vorteil mit sich. Denn wer in der zuvor skizzierten Weise Jugend in Zusammenhang von Alterskohorten bringt, wer die Anteile junger Menschen an der Bevölkerung in Bezug setzt zu anderen Bevölkerungsgruppen, betont zunächst die Einheit der Lebenslage Jugend. Hergestellt wird diese über die Zu-

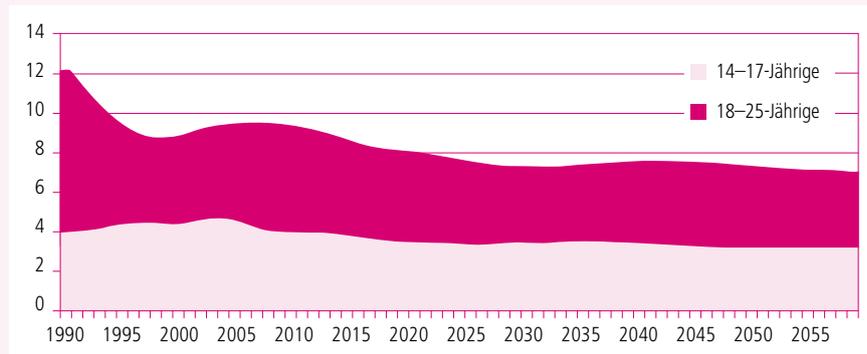


Abbildung 1: Entwicklung der Anteile der 14- bis 17-Jährigen und 18- bis 25-Jährigen an der Bevölkerung insgesamt in Prozent Quelle: DJI-Regionaldatenbank auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes zur Bevölkerungsfortschreibung 2016

gehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe oder Generation. Jugendforschung, die sich auf solche „Generationenbilder“ bezieht, stellt demnach die Charakteristika im Aufwachen der heute jungen Menschen in den Mittelpunkt (vgl. z. B. die Debatten um die Generation Praktika oder die „generation why“). Gegenüber den sonst in der sozialwissenschaftlichen Debatte üblichen Verweisen auf die Entgrenzung der Lebensphase Jugend, auf Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse und die Diversität der Lebensformen, also die Vielfalt dessen, was als Jugend verstanden werden kann, vereinfacht der vergleichende Blick auf Alterskohorten und generationale Lagen das Bild erheblich: Nicht die interne Vielfalt rückt in den Vordergrund, sondern die Unterschiede – und sei es nur der relative Anteil an der Bevölkerung – im Vergleich zu anderen Kohorten. Diese Vereinfachung ist attraktiv für Jugendpolitik, weil von dort aus sich vergleichsweise klare Linien ziehen lassen.

Allerdings funktioniert diese Argumentationslogik nur, wenn man den demografischen Wandel in der zuvor skizzierten Weise als Ausgangspunkt für jugendpolitische Argumentationen nutzt. Erweitert man das Verständnis vom demografischen Wandel, ändert sich das Bild schlagartig. An zwei Beispielen, die beide mit Wanderungsbewegungen zu tun haben – Regionale Disparitäten und Zuwanderung –, soll dies im Folgenden gezeigt werden.

### Der regionale Blick – Veränderungen in den regionalen Lebensverhältnissen

Ein wesentliches Charakteristikum der demografischen Veränderungen sind ihre regional unterschiedlichen Ausprägungen und Entwicklungsverläufe. „Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die regionale Spaltung der Dynamik, das kleinräumige Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Gemeinden“ (Deutscher Bundestag 2013, S. 80). In der Folge unterscheiden sich die Lebensverhältnisse von jungen Menschen wesentlich in Abhängigkeit ihrer Wohnregion.

So zeigt sich beispielsweise für die westlichen und östlichen Bundesländer, dass sich der Anteil Jugendlicher an der Bevölkerung regional im Sinne eines deutlichen West-Ost-Gefälles unterschiedlich verteilt, bedingt u. a. durch einen deutlichen Rückgang des Anteils Jugendlicher seit 1990 in den östlichen Bundesländern. So variiert 2014 der Anteil der 18- bis 25-Jährigen über die Bundesländer zwischen 4,8% in Brandenburg und 8,6% in Bremen (Statistisches Bundesamt 2016, Tabelle 3.5). Durch zu erwartende binnen-deutsche Wanderungsbewegungen junger Menschen werden dabei in Ostdeutschland v. a. Städte und Agglomerationsräume Zuwanderungsgewinne, ländliche Gebiete einen Rückgang der Bevölkerung durch Abwanderung zu verkraften haben.

Während traditionellerweise in solchen Darstellungen meist nur Unterschiede nach Bundesländern, Kreisen oder Ost und West betrachtet wurden, später auch zwischen →

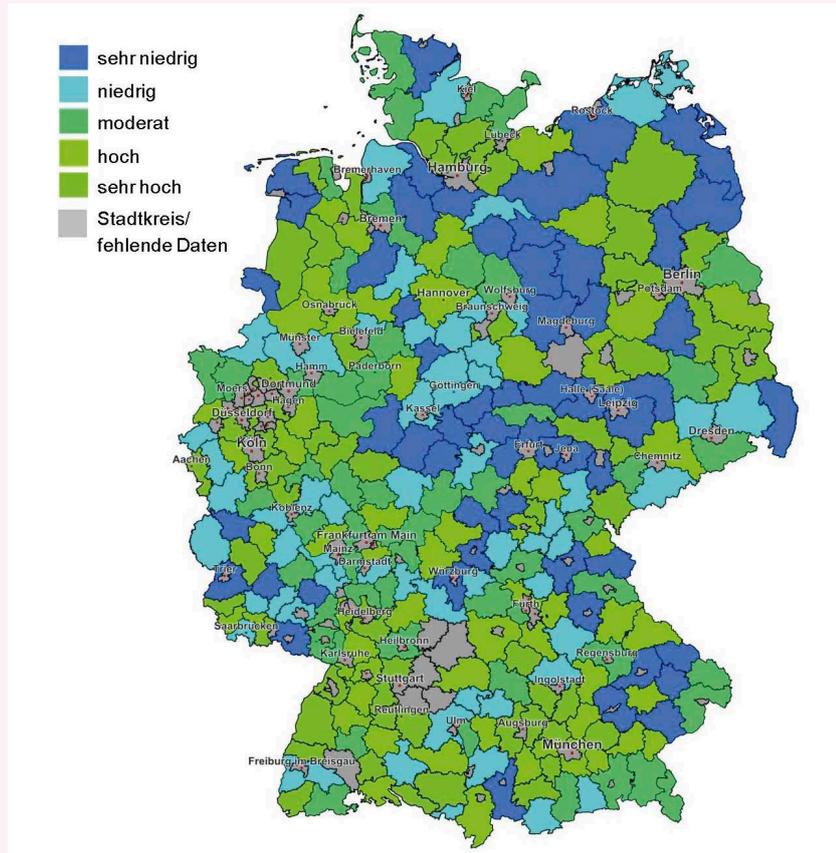


Abbildung 2: Jugendteilhabeindex nach Landkreisen Quelle: Beierle/Tillmann/Reißig 2016, S. 19

Nord und Süd, erhalten seit einigen Jahren Gebietstypologien vermehrte Aufmerksamkeit. Hierbei wird entweder nach Gebietsgrößenklassen (also z. B. nach ländlichen, klein-, mittel- und großstädtischen Gebieten) oder nach Typologien differenziert, sie sich aus Indikatoren zur sozialen Zusammensetzung der dort wohnenden Menschen (z. B. der Anteile älterer und jüngerer Menschen, von Menschen mit Transferleistungsbezug, von Menschen unterschiedlicher Bildungsgruppen usw.) und/oder infrastrukturellen Aspekten (z. B. der Bildungs-, Freizeit- oder Verkehrsinfrastruktur) zusammensetzen. Bezogen auf die Infrastruktur ist für Jugendliche besonders die Versorgung mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, mit Freizeitangeboten (wie Jugendzentren, Schwimmbädern, Diskotheken oder Kinos), Einkaufsmöglichkeiten sowie öffentlichem Nahverkehr bedeutsam. Region kann in einer solchen Perspektive als ein mögliches eigenständiges Strukturierungsprinzip sozialer Ungleichheiten verstanden werden.

Werden mit der Diskussion um strukturschwache ländliche Räume nach wie vor primär Bundesländer im Osten Deutschlands assoziiert, zeigt ein Blick in die Empirie, dass es sich bei der Konzentration von demografischen und da-

raus resultierenden sozialen und strukturellen Problemen nicht länger um ein „Phänomen Ost“ handelt (Schubarth/Speck 2009). Strukturschwäche, Abwanderung und Alterung betreffen nicht mehr nur ländlich geprägte Regionen Ostdeutschlands, sondern inzwischen auch westdeutsche ländliche Regionen. Die Bewältigung demografischer Herausforderungen stellt sich als gesamtdeutsche Aufgabe (vgl. Maretzke/Weiss 2009).

Jüngere Untersuchungen zu den Lebenslagen von Jugendlichen betonen dementsprechend, dass sich regionale Disparitäten nicht nur bzw. nicht primär nach amtlichen Regionsklassifizierungen richten, sondern nach den Teilhabechancen an für Jugendliche bedeutsamen Lebensbereichen beschrieben werden können. Das DJI-Projekt „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“ (Beierle/Tillmann/Reißig 2016) untersuchte beispielsweise an Hand eines aus sechs Aspekten zusammengesetzten Teilhabeindex (Beschäftigungsperspektiven, weiterführende Bildung/Ausbildung, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, Mobilität, digitale Versorgung und politische Mitsprache) die Teilhabechancen für Jugendliche in ländlichen Räumen. Wie *Abbildung 2* zeigt, unterscheidet sich der Jugendteilhabeindex in den Landkreisen deutlich.

Und auch wenn sich chancenärmere Landkreise im gesamten Bundesgebiet finden, so sind doch mehrheitlich Landkreise im Osten Deutschlands betroffen. Stadtkreise sowie Landkreise mit fehlenden Regionaldaten (grau dargestellt) waren von der Untersuchung ausgeschlossen.

Die betrachteten Teilaspekte des Teilhabeindex für Jugendliche sind dabei in unterschiedlichem Maße dazu in der Lage, Jugendliche an ihre Region zu binden. Während v. a. die Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsoptionen sowie in geringerem Ausmaß Mobilitätsmöglichkeiten Jugendliche von einer Abwanderung abzuhalten in der Lage sind, sind Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, die digitale Versorgung und politische Beteiligungschancen für die Wanderungsentscheidungen der Jugendlichen kaum von Bedeutung.

Schon diese wenigen Ergebnisse reichen aus, um deutlich zu machen, dass der jugendpolitische Diskurs vor diesem Hintergrund einer völlig anderen Perspektive folgen muss: Nicht mehr die Einheit der Altersgruppe Jugend steht im Vordergrund, sondern die Vielfalt regionalisierter Lebenslagen und -bedingungen junger Menschen. Jugendpolitik kann mit Blick auf diese Konstellationen nicht mehr mit Einheitsformeln hantieren, sondern muss der Heterogenität regionaler Rahmenbedingungen gerecht werden.

### Demografische Veränderungen durch Zuwanderung

Wer über Demografie und Jugendpolitik spricht, kommt an dem Thema Zuwanderung und junge Menschen mit Migrationshintergrund nicht vorbei. Schon ein erster Blick auf die Altersgruppe der Jugendlichen offenbart, dass in dieser Altersgruppe der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt (vgl. Tabelle 2).

	Insgesamt		10 bis 25 Jahre	
	absolut	in %	absolut	in %
Personen ohne Migrationshintergrund	64.511	80	8.850	73
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne	16.386	20	3.342	27
darunter Deutsche	9.176	11	2.211	18

**Tabelle 2: Bevölkerung nach Migrationsstatus sowie Altersgruppen (10–25) absolut (in 1.000) und in Prozent** Quelle: Statistisches Bundesamt 2015: Bevölkerung mit Migrationshintergrund; Ergebnisse des Mikrozensus, S. 38 und 576

Die Daten sind eindeutig: Während bezogen auf die Gesamtbevölkerung der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne <sup>1</sup> 20 % beträgt, liegt er bei der Gruppe der 10- bis 25-Jährigen bei 27 %. Von diesen 27 % verfügen 18 % über einen deutschen Pass. Sieht man sich diese Gruppe unter der Perspektive der Herkunftsländer genauer an, wird schnell sichtbar, dass die größte Gruppe Bezüge zu der Mitgliedsländern der EU hat, und zwar – in dieser Reihenfolge – nach Polen, Italien, Rumänien, Griechenland und Kroatien. Aus dem sonstigen Europa hat der überwiegende Teil Bezüge in die Türkei, die Russische Föderation und nach Serbien. Ein erheblicher Teil der jungen Menschen verfügt über Hintergründe aus dem asiatischen Raum (einschließlich Ozeanien und Australien) und mit Abständen aus Afrika und Amerika (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S. 82 f.).

Ohne hier die prozentualen Anteile im Detail darzustellen, macht allein diese Auflistung deutlich, dass unter diesem Vorzeichen Jugendpolitik vor allem differenztheoretisch bzw. diversitätsorientiert agieren muss. Im Mittelpunkt steht ein breites Spektrum unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen junger Menschen. Was hier exemplarisch am Beispiel junger Menschen mit Migrationshintergrund angedeutet wurde, lässt sich in einem weiteren Schritt generalisieren, wenn man andere Differenzkriterien wie etwa Bildung, sozio-ökonomische Lage, Geschlecht u. a. heranzieht. Mit jedem eingeführten Kriterium wird die Lebenslage Jugend vielfältiger und heterogener. Nicht zufällig sprechen Forscherinnen und Forscher mittlerweile nicht mehr von Jugend, sondern von Jugendlichen.

### Fazit – Jugendpolitik für alle Jugendlichen? Jugendpolitik für bestimmte Jugendliche?

Die Beispiele der Regionalisierung des demografischen Wandels und von migrationsbedingten demografischen Veränderungen machen deutlich, dass die Heterogenität bzw. Diversität der Lebenslagen Jugendlicher der Jugendpolitik das Leben schwer macht. Eine Jugendpolitik für →

<sup>1</sup> Als Personen mit Migrationshintergrund (im weiteren Sinn) definiert werden „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Die Definition von Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn ist dieselbe, außer dass diese Definition von Geburt an deutsche Zuwandererkinder, die nicht mehr bei den Eltern oder einem Elternteil wohnen, nicht mit einschließt.

alle Jugendlichen kann es unter diesem Blickwinkel nicht geben. Unter dieser Perspektive notwendiger Differenzierungen sind zudem Differenzierungen „zweiter Ordnung“ zu beachten. So kann sich Jugendpolitik auf Jugendliche in bestimmten Regionen beziehen (z. B. Förderung von jugendrelevanter Infrastruktur in ländlichen Regionen), auf Jugendliche bestimmter Altersgruppen (z. B. frühe präventive Ansätze), Jugendliche in bestimmten Lebenssituationen (z. B. Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, Jugendliche mit gesundheitlichen Belastungen, Jugendliche, die unter Bedingungen von Armut aufwachsen), Jugendliche bestimmter Bildungsgruppen (z. B. Jugendliche ohne Schulabschluss) oder junge Frauen oder junge Männer (z. B. MINT-Förderung für Mädchen). Jugendpolitik zerfällt damit de facto in Zielgruppenpolitiken. Die bekannte Differenz von Politik für alle Jugendliche vs. Politik für von Marginalisierung bedrohte Gruppen von Jugendlichen greift insofern zu kurz. Weil Jugendpolitik unter diesen Bedingungen kaum mehr greifbar erscheint und Mühe hat, ein einiges Profil auszubilden, läuft sie Gefahr, nicht mehr als eigenes Politikfeld wahrgenommen zu werden.

Ein eindrückliches Beispiel hierfür ist der von der *Bertelsmann Stiftung* auf den Weg gebrachte Wegweiser Kommune, der die Verschränkung von Region und Altersstruktur in den Mittelpunkt rückt. Vor dem Hintergrund der zuvor schon beschriebenen sehr heterogenen regionalen Dynamiken des demografischen Wandels bietet die *Bertelsmann Stiftung* auf der entsprechenden Homepage (vgl. [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de)) nicht nur die Möglichkeit regionalisierte Daten abzufragen, sondern für die verschiedenen Politikfelder auch Analysen und Empfehlungen. Bemerkenswerterweise kommt dabei Jugendpolitik als eigenes Politikfeld nicht vor. Bei den altersgruppenspezifischen Texten findet sich einiges zu Kindern und Senioren; in Bezug auf die Politikfelder geht es vorrangig um Bildung, Finanzen, Integration und Soziale Lage. Unter dem Stichwort Bildung wird man beispielsweise in Bezug auf die Praxisfelder Kindertagesbetreuung, Schule, Aus- und Weiterbildung fündig (vgl. [www.wegweiser-kommune.de/bildung](http://www.wegweiser-kommune.de/bildung)), nicht aber zur Kinder- und Jugendarbeit. Etwas zugespitzt formuliert: Unter demografiepolitischen Gesichtspunkten und einer Betonung von Regionalisierungsprozessen erscheint zumindest aus der Sicht der *Bertelsmann Stiftung* Jugendpolitik kein einfach beschreibbares Politikfeld.

Man kann diesen Befund auch anders lesen: Unter den Bedingungen fortschreitender Heterogenisierung der Lebenslagen Jugendlicher steigen die konzeptionel-

len Anforderungen an die Bestimmung der Politikfeldes Jugendpolitik. Sortierungen, wie sie beispielsweise das Bundesjugendkuratorium für das Feld vorgeschlagen hat (BJK 2009, S. 28), in dem es zwischen Jugendpolitik als Schutz- und Unterstützungspolitik, als Befähigungspolitik, als Teilhabepolitik und als Generationenpolitik unterscheidet, bieten erste Schritte (vgl. Lüders/Rauschenbach 2016).

Die Konsequenzen sind klar: Man muss sich verabschieden von einem Verständnis von Jugendpolitik als einem in sich kohärenten Politikfeld. Jugendpolitik wäre stattdessen als ein Feld zu beschreiben, das unterschiedliche, zueinander durchaus in Widerspruch stehende Politiken für unterschiedliche Adressatinnen- und Adressatengruppen Jugendlicher auf den Weg bringt. Und um eine in jüngerer Zeit häufiger anzutreffende Konsensformel aufzugreifen ginge es dann wohl weniger um eine jugendgerechte Politik (vgl. [www.jugendgerecht.de](http://www.jugendgerecht.de)), sondern eher um vielfältige Formen von den unterschiedlichen Gruppen Jugendlicher gerecht werdenden Politiken.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

#### Zum Autor / zur Autorin



**Christian Lüders**, Dr. phil., ist Leiter der Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut, München; Forschungsschwerpunkte: Jugendforschung, Kinder- und Jugendhilfeforschung, Theorien und Methoden der Erziehungswissenschaft, Evaluationsforschung, qualitative Sozialforschung

[lueders@dji.de](mailto:lueders@dji.de)



**Nora Gaupp**, Dr. phil., ist Leiterin der Fachgruppe Lebenslagen und Lebensführung Jugendlicher am Deutschen Jugendinstitut, München; Forschungsschwerpunkte: Jugendforschung, Lebenslagen und Lebensführung Jugendlicher, Bildungs- und Ausbildungsbiographien von Jugendlichen, Surveyforschung

[gaupp@dji.de](mailto:gaupp@dji.de)

## Literatur

**Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016):** Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag; [www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2016](http://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2016) (Zugriff: 04.08.2016)

**Beierle, Sarah / Tillmann, Frank / Reißig, Birgit (2016):** Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Abschlussbericht. Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen München/Halle: DJI; [www.dji.de/index.php?id=1601](http://www.dji.de/index.php?id=1601) (Zugriff: 04.08.2016)

**BJK – Bundesjugendkuratorium (2009):** Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeit und Stolpersteine. Berlin/München: DJI; [www.bundesjugendkuratorium.de](http://www.bundesjugendkuratorium.de) (Zugriff: 04.08.2016)

**BMI – Bundesministerium des Innern (2011):** Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes (Oktober 2011). Berlin: BMI

**BMFSFJ (2016):** Demografiestrategie: Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“; [www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=209932.html](http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=209932.html) (Zugriff: 04.08.2016)

**Deutscher Bundestag (2013):** Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 14. Kinder und Jugendbericht – und Stellungnahme der Bundesregierung. Drucksache 17/12200. Berlin; <http://pdok.bundestag.de> (Zugriff: 03.06.2016)

**Lüders, Christian / Rauschenbach, Thomas (2016):** Perspektiven der Jugendpolitik. In: Gürlevik, Aydin / Hurrelmann, Klaus / Palentin, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS, S. 497–521

**Maretzke, Steffen / Weiss, Wolfgang (2009):** Demografische Herausforderungen ländlicher Räume. In: Maretzke, Steffen (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel. BBSR-Online-Publikation, N. 34, S. 33–45

**Schubarth, Wilfried / Speck, Karsten (Hrsg.) (2009):** Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. Weinheim/München: Juventa-Verlag

**Statistisches Bundesamt (2014):** Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang. Pressemitteilung Nr. 31 vom 28.01.2014. Wiesbaden; [www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/01/PD14\\_031\\_141.html](http://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/01/PD14_031_141.html) (Zugriff: 10.08.2016)

**Statistisches Bundesamt (2015):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden; [www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund.html](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund.html) (Zugriff: 10.08.2016)

**Statistisches Bundesamt (2016):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden

## Zukunftsfähige Demografiepolitik braucht eine starke Jugendpolitik



### Statement von Caren Marks

Parlamentarische Staatssekretärin  
bei der Bundesministerin für  
Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Demografiepolitik, eine  
Politik, die den demogra-  
fischen Wandel und seine

Folgen in Deutschland gestaltet, gelingt nur, wenn alle Generationen beteiligt werden. Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 12 bis 27 Jahren in Deutschland, 17 % im Jahr 2013, wird auch bei stärkerer Zuwanderung bis 2030 auf etwa 15 % zurückgehen. Menschen über 60 Jahre hingegen werden über ein Drittel der Gesellschaft ausmachen. Diese demografischen

Entwicklungen verändern die Lebenswelten aller Menschen. Auch die der jungen Generation: Denn während die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in den nächsten Jahren nach und nach in Rente gehen, häufig aktiv, in guter Gesundheit und mit langer Lebenserwartung, wird die Generation, die den Arbeitsmarkt trägt und Familien gründet, zahlenmäßig kleiner. Wie bedeutsam die demografische Entwicklung für die Bedingungen des Aufwachsens und die Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen ist, macht sich im ländlichen Raum schon heute bemerkbar, wo die Herausforderungen und Folgen des demografischen Wandels bereits deutlich zu spüren sind.

Dennoch geraten die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher und junger Erwachsener allzu häufig außer Acht. Wenn vom demografischen Wandel die Rede ist, geht es um Rente und Pflege, weniger um →

Bildungschancen und Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb ist es gerade demografisch wichtig, jungen Menschen eine Stimme zu geben – auch in Politikfeldern, in denen Jugendinteressen nicht ganz oben rangieren. Die junge Generation muss gehört werden und mitentscheiden, wenn es um ihre Lebenslagen, um ihre Zukunft und die Zukunft der gesamten Gesellschaft geht. Dafür brauchen junge Menschen Rechte, wirksame Einflussmöglichkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen. Bildung ist der Schlüssel für vieles, nicht zuletzt politische Bildung. Das übergreifende politische Instrument ist eine starke eigenständige Jugendpolitik, wie sie die Bundesregierung betreibt und in ihre Demografiestrategie einbringt.

Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ vertritt in diesem breit angelegten Prozess mit zahlreichen Gestaltungspartnern aus allen Bereichen der Gesellschaft die Interessen der Jugend in ihrer Vielfalt. Sie erarbeitet bis zum nächsten Demografiegipfel im Frühjahr 2017 Handlungsempfehlungen mit besonderem Fokus auf ländlichen Regionen. Dabei werden verschiedene Handlungsfelder in den Blick genommen: Zusammenhalt von Familien und Generationen, Daseinsvorsorge und Jugendarbeit, Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunk, Jugendbilder in Politik und Öffentlichkeit, Mitwirkung junger Menschen, Bildung, Arbeitswelt, Integration und Vielfalt. Außerdem hat die Arbeitsgruppe eine Handreichung mit jugendpolitischen Grundsätzen erstellt, die auch in anderen Arbeitsgruppen und Politikfeldern angewandt werden. Wer die Jugend-Brille aufsetzt, sieht klarer.

Jugendbeteiligung ist ein grundlegendes Element dieser Arbeitsgruppe und wird durch zwei Projekte umgesetzt: Im „Jugend-Demografie-Dialog“ (Leuphana Universität Lüneburg) entwickeln Jugendliche in vier Landkreisen (Friesland, Kyffhäuserkreis, Lichtenfels, Vorpommern-Rügen) eigene Ideen und Vorschläge und bringen sie in die AG ein. Das Projekt „Ich mache Politik | Demografie“ (Deutscher Bundesjugendring) gibt jungen Menschen bundesweit die Chance, on- und offline die Themensetzung und die Handlungsempfehlungen zu beeinflussen.

Die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ verbindet die Demografiestrategie der Bundesregierung mit der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ des Bundesjugendministeriums. Unter dem Dach dieser Jugendstrategie kommen viele Partner zusammen. Die Einzelvorhaben reichen von der Entwicklung eines „Jugend-Checks“ für Gesetzgebungsverfahren des Bundes über die Plattform „jugend.beteiligen.jetzt“ bis hin zum Prozess „Jugendgerechte Kommunen“, an dem 16 Referenzkommunen aus allen Bundesländern und Stadtstaaten mitwirken – nicht zuletzt, um in Zeiten des demografischen Wandels attraktiv für die junge Generation zu sein.

Über Demografiepolitik und Demografiestrategie hinaus steht eigenständige Jugendpolitik dafür, allen jungen Menschen trotz unterschiedlicher Ausgangslagen gleiche Chancen zu eröffnen. Eigenständige Jugendpolitik unterstützt positive Jugendbilder in der Öffentlichkeit und wertschätzt jugendliches Engagement. Eigenständige Jugendpolitik macht die Chancen, die unsere Gesellschaft durch die Jugend erhält, sichtbar. Eigenständige Jugendpolitik ist eine ressortübergreifende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Informationen zur Jugendstrategie und allen Einzelvorhaben finden Sie auf [www.jugendgerecht.de](http://www.jugendgerecht.de).

# Perspektiven einer ressortübergreifenden Jugendpolitik

## Jugendpolitik und das Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft

**„Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ – unter diesem Slogan soll eine Eigenständige Jugendpolitik umgesetzt werden. Welches sind die wichtigsten Debatten, die der Neupositionierung von Jugendpolitik vorausgingen? Welche Ansätze werden verfolgt? Und wo stehen wir heute? Diesen Fragen sowie einer kritischen Einschätzung der Reichweite der aktuellen Strategie und einem perspektivischen Blick auf die notwendigen Schritte widmet sich dieser Beitrag.** von Klaus Waldmann

Im Juli 2015 hat die Jugendministerin *Manuela Schwesig* eine neue Jugendstrategie des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) verkündet. Unter der Überschrift „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ werden der Prozess der Eigenständigen Jugendpolitik – jugendpolitischer Schwerpunkt des Ministeriums in der vorhergehenden Legislaturperiode – und die Umsetzung der Jugendstrategie der EU – immerhin mit einer Laufzeit von 2010 bis 2018 – gebündelt, um „nationale und europäische Konzepte und Initiativen für die Entwicklung eines umfassenden jugendpolitischen Ansatzes zu nutzen.“<sup>1</sup> Das Ziel ist, die seit einiger Zeit laufende öffentliche Debatte über eine kohärente jugendpolitische Programmatik wieder zu intensivieren und mit Pilotprojekten vom Reden zum Handeln zu kommen. – Mehr zur Jugendstrategie des BMFSFJ in einem anderen Abschnitt dieses Artikels.

<sup>1</sup> Verbindungslinien zwischen der Eigenständigen Jugendpolitik und der Umsetzung der EU-Jugendstrategie als zentrale Elemente der Jugendstrategie des BMFSFJ (unveröffentl. Arbeitspapier des BMFSFJ, der Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie und der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 2015)

In diesem Beitrag werden wichtige Stationen der Debatte um eine Neupositionierung von Jugendpolitik in den vergangenen Jahren geschildert, zentrale Überlegungen dieser Ansätze skizziert, die neue Jugendstrategie des Ministeriums näher betrachtet und versucht, eine Zwischenbilanz des jugendpolitischen Diskurses zu ziehen. Im Beitrag wird weitgehend darauf verzichtet, die jeweiligen Begründungszusammenhänge der unterschiedlichen Ansätze zu analysieren und zu bewerten. Doch lässt schon der Überblick über die Stationen der Debatte erkennen, welche Funktion die Konzepte jeweils haben und welche Interessen damit verbunden sind. Am Schluss des Artikels wird versucht, die Reichweite der aktuellen Strategie des Jugendministeriums einzuschätzen und die Notwendigkeit aufzuzeigen, zu einem wirklich ressortübergreifenden Ansatz der Jugendpolitik zu kommen.

### Was ist Jugendpolitik?

Doch zunächst zur Frage: Was ist eigentlich Jugendpolitik? Jugendpolitik ist gefragt, wenn ...

- die Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen gestärkt werden soll, →

- der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Misshandlung in den Fokus der Aufmerksamkeit rückt,
- Unterstützung und Beratung im Prozess der Erziehung erforderlich wird,
- es um die Bewältigung des Übergangs von der Schule in das Berufsbildungs- und Beschäftigungssystem geht,
- die Bedingungen zur Unterstützung Benachteiligter reflektiert werden,
- nach der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen gefragt wird,
- die Bereitstellung von Angeboten offener Jugendarbeit oder der kulturellen und politischen Bildung zur Sprache kommt,
- die Anerkennung non-formaler Bildung zum Thema wird,
- es um Startchancen für Kinder und Jugendliche, für Mädchen und Jungen geht,
- die Chancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte in einer Gesellschaft der Vielfalt verbessert werden sollen,
- die grenzüberschreitende Mobilität von Jugendlichen gefördert werden soll,
- unverzweckte Räume für Jugendliche zur Klärung eigener Interessen, zur Ermöglichung authentischer Erfahrungen und zum Experimentieren mit vielfältigen Lebensentwürfen zu bewahren und zu gestalten,

... ja selbst, wenn über bildungspolitische Fragen und Perspektiven debattiert wird – immer werden Aspekte von Jugendpolitik in den Blick genommen (Waldmann 2012, S. 76 f.). Sicherlich ist diese Aufzählung unvollständig. Ein Nachdenken über Jugendpolitik macht also bewusst, dass es sich hier um einen „hoch diffusen Politikbereich“ (Betz/Rauschenbach 2009, S. 169) handelt.

Grundsätzlich hat Jugendpolitik die Aufgabe, das Aufwachsen und Erwachsenwerden von Kindern und Jugendlichen zu rahmen. Jugendpolitik ist deshalb als Politik zu verstehen, die die Lebenslage Jugend und die biografischen Prozesse des Erwachsenwerdens in ihren vielfältigen Facetten zum zentralen Inhalt hat und sich dabei an den Bedingungen einer ausdifferenzierten, pluralen und wissensbasierten Gesellschaft in globalen Kontexten orientiert. Jugendpolitik ist somit als elementarer Bestandteil einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik zu betrachten und ein komplexes Handlungsfeld, das verschiedene gesellschaftliche Bereiche und Ebenen umgreift. Um den Anforderungen eines umfassenden Konzepts von Jugend-

politik gerecht zu werden, bedarf es eines mehrperspektivischen und systematisch begründeten Ansatzes von Politik, der auf kollaboratives Handeln über Ebenen und Organisationstypen hinweg ausgerichtet ist.

Jugendpolitik ist immer auch Ausdruck davon, wie die Gesellschaft mit „ihrer“ Jugend umgeht, welche Bilder von Jugend in Gesellschaft, Politik und Medien konstruiert werden bzw. vorherrschen. So sprechen *Luedtke* und *Wiezorek* (2016) von Jugendpolitiken im Plural, um zu unterstreichen, dass unterschiedliche Akteure in ihrem jugendpolitischen Handeln verschiedene Ziele verfolgen. Sie weisen darauf hin, dass sich die „gesellschaftlichen und politischen Debatten über und für die Jugend (...) in spezifischen Programmen, Maßnahmen, normativen Regulierungen einschließlich besonderer Gesetzgebungen niederschlagen“ (ebd., S. 7). Auf der Ebene der Akteure ist Jugendpolitik dann eine Politik für, mit und von Jugendlichen.

Die Schwierigkeiten, ein umfassendes und ambitioniertes Konzept von Jugendpolitik umzusetzen, sind augenfällig. Für die oben aufgeführten Themen sind verschiedene Ressorts zuständig. Hinzu kommt, dass die jeweiligen Kompetenzen in einer föderalen Struktur über verschiedene Ebenen verteilt sind. Jedoch ist sie nur ressort- und ebenenübergreifend zu denken und ist weit mehr als Kinder- und Jugendhilfepolitik. Ihre Handlungsschwerpunkte und politischen Entscheidungen sollten in eine konzeptionell kohärente Programmatik eingebunden sein. Deshalb kann sie nur eine Aufgabe des Zusammenwirkens verschiedenster gesellschaftlicher Akteure sein.

### Stationen der jugendpolitischen Debatte

Schon seit einigen Jahren gab es immer wieder Anläufe unter Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe und der Jugendverbände, eine neue Debatte über Jugendpolitik zu initiieren. Es sollte wieder Anschluss an die Konzepte von Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe oder als Gesellschaftspolitik gefunden werden. Neben den Debatten bei Fachtagungen oder in den Verbänden vermittelten insbesondere Diskussionen auf europäischer Ebene wichtige Impulse für den jugendpolitischen Diskurs; so z. B. das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ und der erneuerte Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (vgl. hierzu *Wisser/Siebel/Wicke* 2012). Die neue Strategie für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa sollte mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt eröffnen und das gesellschaftliche Engagement, die soziale Eingliederung und die Solidarität junger Menschen fördern.

### *Plädoyer für eine ressortübergreifende, kohärente Jugendpolitik*

Als Gremium zur Beratung der Bundesregierung legte das Bundesjugendkuratorium (BJK) 2009 das Konzept einer kohärenten und ressortübergreifenden Jugendpolitik vor (vgl. Bundesjugendkuratorium 2009). Hier können nur einige Essentials dieser Überlegungen dargestellt werden. Das BJK betonte, dass Jugendpolitik eine Balance zwischen Gegenwarts- und Zukunftsorientierung finden muss, dass sie eine differentielle Perspektive benötigt, um die Belange der Jugendlichen insgesamt als auch der unterschiedlichen Teilgruppen in den Blick zu bekommen und dass sie die unterschiedlichen politischen Zuständigkeiten im Kontext eines föderalen und korporativen Systems berücksichtigen muss.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte umfasst das Konzept einer kohärenten und ressortübergreifenden Jugendpolitik nach Überzeugung des BJK folgende Aspekte:

- a) Jugendpolitik als Schutz- und Unterstützungspolitik;
- b) Jugendpolitik als Befähigungspolitik;
- c) Jugendpolitik als Teilhabepolitik und
- d) Jugendpolitik als Generationenpolitik.

Bislang unverbunden nebeneinander stehende Jugendpolitiken müssen konzeptionell aufeinander bezogen und aufgrund der Veränderungen von Lebenslage und Lebensphase Jugend gegebenenfalls konzeptionell erweitert werden.

*Jugendpolitik als Schutz- und Unterstützungspolitik* geht von unterschiedlichen Lebenslagen von Jugendlichen aus und nimmt auf deren Gestaltung Einfluss. Fördernde und unterstützende Bedingungen für die Persönlichkeitsentwicklung der Heranwachsenden sind zu schaffen und die Jugendlichen sind auf ihren mannigfaltigen biografischen Wegen durch eine gegenwärtig wenig konturierte Jugendphase zu begleiten.

*Jugendpolitik als Befähigungspolitik* geht vom Interesse junger Menschen an umfassender Bildung aus. Dabei geht es um eine weitreichende Befähigung junger Menschen zur reflexiven und selbstgesteuerten Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Zumutungen der Gesellschaft. Befähigungspolitik setzt sich für Bildung als Bürgerrecht ein und ist darauf ausgerichtet, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu eigenständigen Persönlichkeiten optimal zu fördern und sie darin zu unterstützen, die Kompetenzen für eine aktive und gestaltende Teilhabe am Leben in einer demokratischen Gesellschaft zu erwerben.

*Jugendpolitik als Teilhabepolitik* zielt sowohl auf die

Verbesserung der Teilhabe junger Menschen an den Chancen und Möglichkeiten der Gesellschaft als auch auf die Stärkung der Partizipation junger Menschen im Sinne von Mitbestimmung und Selbstorganisation.

*Jugendpolitik als Generationenpolitik* rückt die Frage nach den Generationenverhältnissen in ihren Aufmerksamkeitshorizont. Aus dieser Perspektive ist entscheidend, ob junge Menschen in gerechter Weise Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen haben oder ob sie gegenüber den Erwachsenen benachteiligt werden. Leitlinie für diese



**Auftakt der Jugendstrategie 2015–2018 am 9. Juli 2015**

Foto: Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“; Fotografin: Isabel Kiesewetter

Form der Generationenpolitik ist das Konzept einer „produktiven Gerechtigkeit“.

Das BJK war überzeugt, dass eine so verstandene Jugendpolitik sich weder auf einzelne problembelastete Teilgruppen von jungen Menschen beschränken kann, noch kann sie die historisch gewachsene institutionelle Verengung von operativer Politik für junge Menschen auf Jugendhilfepolitik akzeptieren. Eine kohärente und ressortübergreifende Jugendpolitik habe die Situation der Jugendlichen insgesamt zu thematisieren, ihre Sichtweisen, Erfahrungen und Lebenslagen unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen.

### *Ein vielstimmiger Diskurs zur Eigenständigen Jugendpolitik*

Für die 17. Legislaturperiode von 2009 bis 2013 hatte sich das BMFSFJ die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik auf die Agenda gesetzt. Zum Einstieg in die Debatte wurden die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe zu einem Hearing eingeladen. Nach der Auswertung des Hearings und der zahlreichen Stellungnahmen →

entschloss sich das BMFSFJ den weiteren Diskurs auf drei relativ allgemein gehaltene inhaltliche Schwerpunkte zu konzentrieren:

- Faire Chancen für Jugendliche
- Erweiterte Anforderungen bei enger werdenden (Zeit-) Räumen
- Perspektiven und Zuversicht für ein Leben in der Zukunft

Diese jugendpolitische Programmatik sollte am Beispiel von drei exemplarischen Handlungsfeldern konkretisiert werden:

- Teilhabe junger Menschen vor Ort oder Partizipation in der Lebenswelt
- Anerkennung außerschulischer Bildung oder non-formalen Lernens
- Weichenstellungen für die Zukunft! Übergänge im Jugendalter gestalten

Der weitere Prozess wurde vom *Zentrum Eigenständige Jugendpolitik* koordiniert. Zu jedem der drei Handlungsfelder wurden drei Fachforen mit den Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe veranstaltet, um die Szene an der Entwicklung des Konzepts einer Eigenständigen Jugendpolitik zu beteiligen und deren Fachkompetenz zu nutzen. Eingerichtet wurden drei Expertinnen- und Expertengruppen, die differenzierte Vorschläge für jugendpolitische Initiativen in den drei Handlungsfeldern erarbeiteten. Die Empfehlungen betrafen die Themen:

- „Gelingende Übergänge im Jugendalter: Unterstützen – Befähigen – Beteiligen – Begleiten“ (Zentrum Eigenständige Jugendpolitik 2013a)
- „Das Wohlbefinden Jugendlicher in Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten“ (Zentrum Eigenständige Jugendpolitik 2013b)
- „Zur Förderung demokratischer Partizipation junger Menschen“ (Zentrum Eigenständige Jugendpolitik 2013c)

Die unmittelbare Mitwirkung von Jugendlichen wurde über das Projekt „Ich mache Politik“ organisiert. Am Horizont zeichnete sich ein breites Bündnis gesellschaftlich relevanter Kräfte ab, eine *Allianz für Jugend*, zu der sich von den Medien, über die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die Kirchen bis zu weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen als kooperative Akteure einer Eigenständigen Jugendpolitik zusammenschließen sollten.

Die Quintessenzen dieses umfangreichen Prozesses wurden als Grundsätze und Ziele einer Eigenständigen Jugendpolitik zusammengefasst (vgl. Koordinierungsstelle Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft 2015). Dem-



Auftaktseminar „Jugendgerechte Kommunen“ am 25./26. November 2015 Foto: Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“; Fotografin: Isabel Kiesewetter

nach richtet sich die Eigenständige Jugendpolitik „an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ von 12 bis 27 Jahren. Sie ermöglicht allen Jugendlichen „faire Chancen“ und wirkt „vorbeugend und ausgleichend“. Sie „fördert geeignete Verfahren und Strukturen wie Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse, damit Jugendliche ihre Interessen geltend machen können.“ Eigenständige Jugendpolitik wird als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ betrachtet und soll die „Potenziale und Chancen“, die die „Gesellschaft durch die Jugend erhält, sichtbar und erfahrbar“ machen.

In diesem Zusammenhang ist wichtig darauf hinzuweisen, dass eigenständig in diesem Sinne nicht bedeutet, einer Vorstellung nachzuhängen, dass Jugendpolitik autark bzw. unabhängig gegenüber anderen Politikfeldern sein könnte, sondern dass sie souverän ihrer eigenen „Logik“ folgt, die in der eigenständigen Lebensphase Jugend und der gesellschaftlichen Relevanz von Jugend begründet ist.

Der Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik hat zahlreiche Akteure der Kinder- und Jugendhilfe auf der kommunalen, auf Landes- und Bundesebene in Bewegung gebracht. Die erarbeiteten Expertisen und die Dokumentationen der Fachforen enthielten zahlreiche, aspektreiche, erfahrungsgesättigte und qualitativ unterfütterte Vorschläge zum Relaunch einer zukunftsorientierten Jugendpolitik. Es wurden Essentials zur Gestaltung von Jugendpolitik erarbeitet, die die Vielzahl der Ide-

en strukturierten, um in praktische Politik umgesetzt zu werden. Schwierig war, dass dieser Prozess nur selten über die Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe hinausreichte und kaum Akteure anderer für Jugend relevante Politikfelder wie Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- oder Wirtschaftspolitik aktivierte. Die üblichen Verdächtigen blieben unter sich, sodass es auch mit diesem Konzept schwer fallen dürfte, Jugendpolitik zu einem starken Politikfeld zu machen.

### Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa

Eingangs wurde bereits auf die Relevanz der europäischen Debatte für den nationalen Diskurs hingewiesen. Auf europäischer Ebene entstanden Ideen, die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU zu vertiefen. Im Herbst 2009 beschlossen die Jugendminister/-innen als nächsten Schritt einen erneuerten Rahmen für die weitere europäische Kooperation, die als EU-Jugendstrategie Eingang in die Fachdiskussion fand. Die EU-Jugendstrategie erstreckt sich über die Jahre 2010 bis 2018 und zielt darauf, „mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt“ zu schaffen sowie das „gesellschaftliche Engagement“, die „soziale und berufliche Eingliederung“ und die „Solidarität aller jungen Menschen“ zu fördern (Europäischer Rat 2009). Die allgemeinen Ziele der Jugendstrategie verbinden also das Ziel einer *active citizenship* mit dem der *employability*. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich verpflichtet, die Jugendstrategie auf nationaler Ebene in den Handlungsfeldern „Allgemeine und berufliche Bildung“, „Beschäftigung und Unternehmergeist“, „Gesundheit und Wohlbefinden“, „Teilhabe“, „Freiwilligentätigkeit“, „soziale Eingliederung“, „Jugend in der Welt“ und „Kreativität und Kultur“ umzusetzen. Dieser Prozess soll durch einen „Strukturierten Dialog“ mit Jugendlichen als partizipatives Element unterstützt werden.

Auf der nationalen Ebene besteht nun die Situation, dass zwei inhaltlich und strukturell ähnliche Prozesse gleichzeitig zu gestalten sind. Sowohl die EU-Jugendstrategie als auch die Eigenständige Jugendpolitik verstehen sich als ressortübergreifende Ansätze und betrachten die Partizipation Jugendlicher als zentrales Element.

### Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft

Unter dem Motto „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ verkündete die Jugendministerin im vergangenen Jahr die Jugendstrategie ihres Ministeriums für den Zeitraum von 2015 bis 2018. Die Prozesse der Erarbeitung einer Eigenständigen Jugendpolitik und der EU-Jugend-

strategie wurden unter einem Dach zusammengeführt. Welche Rolle dabei die Erkenntnisse aus den partizipativen Debatten um die Programmatik einer Eigenständigen Jugendpolitik geführt haben oder ob in diesem Kontext der Frage nachgegangen wurde, wie die Handlungsfelder der EU-Jugendstrategie mit den konkreten Vorschlägen zur Ausgestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik zusammenpassen, war auf den ersten Blick nicht zu erkennen. Deutlich ist, dass die Jugendstrategie des Ministeriums einen Handlungsrahmen für jugendpolitische Vorhaben bieten soll, die auf konkrete Verbesserungen der Lebenswelt von Jugendlichen zielen. Jugendpolitik soll als ein wichtiges Politikfeld von der Kommune bis zum Bund etabliert und als ressortübergreifender Ansatz gefestigt werden. Inhaltlich können bislang vier thematische Akzente beobachtet werden. Ein erster Aspekt ist, die Mitwirkung, Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen in allen sie betreffenden Fragen zu verankern und ihre Mitsprache zu stärken. Ein zweiter Aspekt bezieht sich auf die Integration von Jugendlichen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Gestaltung von Übergängen. Ein dritter Aspekt ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Jugendliche Zeit und Raum haben, um ihre Entwicklungspotenziale zu entfalten und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Ein vierter Aspekt ist, das Zusammenspiel von Bildungs- und Lernor-

---

## Der Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik hat zahlreiche Akteure der Kinder- und Jugendhilfe auf der kommunalen, auf Landes- und Bundesebene in Bewegung gebracht.

ten (formal und non-formal) zu verbessern und die Wertschätzung non-formaler Bildung zu steigern (vgl. hierzu auch Waldmann 2015).

Im Zentrum der Jugendstrategie des BMFSFJ stehen insbesondere vier Vorhaben:

1. *Entwicklung jugendgerechter Kommunen*: 16 Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet werden auf dem Weg zur jugendgerechten Kommune begleitet (lt. Statistischem Bundesamt gibt es gegenwärtig in →

Deutschland über 11.000 Kommunen). Bei diesem Prozess sollen Jugend, Politik und Verwaltung sowie weitere gesellschaftliche Akteure vor Ort (etwa Zivilgesellschaft, Jugendhilfe, Arbeitswelt/Wirtschaft, Medien und Schule) mitwirken. Zentrale Anforderung an diesen Prozess ist eine wirksame Beteiligung von Jugendlichen in verschiedenen Formen und unter Einbeziehung existierender Beteiligungsstrukturen. Es sollen jeweils kontextbezogene Konzepte erarbeitet und eine Eigenständige Jugendpolitik etabliert werden.

2. *Jugend-Check*: In einem partizipativen Prozess soll das Instrument eines Jugend-Checks ausgearbeitet werden. Mit ihm sollen die Auswirkungen der Gesetzgebung auf junge Menschen geprüft werden. Damit soll dem Anspruch Rechnung getragen werden, dass bei allen Gestaltungsprozessen in der Gesellschaft die Belange junger Menschen zu berücksichtigen sind. Der Jugend-Check ist als ein wirksames Sensibilisierungs- und Prüf-instrument für jugendgerechte Politik zu verstehen.
3. *Mitwirkung an der Demografiestrategie der Bundesregierung*: Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ wurde als eine von zehn Arbeitsgruppen im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung eingerichtet. Ihre Aufgabe ist, in die Demografiestrategie die Perspektiven von jungen Menschen einzubringen. Integriert sind Beteiligungsverfahren mit Jugendlichen vor Ort sowie sogenannte Jugend-Demografie-Dialoge. Für die anderen neun Arbeitsgruppen wurde eine Checkliste für Jugendgerechtigkeit zusammengestellt, damit die Belange der jungen Generation auch bei den anderen Themen beachtet werden.
4. *Beteiligungsplattform*: Die Beteiligung von Jugendlichen an den sie betreffenden Angelegenheiten ist ein zentraler Bestandteil der Jugendstrategie des Ministeriums. Um die Beteiligungschancen der Jugendlichen zu verbessern und die Zugänge für Jugendliche zu erleichtern, soll eine Internet-Beteiligungsplattform eingerichtet werden. Hier werden auch Werkzeuge angeboten, um Beteiligungsprozesse auf unterschiedlichen Ebenen organisieren und realisieren zu können.

Die Jugendstrategie des BMFSFJ stellt sich bislang vor allem als eine Kampagne dar, Jugend als eigenständige Lebensphase (wieder) ins Bewusstsein von Politik und gesellschaftlichen Akteuren zu bringen, die Bedingungen des Erwachsenwerdens zu verbessern, Jugendliche als kompetente Akteure in die Gestaltung politischer Prozesse einzubeziehen und das Ansehen der Jugend in der Öffent-

lichkeit zu verbessern. Als jugendgerecht ist in diesem Kontext wohl zu verstehen, den Anliegen und Interessen junger Menschen Raum zu geben und die Voraussetzungen zu schaffen, um wirkliche Teilhabe zu ermöglichen und – z. B. im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung – den Perspektiven der Jugendlichen Geltung zu verschaffen.

Kritisch zu bewerten ist, dass die Jugendstrategie „nur“ eine des Jugendministeriums ist. Nach den zahlreichen De-

## Ein Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft im Rahmen einer Jugendstrategie müsste strukturelle Probleme in einer Einwanderungsgesellschaft in den Blick nehmen.

batten in der vergangenen Legislaturperiode über Eigenständige Jugendpolitik und den positiven Aussagen aller im Bundestag vertretenen Parteien zu dieser Programmatik war zu erwarten, dass eine *Jugendstrategie der Bundesregierung* aufgelegt wird. So verbleibt eine Vielzahl der Aktivitäten unter dem Dach des Handelns für eine jugendgerechte Gesellschaft in der Ressortzuständigkeit des Jugendministeriums. Für Jugendliche wichtige Themen wie z. B. Schule, Qualifikation oder auch Arbeitsmarktpolitik finden keinen Niederschlag in der Jugendstrategie. Deshalb wäre es wichtig gewesen – auch jenseits von Ressortzuständigkeit oder Bundes- oder Landeskompentenz – gemeinsam mit anderen Bundesministerien an einer Jugendstrategie zu arbeiten.

Dabei ist ein ressortübergreifender und die Lebenswelt von Jugendlichen insgesamt in den Blick nehmender Ansatz in drei Elementen der Jugendstrategie angelegt. Der *Jugend-Check* bezieht sich auf alle für Jugendliche relevanten Maßnahmen des Bundes. Hier wird es darum gehen, ein handhabbares Instrument zu erarbeiten, das von allen Ressorts anerkannt und umgesetzt werden kann. Die *Arbeitsgruppe im Rahmen der Demografiestrategie* verfolgt ebenfalls einen übergreifenden Ansatz. Dabei kommt es darauf an, dass die AG nicht nur als „Stimme der Jugend“ betrachtet wird, sondern ihre Arbeitsergebnisse gleichberechtigt in die Demografiestrategie einbezogen werden. Auch der Prozess zu einer *jugendgerechten Kommune* ist durch die Forderung, dass alle relevanten gesellschaftli-

chen Akteure vor Ort daran beteiligt werden sollen, umfassend angelegt. Werden dabei positive und konstruktive Erfahrungen gemacht, könnten diese modellbildend für andere Ebenen sein.

Ein Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft im Rahmen einer Jugendstrategie müsste jedoch darüber hinaus strukturelle Probleme in einer Einwanderungsgesellschaft in den Blick nehmen. In der Lebensphase Jugend stellen sich z. B. mit dem Übergang in Ausbildung und Beruf die Probleme der Chancengleichheit und der sozialen Ungleichheit neu. In diesem Zusammenhang geht es dann auch um die Bereitstellung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe als Infrastruktur. Ein anderes Thema ist die Frage nach der Generationengerechtigkeit, die aus der Perspektive von jungen Menschen vehement gestellt werden müsste. Ist die Jugendstrategie ein geeigneter Weg, um Ideen und Lösungen für diese Themen zu erarbeiten? Ein letzter kritischer Punkt bezieht sich auf die Frage, ob mit der Jugendstrategie wirkliche substantielle Verbesserungen für die Jugendlichen erreicht werden können. Rückblickend kann der Prozess der Eigenständigen Jugendpolitik als Dialog zur Erarbeitung einer politischen Programmatik charakterisiert werden, auch die neue Jugendstrategie enthält sehr viele dialogische Elemente durch die Beteiligung gewährleistet und zahlreiche Ideen gesammelt werden. Aber der Katalog an Vorschlägen darf nicht nur immer umfangreicher werden, sondern muss auch zur Verbesserung der Situation Jugendlicher und ihrer Chancen führen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

### Zum Autor



**Klaus Waldmann** war bis April 2015 Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und stellvertretender Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. Seit Mai 2016 ist er im Ruhestand und freiberuflich in der Fort- und Weiterbildung tätig.

klaus.waldmann@gmail.com

### Literatur

**Betz, Tanja / Rauschenbach, Thomas (2009):** Bildungs- und Jugendpolitik. In: Gawrich, Andrea / Knelangen, Wilhelm / Windwehr, Jana (Hrsg.): Sozialer Staat – soziale Gesellschaft? Stand und Perspektiven deutscher und europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit. Leverkusen: Leske, S. 169–187

**Bundesjugendkuratorium (2009):** Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeit und Stolpersteine. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums. München: BJK

**Europäischer Rat (2009):** Entschließung des Rates über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018) vom 27. November 2009 (Dokument: 2009/C 311/01)

**Koordinierungsstelle Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft (2015):** Eigenständige Jugendpolitik. Grundsätze und Ziele; [www.jugendgerecht.de/downloads/screen\\_faltblatt\\_jg\\_grundsätze.pdf](http://www.jugendgerecht.de/downloads/screen_faltblatt_jg_grundsätze.pdf) (Zugriff: 19.07.2016)

**Luedtke, Jens / Wiezorek, Christine (2016):** Jugendpolitiken. Wie geht Gesellschaft mit „ihrer“ Jugend um? Eine Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Jugendpolitiken. Wie geht Gesellschaft mit „ihrer“ Jugend um? Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 7–25

**Waldmann, Klaus (2012):** Es ist Bewegung in der Debatte. Zur Einschätzung von Jugendpolitik aus jugendverbandlicher Perspektive. In: Lindner, Werner (Hrsg.): Political (Re)Turn? Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 75–92

**Waldmann, Klaus (2015):** Von der Eigenständigen Jugendpolitik zum Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft. In: Jantschek, Ole / Waldmann, Klaus (Hrsg.): Bildungsziel: Mitmischen. Politische Jugendbildung stärkt Beteiligung. Jahrbuch 2015. Berlin: Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, S. 8–15

**Wisser, Ulrike / Siebel, Claudius / Wicke, Hans-Georg (2012):** Impulse aus Europa für die Jugendpolitik und Jugendarbeit in Deutschland. In: Lindner, Werner (Hrsg.): Political (Re)Turn? Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 57–73

**Zentrum Eigenständige Jugendpolitik (2013a):** Gelingende Übergänge im Jugendalter: Unterstützen – Befähigen – Beteiligen – Begleiten. Empfehlungen der Expertinnen- und Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik; [www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Uebergaenge\\_Empfehlungen\\_EiJP1.pdf](http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Uebergaenge_Empfehlungen_EiJP1.pdf) (Zugriff: 11.07.2016)

**Zentrum Eigenständige Jugendpolitik (2013b):** Das Wohlbefinden Jugendlicher in Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten. Empfehlungen der Expertinnen- und Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik; [www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Bildung\\_Empfehlungen\\_EiJP1.pdf](http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Bildung_Empfehlungen_EiJP1.pdf) (Zugriff: 11.07.2016)

**Zentrum Eigenständige Jugendpolitik (2013c):** Zur Förderung demokratischer Partizipation junger Menschen. Empfehlungen der Expertinnen- und Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik; [www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Beteiligung\\_Empfehlungen\\_EiJP1.pdf](http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Beteiligung_Empfehlungen_EiJP1.pdf) (Zugriff: 11.07.2016)

# „We come together“

## Regionales Handeln für Demokratie, Diversität und Partizipation

**Das Projekt „We come together“ wird im Zeitraum Februar 2015 bis Ende 2019 in ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns umgesetzt. Ziel ist die Förderung demokratischer Bildungsprozesse in strukturschwachen Regionen des Bundeslandes, in denen extrem rechte Strukturen etabliert sind und rassistische Diskurse die Lebenswelten Jugendlicher beeinflussen. Auf Grundlage einer Bedarfsanalyse und mit vielfältigen Bildungsformaten „im Gepäck“ sensibilisiert das Projekt für Dimensionen menschenfeindlicher Einstellungen und aktiviert alltagspraktische demokratische Impulse in heterogenen Jugendgruppen.** von Claudia Lübcke und Christoph Schützler

### Herausforderungen für demokratiestärkende Bildungsarbeit: Der ländliche Raum in Mecklenburg-Vorpommern

Die ländlichen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) sind sehr unterschiedlich strukturiert. So gibt es in westlichen Regionen, in den Nahräumen zentraler Städte und in touristisch attraktiven Orten durchaus positive sozioökonomische Entwicklungen. Die peripheren ländlichen Regionen in M-V sind dagegen seit der Wiedervereinigung drastischen Rückentwicklungen ausgesetzt. Waren diese Regionen vormals meist von industrieller Landwirtschaft, landwirtschaftlichen Großbetrieben und zugehöriger Industrie ökonomisch getragen, verloren sie innerhalb kurzer Zeit mit der Abwicklung der LPGs, VEGs<sup>1</sup> in Dörfern und der Deindustrialisierung in den ländlichen Städten ihre wirtschaftliche Bedeutung. Selektive Abwanderungsbewegungen v. a. junger und qualifizierter Menschen und Geburtenrückgänge führten seitdem zu Veränderungen der soziodemografischen Bevölkerungszusammensetzung, die sich mit den Schlagworten Überalterung, Brain-Drain, Ent-

mischung der Sozialstruktur und Männerüberschuss umschreiben lassen. Die Bevölkerungsrückgänge von 20 % bis 40 % in einigen Regionen sind quantitativ vergleichbar mit denen im Zuge des 2. Weltkriegs. Die Stadt Anklam verlor bspw. zwischen 1992 und 2014 30,9 % ihrer Einwohnerzahl. Weitere Funktionsverluste erlitten ländliche Städte im Zuge von Gebietsreformen. Wissenschaftliche Beiträge befassten sich mit diesen als abgehängt bzw. überflüssig bezeichneten Regionen. Fördermaßnahmen, raumordnerische Strategien und Wirtschaftsprogramme sollten der einer Abwärtsspirale gleichenden Entwicklung entgegenwirken. Inzwischen haben sich auch in peripheren Regionen die Wanderungsdefizite abgeschwächt, aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung bleibt die Tendenz aber negativ. Trotz erfolgreicher Entwicklungen im Agrar- und Energiesektor konnten bis heute die Arbeitsplatzverluste nicht kompensiert werden, sodass die soziale Situation eine äußerst prekäre bleibt. Das hat Folgen für die Jugend: Immer noch ist eine Kultur des Weggehens ausgeprägt – besonders bei gut Qualifizierten und jungen Frauen. Ursächlich dafür sind ökonomische Gründe, Karriere Wünsche, aber auch Freizeit- und Kulturangebote in den Metropolen. In strukturschwachen Räumen nehmen

1 Abkürzungen für Betriebe in der DDR: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) und Volkseigenes Gut (VEG)

Jugendliche oftmals lange Wege auf sich, um Schule und Freizeitangebote zu erreichen oder sich zu engagieren. Sie können seltener durch Vielfalt geprägte Begegnungsorte aufsuchen oder sind mit wenig ausdifferenzierten, oftmals rechtsaffinen Cliquen vor Ort konfrontiert.

### Rechtsextremismus in M-V – Unterwanderung, Populismus und Gewalt

Die sich entleerenden ländlichen Räume blieben in den 1990ern nicht völlig unbeachtet; die damals günstigen Immobilien- und Bodenpreise boten Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und Etablierung alternativer Lebens- und Wirtschaftsformen. Ob ein leerstehendes Gutshaus oder ein Bauernkaten – die Auswahl war riesig. In viele Dörfer in M-V zogen entgegen dem Abwanderungstrend „städtische Raumpioniere“ mit künstlerischen, ökologischen bzw. alternativen Hintergründen (vgl. Faber/Oswalt 2013). Zu der Zeit nahm aber auch die extreme Rechte den ländlichen Raum in Ostdeutschland in den Fokus, da sich die Möglichkeit bot, das 1991 vom Nationaldemokratischen Hochschulbund entwickelte Konzept der „national befreiten Zonen“ mit dem Ziel der Erringung einer kulturellen Hegemonie in begrenzten Räumen umzusetzen. Gezielt wurden Regionen zu Siedlungsprojekten auserkoren, in denen demokratische Kräfte kaum verankert waren und Andockmöglichkeiten an bestehende neonazistische Milieus wie Kameradschaftsstrukturen gegeben waren. Diese Zuzüge vollzogen sich z. T. auch subtil, wie aus völkisch-nationalistischen Strukturen in die Region Güstrow. Diese Menschen erweckten durch ihren alternativ-ökologischen Lebensstil eher einen bodenständigen Eindruck und traten öffentlich nicht politisch aktiv in Erscheinung. In strukturschwachen Regionen konnten sich rechte Erlebniswelten mit einem hohen Einfluss auf Jugendliche etablieren, die auf Männlichkeitskult, Ausgrenzung, Gewalt gegen Andere und Diskriminierung basierten. Gerade dort konnte die extrem rechte NPD, die M-V neben Sachsen als Modellregion auswählte, später relativ erfolgreich ihr 4-Säulen-Strategiekonzept umsetzen, nachdem sie ein Bündnis mit neonazistischen Kameradschaftszusammenhängen einging. Die hohen Wahlergebnisse in diesen Regionen ab 2005 sicherten der Partei auch den Einzug in das Landesparlament. Die Region Ostvorpommern um Anklam gilt europaweit als eine Modellregion der extremen Rechten (vgl. Braun/Geisler/Gerster 2009, S. 46), in der es ihnen gelungen ist, neben der strukturellen Verankerung über lokalpolitische Aktivitäten und Themen weite Bevölkerungsteile zu erreichen. Das zentrale Agitationsfeld blieb aber Zuwande-

rung, indem beständig Kampagnen gegen Migrantinnen und Migranten und v. a. Geflüchtete initiiert wurden.

Am Beispiel der Kleinstadt Güstrow wird deutlich, dass nicht nur die parlamentarische Vertretung von Bedeutung ist. In der Stadtvertretung verfügt die NPD nur über einen Abgeordneten. Die Naziszene hingegen weist über Jahre hinweg stabile Strukturen auf – aktive Kameradschaften, eine NS-Hatecore-Band, Präsenz an öffentlichen Orten, politische Aktivitäten, Angriffe. Die hohe Mobilisierungsfähigkeit zeigte sich 2013 bei „Bürgerprotesten“ gegen eine geplante Unterkunft für geflüchtete Menschen, die von der NPD genutzt wurden. Mit dem verstärkten Zuzug von Geflüchteten in 2015 konnten Neonazis durch Gerüchte und Falschmeldungen Ängste in der Bevölkerung instrumentalisieren und die Stimmung radikalieren. Die zunehmende Aggressivität kam bspw. auch in Form einer sogenannten Bürgerwehr zum Ausdruck; Zugewanderte sowie demokratisch und antifaschistisch engagierte Menschen sind vielfach Bedrohungen und Attacken ausgesetzt (vgl. Guski 2016, S. 146 f.)



Foto: Soziale Bildung e. V.

Seit dem Erstarken rechtspopulistischer Aktivitäten in Deutschland versuchen Neonazis diese Strömungen für sich zu nutzen bzw. sich an diesen zu beteiligen. In M-V werden neue Gruppen (MV-Patrioten, MVGida, Identitäre, „... wehrt sich gegen Asyl“) von Kadern der Naziszene maßgeblich mit ins Leben gerufen bzw. inzwischen mitbestimmt.

### Demokratische Zivilgesellschaft auf dem Lande?

Die Defizite demokratischer Kultur in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands wurden schon vielfach beschrieben. Engagement in Feuerwehren, Vereinen, Schulen und in der Kommunalpolitik ist zwar flächendeckend →

anzutreffen; aber gerade in den strukturschwachen Regionen, in denen Neonazis Fuß fassen konnten, war über Jahre nur wenig zivilgesellschaftlicher Protest gegen Rassismus zu vernehmen bzw. wurde einzelnen Menschen überlassen. Nach unserer Einschätzung vollzieht sich hier seit ca. sechs Jahren ein Wandel. Neben professionellen und geförderten Beratungs- und Bildungseinrichtungen sind es v. a. ehrenamtliche lokale Initiativen, die eine demokratische Zivilgesellschaft wachsen lassen. Es gründeten sich zudem überregionale und übergreifende Netzwerke, wie bspw. das „Bündnis Vorpommern – weltoffen, demokratisch und bunt“ oder die Initiative „MV für alle“, die sich extrem rechten Aktivitäten entgegenstellen.

Als ab Sommer 2015 immer mehr asylsuchende Menschen nach M-V kamen und vorerst in Notunterkünften untergebracht wurden, bildeten sich auch in kleinen Orten Unterstützungsnetzwerke, an denen sich mehr Menschen als erwartet beteiligten. Trotzdem bleibt es eine Herausforderung, diese Strukturen im Gemeinwesen zu verankern, da dieses Engagement bislang oftmals auf der Initiative Einzelner beruht.

### Das Projektkonzept und Vorgehen

In Zusammenarbeit u. a. mit solchen Unterstützungsnetzwerken arbeitet seit Februar 2015 das Modellprojekt „We come together“ für insgesamt fünf Jahre in den Orten Anklam, Güstrow, Bützow, Stralsund und Friedland – gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Landeszentrale für politische Bil-

## Neben professionellen und geförderten Beratungs- und Bildungseinrichtungen sind es v. a. ehrenamtliche lokale Initiativen, die eine demokratische Zivilgesellschaft wachsen lassen.

dung M-V – als eines von insgesamt fünf Modellprojekten in M-V. Träger des Projekts ist *Soziale Bildung e. V.* aus Rostock – ein Verein mit langjähriger Erfahrung in der demokratiestärkenden Bildungs- und Präventionsarbeit und Vernetzungen mit gesellschaftlichen Akteuren, Bildungs- und Jugendeinrichtungen im Land. Aufgrund der Merkmale ländlicher Räume, der teils verstärkten Verbreitung

menschenfeindlicher Orientierungsmuster und den Erfahrungen mit sozial benachteiligten, bildungsfernen Milieus wurden die Leitziele des Modellprojekts entwickelt: Sensibilisierung für Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und Möglichkeiten der Entgegnung durch langfristige Bildungs- und Austauschprozesse in Jugendgruppen, Förderung demokratischer Partizipationsprozesse sowie Stärkung der Empathie für geflüchtete Menschen. Gerade durch den vermehrten Zuzug von Geflüchteten ab Herbst 2015 und der verstärkten Ausprägung von GMF-Syndromen ist es ein zentrales Ziel, junge Migrantinnen und Migranten zu stärken und Möglichkeiten zur Darstellung ihrer Interessen und zur Partizipation zu geben. Gerade Jugendliche mit Fluchterfahrung stehen in ländlichen Regionen vor großen Herausforderungen: Es gab bisher kaum Unterstützungsstrukturen und hohe Barrieren für gesellschaftliche Zugänge, wenig (sozial-)pädagogische Erfahrungen mit Flucht und den Bedürfnissen Geflüchteter, kaum Berührungspunkte zwischen deutschen Schülerinnen und Schülern und jungen Migrantinnen und Migranten. Daher wird ein Teil der Kurse zielgerichtet an Schulen durchgeführt, in denen DAZ-Klassen („Deutsch als Zweitsprache“) für junge Geflüchtete bestehen, die später in die Regelklassen integriert werden. Andere Kurse, wie in einer Güstrower Schule oder einem Anklamer Jugendzentrum wurden aufgrund der Nachfrage engagierter Jugendlicher gestartet – in diesen Fällen mit einem angepassten Curriculum, da sich die Jugendlichen bereits selbstorganisiert für Geflüchtete oder gegen extrem rechte Tendenzen engagieren.

Das methodische Vorgehen folgte dabei dem Dreischritt des Community-Organizing: Zuhören/Bedarfsanalyse – Identifikation von Lösungen und Konzeptionierung – Engagieren von Personen und Gruppen. Dies konnte an vier der fünf Orte des Modellprojekts bis heute in großen Teilen umgesetzt werden – auch wenn Änderungen im Zeitplan, in der thematischen Ausrichtung sowie konzeptionelle Feinjustierungen vorgenommen werden mussten.

Zu Beginn wurden bis März 2015 nach Recherchen in allen Orten Gespräche mit relevanten Akteuren geführt, um Einblicke in Ausprägungen der Zivilgesellschaft und Handlungserfordernisse der demokratiestärkenden Bildungsarbeit zu gewinnen. Zeitgleich wurden Erhebungsinstrumente entwickelt und ein Forschungsteam aufgebaut. In der ersten Projektphase wurden 25 Expertinnen und Experten interviewt und Befragungen mit 202 Jugendlichen durchgeführt. Die Schüler/-innen wurden in mehrstündigen Workshops mit Methoden der Sozialraum- und

Lebensweltanalyse befragt – zu ihrem Umfeld, zu Lieblings- und Konfliktorten, Zukunftswünschen, Partizipationsmöglichkeiten, Einstellungen zu Migration und Asyl.

Im zweiten Schritt wurde parallel zur Auswertung im Juli 2015 das Kernstück des Modellprojekts entwickelt – die Projektkurse, die über längere Zeiträume mindestens zweiwöchentlich für 1,5–2 Stunden durchgeführt werden sollten – sowie die Workshops als flankierende Bildungsprojekte. Für die praktische Umsetzung beider Bildungsformate wurden Teamer/-innen, hauptsächlich mit stu-

---

## **Weiterbildungen zu Projektthemen und pädagogischen Konzepten haben das Ziel, Kooperationspartner/-innen und im Themenfeld engagierte Akteurinnen und Akteure langfristig zu befähigen, eigene Bildungsprojekte zu realisieren.**

dentischem Hintergrund, ausgebildet, sodass bereits ab Juli die ersten Workshops und ab September 2015 fünf Projektkurse in den Orten Bützow, Güstrow und Friedland starten konnten.

Die Projektkurse, die über ein halbes bzw. ein Jahr laufen, basieren auf einem Curriculum, das in Jugendgruppen interessen- und lebensweltbezogen umgesetzt wird: Die Methoden orientieren sich an Konzepten der Diversity- und Antidiskriminierungspädagogik, Rassismuskritik, Empowerment- und Biographiearbeit. Der Kurseinstieg erfolgt über Kennenlern-, Kooperations- und sensibilisierende Kommunikationsmethoden; Prozesse der Gruppenfindung werden durch biographische und sozialräumliche Methoden ergänzt, die Themen wie Diskriminierung, soziale Ungleichheiten, Ursachen von Flucht, Zusammenleben vor Ort etc. aufgreifen – bspw. über Stadtrundgänge, Theaterpädagogik, Argumentationstrainings, medial gestützte Einheiten zu Flucht und Ankommen. Aktionsideen werden durch Methoden der Projektplanung konkretisiert und in öffentlichkeitswirksamen Aktionen umgesetzt. Die begleitenden Workshop-Konzepte, die eher dem Spektrum der „kurzzeitpädagogischen“ Ansätze zuzurechnen sind, basieren vor allem auf präventiven und empowernden Methoden, die sich in einem Spektrum biographischer, empathie-

und kooperationsfördernder, wissensvermittelnder und handlungsorientierter Module auffächern. Sie thematisieren Flucht und Asyl (Workshop „On the run“) sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Workshop „Wie viel wir ist in mir“) und werden in interessierten Klassen und Jugendgruppen in den Regionen der Modellorte durchgeführt. <sup>1</sup> Weiterbildungen zu Projektthemen und pädagogischen Konzepten haben das Ziel, Kooperationspartner/-innen und im Themenfeld engagierte Akteurinnen und Akteure langfristig zu befähigen, eigene Bildungsprojekte zu realisieren.

### **Güstrow – Ausgangssituation und Projektstart in einer mecklenburgischen Kleinstadt**

Güstrow steht beispielhaft für vier weitere Modellprojektorte, in denen die Ausgangssituation in 2015 durch Befragungen und Interviews erhoben wurde. <sup>2</sup> Der Stadtteil, in dem die Befragung und Projektkurse stattfanden, hat den Charakter einer typischen ostdeutschen Großwohnsiedlung und wird von den Jugendlichen als angenehm empfunden. Das Schulumfeld ist aber durch viele soziale Problemlagen geprägt. Die Unterkunft für Asylsuchende direkt neben der Schule wird von vielen befragten Jugendlichen als negativ bewertet – obwohl auch junge Migrantinnen und Migranten, die dort leben, die DAZ- und Regelklassen der Schule besuchen. Hintergrund scheint ein Ereignis im Frühjahr 2015 zu sein, bei dem nach Presseberichten Luftgewehrschüsse aus der Unterkunft auf eine Passantin abgegeben wurden – Geschehnisse, die bis dato nicht völlig aufgeklärt werden konnten. Viele Befragte beziehen sich auf dieses Ereignis und äußern, dass sie selbst und ihre Eltern die Bewohner/-innen der Unterkunft als gefährlich empfinden – ein Stimmungsbild, das von Mutmaßungen und kaum von konkreten Erfahrungen geprägt ist und auch in der späteren Kurs-Durchführung an der Schule Auswirkungen hatte. Im Zuge der Bedarfsanalyse →

- 
- <sup>2</sup> Es handelt sich um Bildungsangebote, die unser Projekt in den Regionen bekannter machen, die Teilnehmende anregen, sich in den laufenden Projektkursen zu engagieren, an öffentlichen Aktionen der Jugendgruppen teilzunehmen oder die Interesse für eigenes Engagement in der Bildungsarbeit wecken.
  - <sup>3</sup> Die Bedarfsanalyse gibt die Situation in der ersten Hälfte des Jahres 2015 wider. In Güstrow starteten in 2015 parallel drei Projektkurse im freiwilligen Nachmittagsbereich – zwei davon an einer Regionalen Schule, ein weiterer an einer freien Schule. Die Ergebnisse stammen aus der bei der Erstellung dieses Beitrags noch unveröffentlichten Bedarfsanalyse für Güstrow. Die Veröffentlichung ist für August 2016 geplant.

wurden 58 Schüler/-innen der Schule gebeten, sich zu verschiedenen Aussagen zu positionieren – was ein durchaus heterogenes Bild ergab: So haben zwar 62 % der Befragten keine Angst vor negativen sozialen Konsequenzen für Deutsche aufgrund der Zuwanderung und ebenfalls 62 % geben an, neugierig zu sein, was Menschen aus anderen Ländern zu erzählen haben – wenngleich das Interesse herkunftsabhängig scheint: „Kommt drauf an, aus welchen Ländern sie kommen.“ Ebenfalls rund ein Drittel der Jugendlichen versteht Zuwanderung als Teil gesellschaftlicher Normalität, assoziiert mit Migrantinnen und Migranten alltägliche Verhaltensweisen und äußern Akzeptanz und Aufgeschlossenheit: „Wir akzeptieren sie, wie jeden anderen Menschen auch ...“ Zwischen 15–30 % der Antworten weisen aber auf Ablehnung, Angst und Unsicherheit gegenüber Asylsuchenden hin. Hier zeigt sich, wie sich rassistische Diskurse in kleinstädtischen Milieus aufgrund singulärer Ereignisse meinungsbildend auf Jugendliche auswirken. Das Gros der Befragten gründet seine Wahrnehmungen und Einstellungen ausschließlich auf sekundäre Quellen wie soziale Netzwerke, Gespräche mit Freundinnen/Freunden und Familie oder allgemein auf die Medien, kaum auf persönliche Begegnungen oder Erfahrungen. Deutlich wird dies an Prozessen des Othering – 18 % der Befragten klassifizieren Zugewanderte als andersartig oder fremd und fühlen sich vereinzelt durch sie bedroht: „... werden bald zu viele. Ein paar sind o.k., aber dann nicht in einer Umgebung von Schulen oder Kindergarten.“ 27 % nehmen zugewanderte Mitschüler/-innen als anders wahr, dabei spielt die Sprache eine Rolle („Menschen aus anderen Ländern hier an der Schule verstehen die meisten Kinder nicht, (...) müssen die Sprache beherrschen.“). Es wird sich häufig eine hohe Anpassungsfähigkeit gewünscht. 36 % aller Befragten assoziieren mit Migrantinnen/Migranten deviantes und delinquentes Verhalten – ein auffälliges Ergebnis in der Gesamtbetrachtung, das z. T. Ergebnis beschriebener Diskurse ist. Diese Befragten unterstellen Geflüchteten kriminelles Verhalten, interpretieren bei Asylsuchenden wahrgenommene Markenkleidung, Smartphones etc. als mögliches Diebesgut und kritisieren die Bereitstellung von Wohnraum und Grundfinanzierung als Bevorzugung gegenüber den Deutschen. Nur 7 % sehen zugewanderte Menschen als positiv und betonen deren Freundlichkeit und Offenheit.

Die eigene familiäre Situation wird von den meisten Jugendlichen als gut beschrieben, nur wenige sind damit gänzlich unzufrieden. Auch die Zufriedenheit mit dem Freundeskreis ist hoch, geringer dagegen mit den Freizeit-

möglichkeiten; negativer fiel nur noch die Einschätzung der schulischen Situation aus. Die Freizeitgestaltung erfolgt bei den meisten Jugendlichen eher selbstorganisiert, während Angebote der Jugendarbeit kaum eine Rolle spielen – diese Einschätzung teilen die Expertinnen und Experten. Zwar ist die Freizeit vieler Jugendlicher auch durch Sportvereine, DRK, THW, Musik- oder Kunstschule gekennzeichnet, allerdings gibt es einen Mehrbedarf an kontrollarmen Freiräumen sowie organisierten Angeboten. Politische Jugendkulturen spielen in Güstrow kaum eine Rolle, der Großteil ist nach Ansicht eines Interviewten den „Stinos, also diese(n) Stinknormalen“ zuzuordnen. Darüber hinaus gibt es eine kleine Punkszene sowie Sprayer, Hip-Hopper als „relativ alternative Szenen“. Treffpunkte im öffentlichen Raum weisen gerade für jüngere Jugendliche

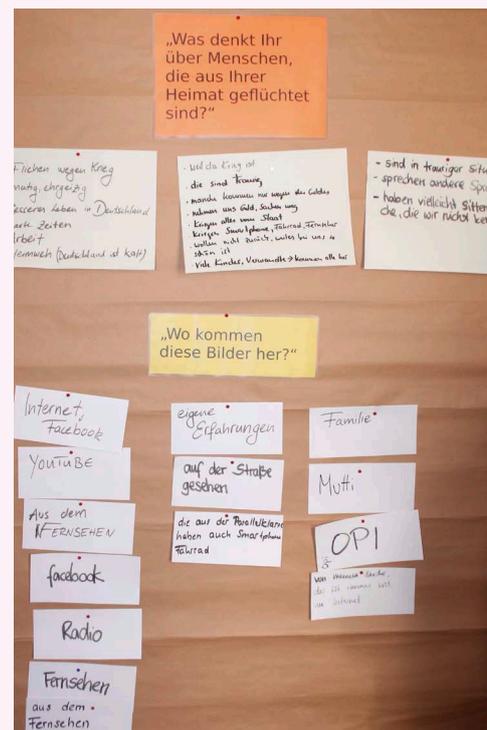


Foto: Soziale Bildung e. V.

eine hohe Attraktivität und Bindungskraft auf. Eine rechte Clique ist Rekrutierungsbasis für Neonazi-Aufmärsche und hat Potential, Meidungs- und Konfliktorte für nichtrechte Jugendliche zu schaffen. Treffpunkte für alternative Jugendliche, wie es sie hier bis in die 1990er gab, sind eine Ausnahme und spielen als Gegenentwürfe zur extrem rechten Szene keine Rolle.

Perspektivisch stellt die Region für die wenigsten Befragten einen Ort dar, an dem sie weiterhin leben möch-

ten. Ein Großteil der Befragten (2/3) will Güstrow nach der Schule verlassen, vor allem aufgrund von besseren Ausbildungs- und Verdienstmöglichkeiten andernorts.

Die Lebenswirklichkeit von zugewanderten Jugendlichen unterscheidet sich von der der einheimischen. Zwar besuchen sie die Schule und lernen zügig Deutsch, jedoch beschreiben Expertinnen und Experten Belastungen, die von Kriegs- und Fluchterlebnissen sowie der familiären Situation herrühren. Eine Expertin berichtet, dass junge Geflüchtete zudem mit Normalitätserwartungen und neuen Regeln konfrontiert seien und wenig Raum für gegenseitigen Austausch bestehe: *„... und ich glaube, es wird alles ein bisschen falsch gemacht, man versucht immer die ausländischen Jugendlichen in das Deutsche einzufügen, anstatt ihnen Raum zu geben und erzählen zu lassen: He, so ist das bei mir.“* Netzwerke für Willkommenskultur und gegen Rassismus sind bereits zum Befragungszeitpunkt aktiv. Mit dem Zuzug vieler Geflüchteter im 2. Halbjahr 2015 konnten neue Akteurinnen/Akteure eingebunden und Unterstützungsstrukturen geschaffen werden. Gleichzeitig zeichnet eine Expertin ein Bild, das für die Willkommenskultur in ländlichen Regionen keine positive Prognose andeutet: *„Ansonsten was den Leuten (...) im Moment ziemlich auf den Sack geht, wie sie so Worte nicht mehr hören können wie Toleranz und Welt-offenheit (...) und ich glaub im Moment stoßen wir da einfach auf Granit, also schwierig im Moment.“*

Die Umsetzung zweier Projektkurse ab Herbst 2015 lief mit vielen Hürden an: Trotz Vorabgesprächen nahmen nicht alle Jugendlichen freiwillig teil und die Schule ermöglichte keine Teilnahme an alternativen Projekten, obwohl wir darauf drangen. Auch die Heterogenität der Klassen war nicht gegeben, womit die Projektziele stark den Gegebenheiten anzupassen waren. Geplant war, einheimische und zugewanderte Jugendliche zum Austausch, gemeinsamer Projektentwicklung etc. anzuregen. In einem Kurs werden weitere Probleme deutlich: Hier gab es nur ein Mädchen mit Fluchterfahrung, die eine Außenseiterposition hatte und nur von einem Jungen unterstützt wurde, eine Schülerin mit familiärer Migrationserfahrung übersetzte gelegentlich für sie. Das Curriculum wurde den gruppenspezifischen Bedürfnissen und Konflikten angepasst. Es gab bei einem Großteil der Einheimischen starke Widerstände gegenüber den Themen Flucht und Asyl, wodurch kaum Sensibilisierungsprozesse für Fluchtgründe, Biographien sozial Benachteiligter und Zugewanderter umgesetzt werden konnten. Als schwierig erwiesen sich in beiden Kursen die Umsetzung partizipativer Methoden und die Orientierung

an Prinzipien demokratischer Entscheidungsfindung. Nur schrittweise und methodenvielfältig konnten einige Teilziele erreicht werden: Mit Interessierten konnte anhand eines Theaterbesuchs zum Kernthema des Modellprojekts gearbeitet werden und biographische Methoden regten zur Sensibilisierung an. Partizipative, theater- und medienpädagogische Methoden und Einheiten zu Jugendkulturen wie Graffiti wurden umgesetzt; dies wirkte kreativitätsfördernd, stärkte den Zusammenhalt in der Gruppe und führte zu mehr Offenheit gegenüber neuen Lernsettings und

---

## **Die langfristigen Kurse sind geeignet, nachhaltige Auseinandersetzungsprozesse in Gang zu setzen, die u. a. eine Reflexion von Vorurteilen sowie ein Kennenlernen und Verstehen neuer Perspektiven ermöglichen.**

-erfahrungen. Ausstrahlungseffekte auf den Sozialraum durch öffentlichkeitswirksame Aktionen konnten kaum erzielt werden. Der zweite Kurs verlief ähnlich und schloss auf Wunsch der Teilnehmenden mit einem Sport-Event ab, bei dem gemischte Teams aus einheimischen und geflüchteten Jugendlichen antraten.

### **Ein Zwischenfazit**

In allen Kursen konnte eine Grundsensibilisierung zu den Themen des Modellprojekts stattfinden, was in vier schulnahen Kursen unter teils herausfordernden Bedingungen erreicht werden konnte. Während in den selbstorganisierten Jugendgruppen ein großes Engagement und eine Offenheit gegenüber Flucht und Asyl herrschte – gab es in anderen Kursen Abwehrreaktionen gegen diese Themen. Ressentiments in Familien, die von Jugendlichen übernommen werden, der Einfluss rassistischer Diskurse, wenig Begegnungsmöglichkeiten mit Zugewanderten, aber auch gravierende individuelle und familiäre Probleme als Folge der soziostrukturellen Entwicklung wirken sich auf die Projektarbeit aus.

Unser Ansatz sieht vor, diese sozial benachteiligte Klientel in die austauschorientierte und biographische Bildungsarbeit mit einzubeziehen. Die langfristigen Kurse sind geeignet, nachhaltige Auseinandersetzungsprozesse in →

Gang zu setzen, die u. a. eine Reflexion von Vorurteilen sowie ein Kennenlernen und Verstehen neuer Perspektiven ermöglichen. Besonders interessierte Jugendliche werden künftig als Peer-Educators ausgebildet, sodass sie selbst unter Gleichaltrigen wirken können.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

### Zur Autorin / zum Autor



**Claudia Lübcke** ist Erziehungswissenschaftlerin und Mitarbeiterin des Vereins Soziale Bildung e. V. Sie koordiniert seit November 2015 das Modellprojekt „We come together“. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind Demokratiepädagogik, Rechtsextremismus, Biographieforschung sowie „Jugendkulturen junger Muslime in Deutschland“.

c.luebcke@soziale-bildung.org

Foto: M. Mühlhaus / attenzione photographers



**Christoph Schützler** ist Dipl.-Geograph, seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Sozialforschung, rassistuskritische Bildung und Demokratiepädagogik. Als langjähriger Mitarbeiter von Soziale Bildung e. V. ist er seit Februar 2015 Koordinator des Modellprojektes „We come together“.

c.schuetzler@soziale-bildung.org

### Literatur

**Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (2009):** Strategien der extremen Rechten: Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: Springer Fachmedien

**Faber, Kerstin / Oswalt, Philipp (2013):** Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig: spector books

**Guski, Roman (2016):** Akteure und Strategien rassistischer Mobilisierung in M-V. In: Regionale Arbeitsstelle für Bildung/Integration und Demokratie (RAA) M-V e. V. (Hrsg.): Rechts oben II. Demokratie und Rechtsextremismus in M-V. Waren: Regionale Arbeitsstelle für Bildung M-V

# Mitbestimmung durch Partizipation

## Erfahrungen aus einem Sozialraum-Projekt

**Die Karl-Arnold-Stiftung beteiligte sich im Schuljahr 2015/2016 an dem Kooperationsprojekt „Jugend partizipiert: Lebens- und Erwerbsweltorientierung im städtischen Sozialraum“ der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen mit verschiedenen Trägern der außerschulischen Bildung und Schulen. Ein Jahr lang beschäftigten sich Schülerinnen und Schüler mit einem Thema aus ihrem Lebensumfeld. Inhaltliche Schwerpunkte und Ziele bestimmten die Jugendlichen selbst. Die Karl-Arnold-Stiftung arbeitete bei dem Projekt mit einem Kölner Gymnasium zusammen. In diesem Beitrag wird über die Erfahrungen aus diesem Projekt berichtet.** von Barbara Hopmann

Wie kann die Partizipation von Jugendlichen an politischen Prozessen gefördert und dadurch gleichsam deren Mitbestimmung gestärkt werden? Angesichts des häufig beklagten Desinteresses von Jugendlichen an Politik und der oftmals zu beobachtenden Distanz zwischen politischen Akteuren und der Lebenswelt von Jugendlichen gewinnt diese Frage zunehmend an Bedeutung. Viele Jugendliche haben das Gefühl, dass ihre Interessen und Anliegen von der etablierten Politik nicht vertreten, ja nicht einmal wahrgenommen werden. Andererseits sehen Jugendliche selbst Politik oft nicht als Teil der eigenen Lebenswelt, obwohl sie durchaus Meinungen und Einstellungen zu politischen Themen haben und diese einbringen möchten.<sup>1</sup> Vor allem bei Fragen, die sie und ihre Lebenswelten betreffen, wollen sie mitreden und als ernstzunehmende Ansprechpartner anerkannt werden.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch die Ausführungen zum Projekt „Jugend partizipiert“ auf der Webseite der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen: [www.politische-bildung.nrw.de/wir/projekte/jugend-fuer-politik-gewinnen/index.html](http://www.politische-bildung.nrw.de/wir/projekte/jugend-fuer-politik-gewinnen/index.html) (Zugriff: 10.06.2016)

<sup>2</sup> So beispielsweise ein Ergebnis des 1. Jugendworkshops zur Jugendstrategie 2015–2018 vom 19.–21. Juni 2015 in Berlin

Erfreulicherweise setzt sich – trotz nach wie vor zweifelsohne bestehender Defizite – in steigendem Maße die Erkenntnis durch, dass gelingende Jugendpolitik in Zukunft nur noch *mit* Jugendlichen und nicht ohne sie möglich ist. Auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene gibt es daher seit einiger Zeit zunehmend Bestrebungen, Kinder und Jugendliche deutlich stärker als bisher in die Politik mit einzubinden, zumal deren Recht auf Beteiligung zumindest teilweise in der einschlägigen Gesetzgebung festgeschrieben ist. So besagt beispielsweise das Kinder- und Jugendförderungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, dass „Kinder und Jugendliche an allen ihre Interessen berührenden Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen, insbesondere bei der Wohnumfeld- und Verkehrsplanung, der bedarfsgerechten Anlage und Unterhaltung von Spielflächen sowie der baulichen Ausgestaltung öffentlicher Einrichtungen in angemessener Weise beteiligt werden sollen“ (3. AG-KJHG NRW § 6 Abs. 2). Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Entfaltung und Neuentwicklung von Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen explizit als Anliegen formuliert.

Vor diesem Hintergrund ist auch zu sehen, dass in den letzten Jahren in zahlreichen Kommunen Kinder- und →

Jugendvertretungen in Form von Kinder- und Jugendräten oder -parlamenten entstanden sind. Laut Angaben des *Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport* des Landes Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit in den nordrhein-westfälischen Kommunen rund 80 Kinder- und Jugendgremien, die häufig durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der örtlichen Jugendämter betreut werden. Kinder und Jugendliche beschäftigen sich darin mit Themenbereichen in ihrer Stadt oder Gemeinde, die sie für wichtig erachten – seien es die zielgruppengerechte Gestaltung des lokalen Umfelds, der Öffentliche Personennahverkehr oder Fragen des Umweltschutzes.<sup>3</sup> Auf diese Weise nehmen sie vor Ort die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber Politik und Verwaltung wahr. Eine beim *Landschaftsverband Westfalen-Lippe angesiedelte Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung* unterstützt die Neugründung weiterer Kinder- und Jugendvertretungen.<sup>4</sup> Auch auf Landesebene existiert ein Kinder- und Jugendrat, in dem wiederum die lokalen Kinder- und Jugendgremien vertreten sind.<sup>5</sup>

Die Erfahrungen aus diesen Gremien, aber auch andere partizipativ angelegte Projekte belegen, dass sich Jugendliche sehr wohl für Politik interessieren und bereit sind, sich zu engagieren – vor allem, wenn politische Themen für sie lebensweltliche Relevanz haben. Dies gilt auch für Jugendliche, die zuvor kaum bis gar keine Berührungspunkte zu Politik oder entsprechende Impulse durch ihr soziales Umfeld hatten oder den sogenannten bildungsfernen Milieus zugerechnet werden können. Häufig sind es Projekte auf lokaler Ebene, für die sie zu gewinnen und zu begeistern sind, da hier der Abstand zu ihrer Lebenswirklichkeit geringer zu sein scheint, als bei der Landes- oder gar Bundespolitik.

### Das Projekt

An diesem Punkt setzt daher auch das Projekt „Jugend partizipiert: Lebens- und Erwerbsweltorientierung im städtischen Sozialraum“ an, an dem sich die *Karl-Arnold-Stiftung* seit Beginn des Schuljahres 2015/2016 beteiligt hat. Hinter dem etwas sperrigen Titel verbirgt sich eine Kooperation der *Landeszentrale für politische Bildung*

<sup>3</sup> Diese Informationen sind folgender Quelle entnommen: [www.mfkjks.nrw/beteiligungsmoeglichkeiten-fuer-kinder-und-jugendliche-nordrhein-westfalen-staerken](http://www.mfkjks.nrw/beteiligungsmoeglichkeiten-fuer-kinder-und-jugendliche-nordrhein-westfalen-staerken) (Zugriff: 20.05.2016)

<sup>4</sup> Nähere Informationen zur Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW unter [www.jugendbeteiligung-in-nrw.de](http://www.jugendbeteiligung-in-nrw.de) (Zugriff: 10.06.2016)

<sup>5</sup> Zum Kinder- und Jugendrat NRW: [www.kijurat-nrw.de](http://www.kijurat-nrw.de) (Zugriff: 10.06.2016)

*Nordrhein-Westfalen* mit Trägern der außerschulischen politischen Bildung und Schulen. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des *Europäischen Sozialfonds (ESF)*, der *Landeszentrale für politische Bildung* und mit Eigenmitteln der beteiligten Träger.

Ziel des Projekts ist es, dass sich Schülerinnen und Schüler mit einem Thema aus ihrem direkten Lebensumfeld auseinandersetzen, das nicht vorgegeben ist, sondern das sie selbst ausgewählt haben und mit dem sie sich beschäftigen möchten. Inhaltliche Schwerpunkte und Ziele bestimmen die beteiligten Jugendlichen selbst. Dabei lernen sie das demokratische System nicht nur formal, sondern als Teil ihrer eigenen Lebenswelt kennen und werden befähigt, eigene Interessen zu formulieren und ihre Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, um ihre Anliegen einzubringen und zu vertreten.

Neben der *Karl-Arnold-Stiftung* beteiligen sich aktuell sechs weitere Träger der außerschulischen Bildung an dem Projekt, darunter auch andere AdB-Mitglieder. Die Laufzeit erstreckt sich derzeit auf das Schuljahr 2015/2016. Eine Fortführung im darauf folgenden Schuljahr ist geplant. Das Projekt wird wissenschaftlich von einem Team um *Professor Dr. Helmut Bremer*, Leiter des *Instituts für Berufs- und Weiterbildung an der Universität Duisburg Essen*, begleitet.

Schulischer Kooperationspartner der *Karl-Arnold-Stiftung* im Rahmen des Projekts ist ein städtisches Gymnasium aus Köln-Mülheim mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Zur Umsetzung des Projekts wurde dort eigens eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die außerhalb der regulären Unterrichtszeit stattfindet. Die Teilnahme an der AG ist freiwillig.

Nach anfänglichen Schwankungen bei der Zahl der Teilnehmenden hat sich nach und nach ein harter Kern von rund zehn Schülerinnen und Schülern herauskristallisiert, die regelmäßig an der AG teilnehmen. Die Jugendlichen besuchen die Jahrgangsstufen sechs bis acht des Gymnasiums und sind zwischen zwölf und vierzehn Jahre alt. Von Seiten der *Karl-Arnold-Stiftung* wird die AG durch die Autorin und den derzeitigen Freiwilligen im Programm „Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben“, von Seiten der Schule von einer Lehrerin betreut.

Keiner der an der AG teilnehmenden Jugendlichen hatte vor dem Projekt bewusste Berührungspunkte mit der Politik. In einer zu Beginn des Projekts durch die begleitenden Wissenschaftler durchgeführten Befragung gab die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler an, dass es für sie wichtigere Dinge gäbe, „als sich um Politik zu

kümmern“.<sup>6</sup> Wissen über politische Strukturen und Zusammenhänge oder gar Mitwirkungsmöglichkeiten waren, wenn überhaupt, nur in geringem Maß vorhanden. Die Motivation, an der AG teilzunehmen, erwies sich bei allen Jugendlichen als dieselbe: Es war das Anliegen, sich für ein ihnen wichtiges Thema einzusetzen und nach Möglichkeit mit ihrem Engagement etwas zu bewirken, ja im Idealfall positiv zu verändern.

### Themenfindung

Da die eigenständige Themenfindung, wie oben erwähnt, zentraler Bestandteil des Projekts sein sollte, wurde zum Auftakt der AG eine Ideenwerkstatt durchgeführt. Darin identifizierten die Schülerinnen und Schüler ihnen wichtige Themen, mit denen sie sich eine intensivere Be-



Brainstorming zu „Flucht und Asyl“ Foto: Karl-Arnold-Stiftung

schäftigung vorstellen konnten. Zur Diskussion standen beispielsweise die Umgestaltung eines zentralen Platzes in Köln-Mülheim, die Verbesserung der Situation der Obdachlosen in dem Stadtteil oder die Mitsprache bei der Gestaltung eines auf dem Schulgelände neu entstehenden Schulhofs.

Schnell war jedoch klar, dass ein Thema die Schülerinnen und Schüler aufgrund der Aktualität besonders berührte: das Thema „Flüchtlinge“. Sie entschieden daher schließlich gemeinsam, sich damit in der AG auseinanderzusetzen. Berücksichtigung sollte dabei insbesondere die Situation von Flüchtlingen in Köln und speziell in ihrem Stadtteil Köln-Mülheim finden mit dem Ziel, daraus ein konkretes Projekt zu entwickeln, für das sie sich einsetzen könnten.

<sup>6</sup> So eine Aussage während der Präsentation von Helmut Bremer und Mark Kleemann-Göhring bei der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen am 7. März 2016.

### Erste Schritte

Um ihr Anliegen umsetzen zu können, beschlossen die Schülerinnen und Schüler, sich zunächst allgemein mit dem Thema „Flucht und Asyl“ zu beschäftigen und notwendige Hintergrundinformationen dazu zu erhalten. Im Mittelpunkt der ersten AG-Sitzungen standen daher grundlegende Aspekte wie Informationen über die Herkunftsländer der Flüchtlinge, die Beschäftigung mit Fluchtursachen, Fluchtrouten und Erfahrungen auf der Flucht sowie rechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem Asylverfahren.

Ergänzend dazu fand eine Exkursion ins *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* in Bonn unter dem Gesichtspunkt „Flucht und Migration in und aus Deutschland“ statt, die die Auseinandersetzung mit Flucht, Vertreibung und Asyl aus historischer Perspektive ermöglichte.

Von Anfang an war es außerdem ein Ziel, den Jugendlichen im Rahmen der AG auch notwendiges „Rüstzeug“ zu vermitteln, um ihr Anliegen realisieren zu können und auch dadurch ihre Partizipationsfähigkeit zu stärken. Denn Wissen darüber, an wen sie sich auf lokaler Ebene wenden könnten, wie eine Kontaktaufnahme zu potenziellen Ansprechpartnern erfolgen kann oder wie Gespräche zu führen sind, waren bei den Jugendlichen – sicherlich auch bedingt durch ihr noch recht junges Alter – kaum vorhanden. Die Vermittlung entsprechender Kenntnisse und Methoden wie beispielsweise Gesprächs- und Moderationstechniken wurde daher ebenfalls in die AG-Sitzungen eingebunden.

Des Weiteren gehörte seit Beginn die Förderung der Eigenständigkeit der beteiligten Jugendlichen zu den wesentlichen Zielsetzungen. Die Erarbeitung der in den AG-Sitzungen behandelten Themen erfolgte daher von Anfang an überwiegend und soweit möglich und sinnvoll in Eigenregie durch die Schülerinnen und Schüler – beispielsweise in Form von Kurzreferaten, Gruppenarbeiten, Diskussionsrunden, Internetrecherchen oder Erstellung von Mindmaps. Über wichtige Termine und Ereignisse verfassten die Jugendlichen in der Regel kurze Berichte, die in einer eigens für die AG auf der Homepage der *Karl-Arnold-Stiftung* eingerichteten Website sowie auf der Internetpräsenz der Schule veröffentlicht wurden und die Ergebnisse somit auch nach außen hin dokumentierten.

### Phase zwei

Im nächsten Schritt galt es, sich dem selbst gewählten Thema noch weiter anzunähern und speziell die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Köln zu betrachten.

Ein Gespräch mit dem ehemaligen Direktor des →

Gymnasiums, der in einer Kölner Willkommensinitiative aktiv ist, vermittelte den Schülerinnen und Schülern nicht nur einen Eindruck von der Situation der Flüchtlinge nach ihrer Ankunft und während der ersten Monate in Deutschland. Gleichzeitig lernten sie dabei auch ein Mittel kennen, sich gesellschaftlich zu engagieren. Denn was die Begriffe „ehrenamtliches oder bürgerschaftliches Engagement“ überhaupt bedeuten und was dieses Engagement bewirken kann, war den meisten Jugendlichen nicht bekannt.



Treffen mit dem Mitglied eines Kinder- und Jugendparlaments

Foto: Karl-Arnold-Stiftung

Weitere Impulse, selbst aktiv zu werden, erhielten die Schülerinnen und Schüler beim Besuch eines Aktionstags der Caritas in Köln-Mülheim zum Thema „Flüchtlinge“. Dort beeindruckte sie besonders der Erfahrungsbericht eines jungen Flüchtlings, der sich zusammen mit anderen Betroffenen in einem Verein zusammengeschlossen hat, um diesen eine Stimme zu verleihen. Zum anderen berührte die Jugendlichen sehr eine dort präsentierte Ausstellung über die unzulänglichen Bedingungen, unter denen manche Flüchtlinge in Deutschland untergebracht sind.

Zunehmend manifestierte sich seitdem bei den Schülerinnen und Schülern der Wunsch, sich künftig in der AG verstärkt mit der Situation jugendlicher Flüchtlinge in Köln auseinanderzusetzen, mit diesen näher in Kontakt zu kommen und für diese oder möglicherweise sogar gemeinsam ein Projekt vor Ort (in Köln-Mülheim) zu realisieren.

Aus diesen Überlegungen ergaben sich wiederum neue Fragestellungen für die Jugendlichen: Wer ist überhaupt für die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln und speziell unserem Stadtteil Mülheim zuständig? Wen können wir ansprechen, um in Kontakt zu kommen? Und wie können wir uns möglicherweise für eine Verbesserung der Situation der Flüchtlinge einsetzen?

### *Die Idee nimmt Gestalt an*

Wieder waren die Schülerinnen und Schüler gefragt zu entscheiden, wie sie weiter vorgehen. Nach entsprechenden Recherchen und Diskussionen beschlossen sie, zunächst Kontakt zu dem bei der Stadt Köln für die Flüchtlingsunterkünfte zuständigen Mitarbeiter aufzunehmen. Dass ihre Anfrage unbeantwortet blieb, entmutigte die Schülerinnen und Schüler nicht. Stattdessen versuchten sie nun auf eigene Faust herauszufinden, in welchen Flüchtlingsunterkünften in ihrem Stadtteil jugendliche Flüchtlinge untergebracht sind. Schließlich gelang es, über die Schulsozialarbeiterin Kontakt zu einer in Köln-Mülheim gelegenen Unterkunft herzustellen, in der ausschließlich Flüchtlingsfamilien leben.

Es folgten ein erster Besuch vor Ort und ein Gespräch mit der dort zuständigen Sozialarbeiterin der Stadt Köln. Dabei wollten die Schülerinnen und Schüler zunächst allgemeine Informationen über die Flüchtlingsunterkunft und deren Bewohnerinnen und Bewohner erhalten sowie Möglichkeiten eruieren, wie, bzw. wofür sie sich einsetzen könnten. Auch stellten sie ihren Wunsch vor, Kontakt zu jugendlichen Flüchtlingen zu bekommen und vielleicht sogar ein gemeinsames Projekt mit ihnen zu realisieren.

Auf der Basis des Besuchs entwickelten die Schülerinnen und Schüler in den darauffolgenden AG-Sitzungen eine Reihe von konkreten Ideen für mögliche Projekte, die den Bewohnerinnen und Bewohnern der Flüchtlingsunterkunft zugutekommen könnten. Aus unterschiedlichen Gründen erwies sich deren Umsetzung allerdings zum Teil als schwierig. Schließlich kristallisierte sich als Favorit eine gemeinsame AG mit jugendlichen Flüchtlingen heraus. Ziel sollte es sein, junge Flüchtlinge und Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums zusammenzubringen und die Integration von jungen Flüchtlingen in der Nachbarschaft der Schule zu unterstützen.

Auslöser für dieses Vorhaben waren nicht zuletzt die Erfahrungen bei weiteren Besuchen in der bereits genannten und einer weiteren Flüchtlingsunterkunft in Mülheim sowie eine gemeinsame Exkursion mit dort lebenden jungen Flüchtlingen. Dabei erfuhren die Schülerinnen und Schüler, dass manche Flüchtlinge bereits seit Jahren in den Unterkünften leben und kaum Kontakt zur einheimischen Bevölkerung haben. Dies führte die Jugendlichen schließlich zu der Frage: Wie können sich Flüchtlinge integrieren, wenn sie in einer Flüchtlingsunterkunft unter sich bleiben?

Die Realisierung einer gemeinsamen AG steht seitdem im Mittelpunkt des Projekts. Neben der Klärung organisatorischer Fragen beschäftigen sich die Jugendlichen mit

der inhaltlichen Ausgestaltung und haben dazu zahlreiche Ideen entwickelt. Es soll ein Treffen mit Schülerinnen und Schülern eines anderen Kölner Gymnasiums stattfinden, um sich über deren Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen zu informieren. Geplant ist außerdem ein Gespräch mit Kölner Lokalpolitikern und dem Flüchtlingskoordinator der Stadt Köln. Dabei wollen die Jugendlichen nicht nur ihr Vorhaben präsentieren, sondern auch ihre Fragen und Gedanken zur Integration von Flüchtlingen in ihrem Stadtteil stellen und diskutieren.

### Vorläufiges Fazit

Die bisherigen Erfahrungen haben den dem Projekt „Jugend partizipiert“ zugrundeliegende Gedanken bestätigt, dass besonders ein lebensweltlicher Bezug Jugendliche zu politischer Partizipation motivieren und damit gleichzeitig deren Mitbestimmung fördern kann. Selbst kaum dem Kindesalter entwachsene Jugendliche und solche, die zuvor keinerlei Berührung mit Politik hatten, können auf diese Weise erreicht werden.

So ist davon auszugehen, dass sich die an der AG teilnehmenden Schülerinnen und Schüler in Zukunft vermutlich stärker für Politik interessieren werden, als es vorher der Fall war – mindestens aber dafür sensibilisiert sind. Die Hemmschwelle, sich einzubringen und für Themen und

---

**Sich im Team konstruktiv mit unterschiedlichen Meinungen auseinanderzusetzen sowie gemeinsam mit anderen Lösungen zu erarbeiten, gelingt nicht nur immer besser, sondern ist den Jugendlichen ein echtes Anliegen geworden.**

Angelegenheiten, die sie oder ihre Altersgenossen betreffen und ihnen wichtig sind, zu engagieren, dürfte ebenfalls gesunken sein. Zudem hat die intensive Beschäftigung mit dem Thema „Flucht und Asyl“ im Rahmen der AG die Jugendlichen zur Reflexion über eine Vielzahl weitergehender politischer Fragestellungen und Aspekte geführt, mit denen sie sich ansonsten vermutlich nicht unbedingt aus eigenem Antrieb auseinandergesetzt hätten.

Zu erwähnen sind darüber hinaus zahlreiche Kompetenzen, die die Jugendlichen schon jetzt im Rahmen des Projekts erworben haben und die ihre aktive gesellschaftliche und politische Partizipation begünstigen können. So haben sie beispielsweise gelernt, sich Herausforderungen zu stellen und die eigenen Erwartungen und Vorstellungen kritisch zu reflektieren, aber auch Rückschläge zu überwinden. Dies ist nicht zuletzt ein Ergebnis der Begegnungen und Gespräche mit anderen gesellschaftlich und politisch Engagierten im Rahmen der AG. Als besonders motivationsfördernd erwies sich in diesem Zusammenhang das Treffen mit dem Vertreter eines Kinder- und Jugendparlaments aus der Nähe von Köln. Er berichtete den Schülerinnen und Schülern anschaulich von Niederlagen, aber auch Erfolgen im Rahmen seiner politischen Arbeit und bestärkte sie, aktiv zu werden und auch zu bleiben, selbst wenn mitunter Widerstände zu überwinden sind.

Andererseits hat sich jedoch im Zusammenhang mit dem Projekt auch gezeigt, dass die ebenfalls für eine gesellschaftliche und politische Partizipation erforderlichen Kenntnisse politischer Institutionen und Strukturen sowie das notwendige „Handwerkszeug“ bei vielen Jugendlichen nicht vorhanden sind und erst vermittelt werden müssen. Jugendliche müssen also auch in dieser Hinsicht oft erst noch befähigt werden, damit ihre Teilhabe nicht bereits an diesen Umständen scheitert.

Durch die eigenständige Vorbereitung von Gesprächsterminen und Besuchen haben die Schülerinnen und Schüler in der AG beispielsweise gelernt, Anliegen zu formulieren und auf Ansprechpartner aus unterschiedlichen Bereichen zuzugehen. Leitfäden zum Inhalt und Ablauf anstehender Termine können sie mittlerweile innerhalb kürzester Zeit erstellen. Die Weiterentwicklung sozialer Kompetenzen ist ein weiteres Resultat. Sich im Team konstruktiv mit unterschiedlichen Meinungen auseinanderzusetzen sowie gemeinsam mit anderen Lösungen zu erarbeiten, gelingt nicht nur immer besser, sondern ist den Jugendlichen ein echtes Anliegen geworden. Sie haben demnach auf kleiner Ebene gelernt, was sie in Zukunft auch in größerem Kontext anwenden können.

Dass die Jugendlichen im Projekt aktiv geblieben sind, obwohl die AG in ihrer Freizeit stattfand und die Erwartungen zumindest bei einigen ursprünglich möglicherweise anders gelagert waren, zeugt darüber hinaus von erheblichem Durchhaltevermögen. Die zu Beginn des Projekts oft niedrige „Frustrationstoleranz“ ist deutlich gestiegen und einem realistischeren Einschätzungsvermögen gewichen. Ging es den Schülerinnen und Schülern anfangs →

vorrangig darum, Flüchtlingen „zu helfen“, haben sie im Laufe der Zeit zunehmend Bewusstsein für darüberhinausgehende Partizipationsmöglichkeiten entwickelt.

Besonders bestärkt in ihrem Engagement hat sie die Entscheidung der Schule und des Trägers des Ganztagsangebots, ihre Idee aufzugreifen und zum Schuljahr 2017/2018 an ihrer Schule eine gemeinsame AG mit jugendlichen Flüchtlingen einzurichten. Eine wunderbare Bestärkung für die Schülerinnen und Schüler, mit ihrem Einsatz etwas bewegt zu haben.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

Zur Autorin



**Dr. Barbara Hopmann** ist Historikerin und Bildungsreferentin bei der Karl-Arnold-Stiftung. Ihr Schwerpunkt liegt in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, insbesondere im Bereich Europäische Politik und in der historisch-politischen Bildung.

b.hopmann@karl-arnold-stiftung.de

Weblinks

**Zur AG „Jugend partizipiert“:** [www.karl-arnold-stiftung.de/ueber-uns/die-stiftung/jugendliche/jugend-partizipiert.html](http://www.karl-arnold-stiftung.de/ueber-uns/die-stiftung/jugendliche/jugend-partizipiert.html) (Zugriff: 10.06.2016)

**Zum Projekt „Jugend partizipiert: Lebens- und Erwerbsweltorientierung im städtischen Sozialraum“:** [www.politische-bildung.nrw.de/wir/projekte/jugend-fuer-politik-gewinnen/index.html](http://www.politische-bildung.nrw.de/wir/projekte/jugend-fuer-politik-gewinnen/index.html) (Zugriff: 10.06.2016)

**Koordinierungsstelle Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft (Hrsg.) (2015):** Wie ist es heute jung zu sein? Und was macht eine Kommune jugendgerecht? Dokumentation 1. Jugendworkshop zur Jugendstrategie 2015–2018, 19.–21. Juni 2015 in Berlin: [www.jugendgerecht.de/downloads/Dokumentation\\_Jugendworkshop\\_Layout\\_End.pdf](http://www.jugendgerecht.de/downloads/Dokumentation_Jugendworkshop_Layout_End.pdf) (Zugriff: 10.06.2016)

Anzeige

STIFTUNG DEUTSCHE JUGENDMARKE e.V. Gutes tun Mit Briefmarken helfen

Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V.  
Rochusstraße 8-10, 53123 Bonn, [www.jugendmarke.de](http://www.jugendmarke.de)

## BESTELLUNG

Die Bestellung erfolgt ausschließlich per Vorkasse.  
Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn  
IBAN: DE49 3705 0198 1901 1170 83 • BIC: COLSDE33

PRODUKT	ANZAHL	PREIS
ERSTTAGSBRIEF 2016		
Ersttagsstempel: Bonn	<input style="width: 40px;" type="text"/>	6,00 €
Ersttagsstempel: Berlin	<input style="width: 40px;" type="text"/>	6,00 €
ERINNERUNGSKARTEN 2016		
Ersttagsstempel: Bonn	<input style="width: 40px;" type="text"/>	7,00 €
Ersttagsstempel: Berlin	<input style="width: 40px;" type="text"/>	7,00 €
MARKENSATZ 2016	<input style="width: 40px;" type="text"/>	4,25 €
ZEHNERBÖGEN 2016		
„Hering“	<input style="width: 40px;" type="text"/>	10,00 €
„Kabeljau“	<input style="width: 40px;" type="text"/>	12,50 €
„Scholle“	<input style="width: 40px;" type="text"/>	20,00 €

**Lieferanschrift**

Name

Anschrift

Telefon

E-Mail

VERSANDKOSTEN: Deutschland Brief 1,50 €

### Salzwasserfische – Hering, Kabeljau, Scholle

# Jugendmarken 2016

Deutschland Für die Jugend 70  
30

Der Hering

Deutschland Für die Jugend 85  
40

Der Kabeljau

Deutschland Für die Jugend 145  
55

Die Scholle

Mit dem Zuschlagslös der Briefmarkenserie „FÜR DIE JUGEND“ fördert die Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. seit 1965 Projekte und Bauvorhaben für Kinder und Jugendliche. Die Briefmarken tragen so auf vielfältige Weise zu besseren Perspektiven für junge Menschen bei.

**Verlangen Sie am Postschalter ausdrücklich Jugendmarken**

Die Jugendmarken 2016 sind vom 4. August bis zum 31. Oktober 2016 an allen Postschaltern sowie bis auf Weiteres bei der Deutschen Post AG, Niederlassung Philatelie in 92628 Weiden und unter [www.jugendmarke.de](http://www.jugendmarke.de) erhältlich.

**Wir danken allen Sammlern und Käufern, die mit dem Erwerb der Jugendmarken Projekte der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen!**

Illustration Fische aus: Annel Vidya/Tamás Kóbai: 365 Fische, h.f.ullmann publishing GmbH, Potsdam  
Grafische Gestaltung: Werner Hans Schmidt, Frankfurt am Main

# Ausgewählte Literatur zum Thema „Jugendpolitik in Zeiten des demografischen Wandels“

Ausgewählt und zusammengestellt von der Bibliothek des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung/Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen

**Balzer, Nadine / Ristau, Yan / Schröder, Achim (2014):** Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

**STICHWORTE:** Politische Jugendbildung; Deutschland; Jugend; Rezeptionsforschung; Analyse

**Calmbach, Marc / Borgstedt, Silke / Borchard, Inga / Thomas, Peter Martin / Flaig, Berthold Bodo (2016):** Wie ticken Jugendliche 2016? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Wiesbaden: Springer

**STICHWORTE:** Deutschland; Jugendliche; Lebenswelt; Wertorientierung; Zukunftserwartung

**Dirim, Inci / Gogolin, Ingrid / Knorr, Dagmar / Krüger-Potratz, Marianne / Lengyel, Drorit / Reich, Hans H. / Weiße, Wolfram (Hrsg.) (2015):** Impulse für die Migrationsgesellschaft. Bildung, Politik und Religion. Münster u. a.: Waxmann

**STICHWORTE:** Multikulturelle Gesellschaft; Bildung; Islam; Pluralismus

**Filzmaier, Peter / Plaikner, Peter / Hainzl, Christina / Ingruber, Daniela / Duffek, Karl A. (Hrsg.) (2015):** Jugend und Politik. Generationen-dialog oder Gesellschaftskonflikt? Wien: Facultas

**STICHWORTE:** Europa; Jugend; Jugendpolitik; Politische Beteiligung; Generationsbeziehung; Neue Medien

**Fischer, Jörg / Lutz, Ronald (Hrsg.) (2015):** Jugend im Blick. Gesellschaftliche Konstruktionen und pädagogische Zugänge. Weinheim u. a.: Beltz Juventa

**STICHWORTE:** Deutschland; Jugend; Unterprivilegierung; Soziale Probleme; Jugendpolitik; Sozialarbeit

**Geissler, Rainer (2014):** Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden: Springer VS (7., grundlegend überarbeitete Auflage)

**STICHWORTE:** Deutschland; Wiedervereinigung; Sozialer Wandel; Sozialstruktur; Berufstätigkeit; Bildungssystem

**Greßer, Anne (2016):** Ethnische Ungleichheiten im politischen Wissen. Politische Lernprozesse türkischstämmiger Jugendlicher in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien

**STICHWORTE:** Deutschland; Jugendliche; Migrationshintergrund; Politik; Wissenserwerb; Lernen; Familie; Kulturelle Bildung; Längsschnittuntersuchung

**Gürlevik, Aydin / Hurrelmann, Klaus / Palentien, Christian (Hrsg.) (2016):** Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS

**STICHWORTE:** Politik; Jugendliche; Partizipation; Politische Bildung; Jugendpolitik

**Hurrelmann, Klaus / Albrecht, Erik (2014):** Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert. Weinheim u. a.: Beltz.

**STICHWORTE:** Jugend; Generation; Lebensgefühl; Wertorientierung; Bildungsinteresse; Zukunftserwartung; Gesellschaft; Jugendsoziologie; Geschichte 1985–2000

**Jantschek, Ole / Waldmann, Klaus (Hrsg.) (2015):** Bildungsziel: Mischen. Politische Jugendbildung stärkt Beteiligung. Jahrbuch 2015. Berlin: et

**STICHWORTE:** Politische Jugendbildung; Kommune; Mitbestimmung; Umweltpolitik; Medien; Politik; Mädchen; Benachteiligte Jugendliche

**Lange, Dirk / Onken, Holger / Slopinski, Andreas (2013):** Politisches Interesse und Politische Bildung. Zum Stand des Bürgerbewusstseins Jugendlicher und junger Erwachsener. Wiesbaden: Springer VS

**STICHWORTE:** Jugend; Erwachsene; Politik; Politische Bildung

**Luedtke, Jens / Wiezorek, Christine (Hrsg.) (2016):** Jugendpolitiken. Wie geht Gesellschaft mit „ihrer“ Jugend um? Weinheim u. a.: Beltz Juventa

**STICHWORTE:** Jugendsoziologie; Jugendpolitik; Gesellschaft; Integration; Jugendliche; Sozialer Wandel

**Pröbß, Reiner (2013):** Kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, KommunalAkademie

**STICHWORTE:** Deutschland; Kommunalpolitik; Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik

**Reinhardt, Volker (Hrsg.) (2015):** Jugend und Politik. Empirische Studien zur Wirkung politikverbundener Projektarbeit. Wiesbaden: Springer VS

**STICHWORTE:** Politische Bildung; Demokratie; Europa; Politische Beteiligung; Jugendpolitik

**Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2015):** Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main: Fischer Verlag

**STICHWORTE:** Deutschland; Jugend; Politische Einstellung; Wertorientierung; Zukunftserwartung

# Nach den Landtagswahlen

## Politische Bildung in einer polarisierten Gesellschaft

**Die politische Landschaft verändert sich – nicht erst seit den Landtagswahlen im Frühjahr 2016. Ein analytischer Blick auf die Konstellationen in den Ländern zeigt die Herausforderungen und die zu erwartenden Auswirkungen auf die Bundestagswahlen. Diese werden auch durch die Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung beeinflusst, bestärkt durch eine polarisierende, oft abwertende Rhetorik – nicht nur aus den Reihen der AfD, sondern auch von Vertretern des intellektuellen Rechtsnationalismus. Politische Bildung hat hier eine wichtige Aufgabe, Raum für einen besonnenen und differenzierten Diskurs zur Verfügung zu stellen und die Urteilsfähigkeit der Menschen zu stärken.** von Ulrich Eith

### Die Landtagswahlen im Frühjahr 2016

Die Landtagswahlen vom 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben bundesweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In erster Linie galt diese dem Abschneiden der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) angesichts des sprunghaften Anstiegs der Flüchtlingszahlen über den Jahreswechsel. Wie in den Umfragen vor der Wahl bereits ausgewiesen, konnte die AfD von den damit verbundenen Ängsten und Abwehrhaltungen profitieren und die 10-Prozent-Marke deutlich überspringen. In Baden-Württemberg erzielte sie 15,1 %, in Rheinland-Pfalz 12,6 % und in Sachsen-Anhalt als zweitstärkste Partei sogar 24,3 %. Die etablierten Parteien sind alarmiert, gerade auch mit Blick auf die Bundestagswahl im Frühjahr 2017.

Eine weitere Besonderheit dieser Landtagswahlen lag in dem letztlich schlechten Abschneiden der CDU und den dadurch nicht erreichten Wahlzielen vor allem in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Im Vorfeld der Landtagswahlen war innerhalb der Unionsparteien eine geradezu erbitterte Auseinandersetzung über die Flüchtlingspolitik der christdemokratischen Bundeskanzlerin *Angela Merkel* entbrannt. Über Wochen hinweg beklagten insbesonde-

re bayerische Unionspolitiker – allen voran Ministerpräsident *Horst Seehofer* – die Abwesenheit von Recht und Ordnung in Deutschland und verglichen das Land mit einem Unrechtsstaat. Dieser unionsinterne, diskreditierende Konfrontationskurs beförderte nicht nur den Aufschwung der AfD mit ihren rigiden Anti-Flüchtlings-Parolen. Das Taktieren der christdemokratischen Spitzenkandidaten *Julia Klöckner* und *Guido Wolf* zwischen den Positionen *Seehofers* und *Merkels* in der Flüchtlingsfrage verhinderte letzten Endes den zumindest in Rheinland-Pfalz lange als sicher angenommenen Wahlsieg. In Baden-Württemberg fiel die CDU dadurch nun endgültig auf Platz zwei hinter die Grünen zurück, nachdem sie zum Jahreswechsel noch etwa 7 Prozentpunkte Vorsprung gehabt hatte.<sup>1</sup>

Der hohen Reputation und Wertschätzung, die sich der grüne Ministerpräsident *Winfried Kretschmann* in seiner ersten Amtsperiode bis weit in die christdemokratischen Wählerkreise Baden-Württembergs hinein erarbeitet hatte, konnte die Union in der Endphase des Wahlkampfes

<sup>1</sup> Die einzelnen Wahlumfragen und somit die Entwicklung der sogenannten Sonntagsfrage sind dokumentiert unter [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de).

nichts Entscheidendes mehr entgegensetzen. Fortan muss sie sich nun mit dem Status des Juniorpartners in einer grün-schwarzen Koalition arrangieren.

Von bundesweiter Bedeutung ist zum Dritten die Tatsache, dass sich in allen drei Bundesländern neuartige Koalitionskonstellationen über die früheren politischen Lagergrenzen hinweg gebildet haben. In Stuttgart regieren die Grünen mit der CDU, in Mainz die SPD mit Grünen und FDP und in Magdeburg die CDU mit SPD und Grünen. Dies erweitert nochmals die eh schon vielfältige Zusammensetzung der Landesregierungen und somit auch des Bundesrates. Die Unionsparteien sind aktuell an 8 Landesregierungen beteiligt und stellen 5 Ministerpräsidenten, die SPD kommt auf 13 Regierungsbeteiligungen und 9 Ministerpräsidenten, die Grünen auf 10 Beteiligungen und einen Ministerpräsidenten, die Linke auf 2 Beteiligun-



Geflüchtete warten auf ihre Unterbringung in Berlin, Dezember 2015  
Foto: Sebastian Bock

gen und ebenfalls einen Ministerpräsidenten und FDP und SSW auf jeweils eine Regierungsbeteiligung. Die in Berlin regierende große Koalition von CDU/CSU und SPD verfügt im Bundesrat somit über lediglich 20 von 69 Stimmen und braucht zur Mehrheitsbildung die Zustimmung von Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung.<sup>12</sup> In der Konsequenz tragen die Parteien der politischen Mitte – von den regierenden Christ- und Sozialdemokraten bis zu den über den Bundesrat eingebundenen Grünen – explizit und implizit die Verantwortung für die Bundespolitik bzw. relevante Teile davon. Die originäre Oppositionsfunktion üben derzeit in erster Linie die Linken im Bundestag sowie die AfD im (noch) außerparlamentarischen Raum aus.

<sup>2</sup> Die jeweils aktuelle Zusammensetzung des Bundesrates findet sich unter [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de).

Diese Vielfalt der Bündnisse auf Landesebene eröffnet den Parteien für die Bundestagswahl im Frühjahr 2017 mannigfaltige Koalitionsoptionen, was die Wahlentscheidung für Bürgerinnen und Bürger keineswegs einfacher macht. Werden SPD und Grüne ihren Wahlkampf zentral auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit und eine Regierungsmehrheit mit Hilfe der Linken ausrichten – nur so eröffnet sich eine Perspektive auf eine sozialdemokratische Kanzlerschaft – oder ist für beide Parteien die Koalition mit der Union eine ebenfalls ernsthafte Alternative? Bei den Grünen vertreten derzeit *Jürgen Trittin* und *Winfried Kretschmann* am klarsten die unterschiedlichen Optionen in der Öffentlichkeit. Die Union ihrerseits ist nach heutigem Stand zur Mehrheitsbildung darauf angewiesen, genügend inhaltliche Schnittmengen zu den Sozialdemokraten und den Grünen in die Waagschale werfen zu können. Ansonsten verbleiben ihr allenfalls ein Bündnis mit Rechtspopulisten oder aber die Oppositionsrolle. Angesicht der unterschiedlichen Flügel und ideologischen Frontstellungen in der Union, in der SPD sowie bei den Grünen stehen den Parteien bis zur Wahl noch umfangreiche innerparteiliche Diskussions- und Klärungsprozesse mit erheblichem Konfliktpotential bevor. Für die mittelfristige Stabilität der Demokratie in Deutschland allerdings ist es auf jeden Fall vorteilhafter, wenn sich die zentralen politischen Gegensätze in Deutschland demnächst wieder zwischen den etablierten Parteien und eben nicht wie weitgehend zur Zeit zwischen den Parteien der politischen Mitte und denjenigen der politischen Ränder im rechten und linken Spektrum abbilden.

### Polarisierung durch Verunsicherung

Der enorme Anstieg der Flüchtlingszahlen zwischen Herbst 2015 und Frühjahr 2016 hat zu einer Polarisierung in der deutschen Gesellschaft geführt, wie sie in diesem Ausmaß seit Jahrzehnten nicht mehr zu beobachten war. Auf der einen Seite konnte die AfD mit rechtspopulistischer, nationalistischer Rhetorik und personellen Überschneidungen zum rechtsextremen Bereich von Ängsten und fremdenfeindlichen Haltungen angesichts der Flüchtlingsbewegungen enorm profitieren. Nach der Spaltung der Partei im Juli 2015, die der Parteigründer *Bernd Lucke* herbeigeführt hatte, war diese in den Umfragen bereits unter die 5 Prozent-Hürde abgesackt. Auf der anderen Seite haben sich auf kommunaler und regionaler Ebene in ganz Deutschland zahlreiche Flüchtlingsinitiativen zusammengefunden. Mit viel Engagement leisten sie einen unverzichtbaren, aktiven Beitrag zur Integration der hier →

angekommenen Flüchtlinge. Nun hat es in Deutschland durchaus schon häufiger rechtspopulistische Wahlerfolge und offene Fremdenfeindlichkeit gegeben<sup>3</sup> – man denke nur an die Ausschreitungen gegen Asylbewerber Anfang der 1990er Jahre vor dem Asylkompromiss. Ein solches Ausmaß an zivilgesellschaftlichem Engagement war bislang jedoch noch nicht zu beobachten. Hieraus ergibt sich eine neuartige Spaltung der Gesellschaft. Während also bei einem Teil der Bevölkerung Ängste vor unkontrolliertem Zuzug und Überfremdung zur Protestwahl, teilweise auch zur Akzeptanz von Sündenbocktheorien und der Übernahme von nationalistischen Forderungen führen, leisten andere einen engagierten, persönlichen Beitrag zur Lösung der anstehenden Integrationsaufgaben und damit verbundenen praktischen Probleme.

---

### **Angesichts der derzeitigen, emotional aufgeladenen Polarisierung muss es zunächst darum gehen, den rationalen, praktisch und empirisch fundierten Diskurs wieder in Gang zu bringen. Bildungsorte bieten hierfür vielfältige Gelegenheiten und Möglichkeiten.**

Ein weiteres kommt verschärfend hinzu. In den aktuellen Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung bündelt sich der langjährige, bislang eher unterschwellig zu vernehmende Frust strikt konservativer Bevölkerungsteile über die gesamten gesellschaftspolitischen Neuausrichtungen der Bundeskanzlerin *Angela Merkel*. Wurde von diesen bereits der Ausbau der Kleinkinderbetreuung unter der damaligen Familienministerin *Ursula von der Leyen* ab 2005 als Kulturrevolution, weil Angriff auf die zentrale Bedeutung der Familie empfunden, so verfestigte sich die Ablehnung von *Merkels* Politik in konservativen Kreisen mit der Abschaffung der Wehrpflicht, der schrittweisen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und nicht zuletzt auch dem Atomausstieg (vgl. Eith 2014).

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu etwa die Beiträge in Wenzel/Rosenzweig/Eith (2015), zu Baden-Württemberg: Eith (2015, 2003).

Stets handelte die Bundeskanzlerin mit der Gewissheit, den Umfragen zufolge die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben. Die Kritik aus den konservativen Reihen der eigenen Partei hingegen übergab sie. So sehr die Bundeskanzlerin ihrer Partei mit dieser Politik den Status einer zentralen Volkspartei auch in Zeiten eines rasanten gesellschaftlichen Wandels erhalten konnte, so sehr erzeugte sie damit zugleich massive Ablehnung und erbitterte Feindschaften im eigenen konservativen Lager. Beim Thema Flüchtlinge trauten sich die Kritiker nun erstmals vehement aus der Deckung, zumal auch die Umfragedaten eine nachlassende Unterstützung für *Merkel* zumindest in dieser Frage signalisierten.

Befremdend, ja irritierend wirken die Stichworte intellektueller Debattenteilnehmer, wenn etwa vom „Souveränitätsverzicht Deutschlands“, der „Überfremdung“ oder auch dem „Lügenäther“ der Medien (*Peter Sloterdijk*) (vgl. Cicero-Redaktion 2016) die Rede ist. In ähnlicher Weise äußerten sich öffentlich etwa auch *Rüdiger Safranski* oder *Botho Strauß* („Flutung des Landes mit Fremden“) (vgl. Schröder 2016). Ein intellektueller Rechtsnationalismus liefert die Schlagworte für Rechtspopulisten, auch wenn erstere mit letzteren nichts zu tun haben wollen.

Die Welt empfinden viele inzwischen als unübersichtlich und bedrohlich: Globalisierung, internationaler Terrorismus, anonyme bürokratische Fremdherrschaft, soziale Schieflage – die Liste der individuell empfundenen Bedrohungsszenarien ließe sich verlängern. Wie auch andernorts in Europa und in den USA ist es in Deutschland inzwischen salonfähig, ja fast schon chic geworden, in dieser Situation für chauvinistische, nationalistische Lösungen und Regelungen einzutreten. Überschaubarkeit durch Komplexitätsreduktion und rigides Freund-Feind-Denken sowie die Rückbesinnung auf Nation und kollektive Identitäten anstelle dem Beharren auf den Fundamenten der offenen Gesellschaft nach *Karl Popper*, der individuellen Freiheit, der universellen Gültigkeit von Menschenrechten und dem Festhalten an den Prozessen des demokratischen Aushandelns, so mühsam diese manchmal auch sein mögen. Von „Ausmisten“ und „Aufräumen“ fabulieren AfD-Vertreter (vgl. Fiedler 2016), ein großes Verständnis für die rigide, autoritäre Machtpolitik von *Putin* – und möglicherweise bald auch *Erdogan* – kommt hinzu. Die Rückbesinnung auf die eigene Stärke, die Verteidigung der eigenen Scholle als Trutzburg und Garant für Orientierung in Zeiten internationaler Gefährdungen vereint die Rechtspopulisten in ganz Europa. Eine ähnliche Zielrichtung bestimmte überdies die Kampagne der Brexit-Befürworter in Großbritannien sowie den Vorwahlkampf von *Donald Trump* in den USA.



Foto: kallejipp / photocase.de

Die Frage des Zuzugs und Umgangs mit Flüchtlingen emotionalisiert und spaltet derzeit im hohen Ausmaß und ist beinahe schon zur Gretchenfrage „Wie hältst Du es mit der nationalen Identität und Verantwortung?“ geworden. Selbst im erweiterten Bekanntenkreis kann die Flüchtlingsthematik seit ein paar Monaten kaum noch offen diskutiert werden, ohne den Bruch langjähriger Bekanntschaften oder Freundschaften zu riskieren. Der rationale, abwägende Diskurs zwischen den unterschiedlichen Positionen scheint ausgesetzt.

### Die Möglichkeiten politischer Bildung

Politische Bildnerinnen und Bildner haben vielfältige Erfahrungen mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus (vgl. etwa die Beiträge in Wenzel u. a. 2015). Gleichwohl eignet sich die politische Bildungsarbeit nicht als Feuerwehr in Krisensituationen. Ihre Wirkungen sind längerfristig und können vor allem empfundene Benachteiligungen durch politische Entscheidungen nicht aus der Welt schaffen. Drei Zielrichtungen erscheinen mir in der aktuellen Situation von besonderer Dringlichkeit.

Angesichts der derzeitigen, emotional aufgeladenen Polarisierung muss es zunächst darum gehen, den rationalen, praktisch und empirisch fundierten Diskurs wieder in Gang zu bringen. Bildungsorte bieten hierfür vielfältige Gelegenheiten und Möglichkeiten. Bedrohungs- und Überfremdungängste sowie konkrete Probleme bei der Integration von Flüchtlingen lassen sich thematisieren, ohne

die Betroffenen sofort in eine ideologische Schublade stecken zu müssen. Risiken und Chancen der Zuwanderung müssen wieder mit nüchternem Pragmatismus gegeneinander gestellt werden können. Politische Bildung kann dazu beitragen, dass Menschen im Gespräch bleiben.

Weiterhin erscheint es dringend notwendig, die Grundprinzipien und zentralen Werte der freien Gesellschaft immer wieder neu zu diskutieren. Wer kollektive Identitäten zur Richtschnur für politisches Handeln heranzieht, schränkt damit automatisch die individuellen Freiheitsrechte ein, etwa die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Freiheit von Forschung und Lehre oder auch das Recht auf eigene Lebensgestaltung innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Deutsche Identität basiert nicht auf biologischen, charakterlichen oder als ebenso statisch angesehenen kulturellen Eigenschaften oder Besonderheiten. Der normative Bezugspunkt der Deutschen sind die zentralen Werte des Grundgesetzes. Hieran hat sich die Politik auszurichten. Kulturelle und alltagsästhetische Merkmale hingegen taugen weitaus mehr zur Binnendifferenzierung von Gesellschaften. Der Deutsche, der Franzose oder auch der Flüchtling sind populistische Zuschreibungen und rhetorische Kunstgebilde ohne nachprüfbaren, verlässlichen empirischen Kern.

Schließlich kann politische Bildung zur individuellen Urteilsfähigkeit beitragen wenn es gelingt, die gängigen Muster der (rechts-)populistischen Rhetorik für breitere Kreise aufzuschlüsseln. Rechtspopulistische Argumentationen →

folgen fast immer demselben Grundmuster:<sup>4</sup> Komplexitätsreduktion durch Darstellung des Sachverhalts als Bedrohung, Missbrauch oder Verletzung von Recht und Ordnung; Ableitung von Unmut oder Enttäuschung der „kleinen Leute“, des „Volkes“ und schließlich Befreiung oder Erlösung vom Problemdruck durch vermeintlich einfache, offen zu Tage liegende Maßnahmen gegen erkennbare Minderheiten (Sündenbocktheorien). Die hierbei verwendete Sprache ist zumeist stark emotional oder dramatisierend und benutzt je nach Zielsetzung negative

---

## Politische Bildung kann in diesen hoch emotionalisierten Zeiten zumindest eine Versachlichung der Diskussion und somit die Verringerung der Gefahr einer rhetorischen Manipulation von Wählerinnen und Wählern befördern.

oder positive Prädikationen (Flüchtlingsschwemme, Asylantenstrom, Armutszuwanderung, Wirtschaftsasylanten etc.).

Es kann nicht die zentrale Aufgabe von politischer Bildung sein, einen gesellschaftlichen Konsens zwischen unterschiedlichen politisch-ideologischen Positionen herstellen zu wollen. (Verteilungs-)Konflikte in der Gesellschaft müssen politisch bearbeitet und gelöst werden. Politische Bildung kann dazu beitragen, dass die den jeweiligen Positionen zugrunde liegenden Gesellschaftsvorstellungen und zentralen Werte sichtbar, dass Argumentationsstrategien durchschaubar werden. Das Ausmaß an demagogisch eingesetzter Unwahrheit ist gewaltig. Als aktuelles Beispiel sei nochmals auf die Kampagne der Brexit-Befürworter verwiesen. Politische Bildung kann in diesen hoch emotionalisierten Zeiten zumindest eine Versachlichung der Diskussion und somit die Verringerung der Gefahr einer rhetorischen Manipulation von Wählerinnen und Wählern befördern. Wenn hierzu ein Beitrag gelingt, kann die pluralistisch ausgerichtete politische Bildungsarbeit bereits einen Erfolg verbuchen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

---

4 Eine umfangreiche Zusammenstellung findet sich bei Reisigl 2002.

### Zum Autor



**Dr. Ulrich Eith** ist Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg und Direktor des Studienhaus Wiesneck, Buchenbach. Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind die Wahl- und Einstellungsforschung sowie der Vergleich politischer Systeme.

ulrich.eith@wiesneck.de

### Literatur

**Cicero-Redaktion (2016):** Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbsterstörung. Peter Sloterdijk über Merkel und die Flüchtlingskrise. In: Cicero vom 28.01.2016; [www.cicero.de/berliner-republik/peter-sloterdijk-ueber-merkel-und-die-fluechtlingskrise-es-gibt-keine-moralische](http://www.cicero.de/berliner-republik/peter-sloterdijk-ueber-merkel-und-die-fluechtlingskrise-es-gibt-keine-moralische) (Zugriff: 21.07.2016)

**Eith, Ulrich (2003):** Die Republikaner in Baden-Württemberg. Mehr als nur politischer Protest. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen: Springer VS, S. 243–261

**Eith, Ulrich (2014):** Volksparteien in der Orientierungsphase? Innerparteiliche Frontstellungen und die Suche nach Koalitionsoptionen. In: Jesse, Eckhard / Sturm, Roland (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse; Folgen, Baden-Baden: Nomos, S. 95–111

**Eith, Ulrich (2015):** Baden-Württembergs Parteiensystem im Wandel. In: Der Bürger im Staat, Heft 4 „Fünf Jahre Rot-Grün“, 65. Jg., S. 248–255

**Fiedler, Maria (2016):** Wir sind die freche Version der AfD. In: Der Tagesspiegel vom 13.03.2016; [www.tagesspiegel.de/politik/markus-frohnaier-von-der-jungen-alternative-wir-sind-die-freche-version-der-afd/13319676.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/markus-frohnaier-von-der-jungen-alternative-wir-sind-die-freche-version-der-afd/13319676.html) (Zugriff: 21.07.2016)

**Reisigl, Martin (2002):** Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen. Von populistischen Anrufungen, Anbiederungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In: Eisenmann, Wolfgang (Hrsg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? Wien: Czernik Verlag, S. 149–198

**Schröder, Christian (2016):** Deutsche Denker gegen Angela Merkel. In: Der Tagesspiegel vom 01.02.2016; [www.tagesspiegel.de/kultur/botho-strauss-ruediger-safranski-peter-sloterdijk-deutsche-denker-gegen-angela-merkel/12907680.html](http://www.tagesspiegel.de/kultur/botho-strauss-ruediger-safranski-peter-sloterdijk-deutsche-denker-gegen-angela-merkel/12907680.html) (Zugriff: 21.07.2016)

**Wenzel, Udo / Rosenzweig, Beate / Eith, Ulrich (Hrsg.) (2015):** Rechter Terror und Rechtsextremismus. Aktuelle Erscheinungsformen und Ansätze der politischen Bildungspraxis, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

# Engagement und politische Bildung

## Generationengeschichtliche Betrachtungen

**Relativ wenig wissen wir über Lebenswege, Motivationen und Aktionsfelder derjenigen Akteure, die beruflich die politische Bildung gestalten. Auch über den grundsätzlichen Zusammenhang von politischer Sozialisation, Engagement und politischer Bildung ist selten geforscht worden. Drei Veröffentlichungen aus dem Jahr 2014 sind geeignet, zu diesen Fragen einige Antworten zu geben, allerdings sind es auch nur Mosaiksteine eines weit gespannten Feldes.** von Paul Ciupke

Jürgen Fiege, Jahrgang 1942, dürfte manchen im AdB und in der Jugendbildung noch bekannt sein. Viele Jahre war er im *Jugendhof Steinkimmen* tätig, der – neben dem *Jugendhof Vlotho*, dem auch schon länger geschlossenen *Jugendhof Dörnberg* und dem *Wannseeheim für Jugendarbeit* in Berlin (heute: Stiftung wannseeFORUM) – als eine kreative und die politische und kulturelle Jugendbildung in der Bundesrepublik stets prägende Institution bis zu dem Zeitpunkt gelten darf, als der Einrichtung 2005 seitens der niedersächsischen Politik die Zuschüsse gestrichen wurden. Weiter existiert man noch als Institution beruflicher Bildung und als Übernachtungshaus. Bescheiden nennt Fiege seine Textkomposition „Ein Vierteljahrhundert Pädagoge im Jugendhof Steinkimmen“ ein Lesebuch (vgl. Fiege 2014). Es handelt sich hier um eine Werkbiografie, in der sich in einzelnen Erzählungen die Geschichte des Hauses mit den Konjunkturen politischer Jugendbildung und den besonderen Aktivitäten *Jürgen Fieges* verbinden, aber auch die politischen Fährnisse und Bewegungen aufscheinen und die subjektive Perspektive dominant bleibt. Das letzte Drittel des Buches enthält einen Anhang mit ausgewählten Fachartikeln von Jürgen Fiege. Zusammengefasst also ein spannendes und ehrliches Quellenbuch, das zum Beispiel auch

Auseinandersetzungen im Kollegenkreis nicht verschweigt.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen Seminarformate und ihre Zielgruppen, die auch die Bewegungskonjunkturen der Zeitläufte spiegeln: Schüler- und Lehrlingsseminare, Angebote für arbeitslose Jugendliche, Jugendzentrumsseminare, internationale Begegnungen (Polen und Israel), Filmseminare und Medienfortbildungen. Vor allem die Bildungsaktivitäten der 1970er und 1980er Jahre sind beschrieben. Daneben werden aber auch andere interessante Projekte und Netzwerke gestreift, etwa der legendäre Studienkreis, der Mitte der 1950er Jahre in Vlotho gegründet wurde und dem im Laufe seiner Zeit (1990 war endgültig Schluss), besonders in den Jahren bis 1975, etliche später als politische Intellektuelle, einflussreiche Hochschullehrer oder Journalisten bekannt gewordene Akteure angehörten. *Jürgen Fiege* hat seinen Rückblick auf die Jugendbildung vor allem als Konfliktgeschichte sowohl in der Gesellschaft wie in der Institution verfasst. Schon zu Beginn seiner Tätigkeit versuchte man *Jürgen Fiege* als politisch zu links stehend (Vorwurf: Nähe zum Sozialistischen Büro, eine undogmatisch-linke Gruppe zwischen SPD, Gewerkschaften und Friedensbewegung) zu diffamieren und somit als untragbar für Steinkimmen darzustellen. →

Der Leiter der Einrichtung, das war damals *Erich Zilien*, lehnte die Entlassung ab. *Jürgen Fiege* kommt aus dem *Bund Deutscher Pfadfinder* (BDP), der in den 1960er Jahren unter dem Eindruck der Protestbewegung sein biederes Pfadfindertum abstreifte, sich erheblich politisierte,



Haupthaus des Jugendhofs Steinkimmen in den 70er Jahren  
Foto: Jürgen Fiege

als neues Arbeitsfeld die politische Bildung einführte und sich schließlich aufspaltete. Die Jugendverbände bildeten natürlich ein wichtiges Reservoir nicht nur für die Teilnahme an Seminaren und ähnlichen Veranstaltungen, vielmehr brachten sie auch die für die Bildungsarbeit nötigen ehren- und hauptamtlichen Teamer bzw. Pädagogen hervor. Die hauptberufliche Tätigkeit in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung war für viele Akteure der ersten drei oder vier Nachkriegsjahrzehnte, während derer die politische Jugend- und Erwachsenenbildung ihren wesentlichen institutionellen Aufbau erfuhr, überaus anschlussfähig an die Phase ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit, hatte man doch in dieser wesentliche Erfahrungen sammeln und berufliche Kompetenzen erlernen können.

*Jürgen Fiege* war fast gleichaltrig mit *Maria Grönefeld*, sie wurde 1941 geboren. Vor 22 Jahren, im Januar 1993, ist *Maria Grönefeld* gestorben im Alter von nur 51 Jahren. Im Feld der politischen Bildung ist sie heute am ehesten noch in Kreisen der katholischen Arbeiterbildung bekannt, zu ihren Lebzeiten genoss sie aber Respekt in allen Verbänden und Lagern. Sie war die erste Leiterin des *Oswald von Nell-Breuning-Hauses* in Herzogenrath, das direkt an der deutsch-niederländischen Grenze bei Aachen gelegen ist – tief katholisches Gebiet. 1979 begann diese Bildungsstätte mit ihrer Arbeit, initiiert wurde sie von engagierten Personen aus der CAJ und der KAB, also der in den 1920er Jahren vom belgischen Priester *Joseph Cardijn* gegründeten

*Christlichen Arbeiterjugend* (CAJ) und der *Katholischen Arbeitnehmerbewegung* (KAB). „Sehen, Urteilen, Handeln“, der so eingängige und bis in die Gegenwart oft in Bildungs- und Jugendarbeit benutzte Dreischritt, geht auf *Cardijn* zurück. Auch heute ist das Haus noch bekannt für seine in sozialen Fragen entschiedene Position und Arbeit.

*Grönefelds* Geburtsort Borghorst, heute ein Ortsteil von Steinfurt, gehörte zu dem westmünsterländischen Textilgürtel. Der Vater war Weber, auch die Mutter hatte in der Textilindustrie gearbeitet. Wie das in den 1950er Jahren im katholischen Arbeitermilieu noch üblich war, gab es für die sehr gute Schülerin keine Chancen, eine weiterführende Schule zu besuchen: Es fehlte das nötige Geld, aber auch die damaligen Ansichten über die Geschlechterrollen im Leben und Beruf führten dazu, dass sie nach

## Die Jugendverbände bildeten natürlich ein wichtiges Reservoir nicht nur für die Teilnahme an Seminaren und ähnlichen Veranstaltungen, vielmehr brachten sie auch die für die Bildungsarbeit nötigen ehren- und hauptamtlichen Teamer bzw. Pädagogen hervor.

der achtjährigen Volksschule als angelernte Kraft in einer Näherei arbeiten musste, während die Brüder immerhin eine Ausbildung machen durften. Schon früh hatte sich *Maria Grönefeld* in der Mädchenarbeit rund um die katholische Kirchengemeinde betätigt, sie war Gruppenleiterin, organisierte und gestaltete Gruppenstunden und Ferienfahrten. Das Engagement in Gruppen, Verbänden und Szenen bildete den Ariadnefaden, der sie aus den Beschränkheiten des Milieus führte: ein Programm der permanenten Selbstbildung und Entwicklung durch Aktivitäten. Weitere Stationen waren die ehrenamtliche Mitarbeit bei der CAJ, wichtig dabei die internationalen Begegnungen, denn schließlich verkörperte der Jugendkatholizismus schon immer eine transnationale Angelegenheit.

Die Textilindustrie geriet in den 1960er Jahren bereits in eine tiefe Krise und die Probleme von Globalisierung und Strukturwandel erreichten den ländlichen und in wirtschaft-

licher Hinsicht mittelständisch geprägten Raum. Man versuchte sich gegen Rationalisierungen und Schließungen zu wehren. Jungarbeiterinnen litten unter extrem schlechten Arbeitsbedingungen. *Maria Grönefeld* lernte den Nutzen und Wert von Gewerkschaften kennen. Anfang der 1960er Jahre wurde sie Bezirkssekretärin der CAJ und baute in rasender Eile am Niederrhein weibliche CAJ-Gruppen auf. Handlungsspielräume und Rückenwind verschafften ihr das 2. Vatikanische Konzil, aber auch das Wirtschaftswunder und die politischen und kulturellen Aufbrüche der 1960er Jahre. Außerdem erkannte sie die große Bedeutung von formaler Bildung, sie holte die mittlere Reife nach und machte eine Zusatzausbildung zur Seelsorgehelferin. Anschließend kehrte sie aber zur CAJ zurück und wurde Bildungsreferentin im Bistum Münster. Außerdem durfte sie als Religionslehrerin an Volks- und Sonderschulen unterrichten. Als wichtiger politischer Beschleuniger wirkten Auslandsreisen nach Lateinamerika, wo damals die CAJ als kommunistische Gruppe angesehen wurde. *Maria Grönefeld* schwamm sich politisch frei, schrieb kritische Artikel und hielt Vorträge, wurde schließlich die Nationalsekretärin der CAJ. Diese Aufgabe war zeitlich auf drei Jahre begrenzt, sodass sie sich danach entschloss, die Sonderbegabtenprüfung abzulegen und an der Gesamthochschule Essen Pädagogik mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung/Arbeiterbildung zu studieren. Nebenher war sie auf einer Teilzeitstelle bei der Katholischen Studentengemeinde tätig. 1979 begann sie mit dem Aufbau katholisch geprägter Arbeiterbildung im *Oswald von Nell Breuning-Haus*. In den 1980er Jahren schrieb sie noch ihre Dissertation zur Konzeption katholischer Arbeiterbildung, in der der sogenannte Erfahrungssatz von *Oskar Negt* eine zentrale Rolle einnahm. Sie blieb aber trotz ihrer politischen Radikalisierungen eine entschiedene Katholikin. Immer mehr beschäftigte sie sich mit der Theologie der Befreiung. Atemlos muss ihr Engagement und Berufsleben gewesen sein. Am 1. Januar 1993 starb sie: an Krebs, aber offenbar auch an fehlender Selbstfürsorge.

Die von *Sabine Heise* (2014) verfasste Biografie basiert auf mannigfachen Quellen, u. a. auf vielen Interviews mit Freundinnen und Weggefährten. Sie macht die Biografie einer politischen Bildnerin und engagierten Katholikin in einer beispielhaften Weise transparent, die Darstellung droht allerdings manchmal ein bisschen in hagiografische Tendenzen abzugleiten.

*Jürgen Fiege*, der über seine Zeit beim BDP leider wenig Auskünfte gibt, dürfte zeitlich parallel ähnliche Aktivitäten entfaltet und Entwicklungen durchgemacht haben wie *Maria Grönefeld* und sich auch stufenweise politi-

siert haben. Das lässt die Frage nach der Generationenerfahrung bzw. dem Generationenzusammenhang stellen. *Andrea Wienhaus* (2014) hat nun in einer Dissertationsschrift sich an einer Kollektivbiografie des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) versucht. Grundlage ihrer Untersuchung sind die erhaltenen Unterlagen der SDS-Mitglieder in Berlin aus dem Jahr 1967. Sie sucht nach typischen Sozialisationsverläufen, Bildungswegen und sozialen Mustern und will die Rolle von Bildung im Lebenslauf und für die Politisierung näher bestimmen und deuten.

Was kann man Näheres über die Generation derer, die sich zur Hochzeit der Protestbewegung im Zentrum des Geschehens, nämlich Westberlin, deutlich politisch artikulierten, erfahren? Nicht ganz erstaunlich ist, dass sehr viele SDS-Mitglieder ein Studium der Sozial-, Politik- und Geisteswissen-



Foto: Ulrike Stehling

schaften absolvierten. Die älteren Jahrgänge entstammen der Generation der Kriegskinder mit den üblichen Traumatisierungen, Brechungen und Nachkriegsdeprivationen.

Die Betrachtungen und Erkenntnisse sind mehr struktureller Art, was zur Folge hat, dass weder einzelne Personen – Namen fallen kaum – noch ganz konkrete Erfahrungen in der Untersuchung eine Rolle spielen. Die Aggregationen sind oft sehr disparat, es war wohl für die Autorin schwierig verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen und so →

bleiben die Ergebnisse oftmals spärlich und die Erkenntnisse schwammig: nun ja, es waren auch viele Frauen dabei, die SDSler waren überwiegend urban und bürgerlich geprägt und man bildete intellektuelle Treffpunkte auch für Leute außerhalb des akademischen Milieus. Die Autorin spricht im Kontext der damals zentralen Frage der Demokratisierung der politischen Kultur in den 1960er Jahren am Rande die politische Bildung an, aber außer ein paar dürren Verweisen auf die *Bundeszentrale für politische Bildung*, die für diesen Zusammenhang relativ unwichtig gewesen sein dürfte, erfährt man nichts weiteres. Ein Kapitel später, das der Frage der Konstruktion eines „akademischen Selbst“ gewidmet ist, scheinen allerdings wesentliche subjektive Erfahrungsdimensionen auf, die einer noch intensiveren Betrachtung und Interpretation hätten zugeführt werden dürfen: Mitarbeit an Schülerarbeitsgemeinschaften und Schülerzeitungen, Reisen ins Ausland – oft in Zusammenhang mit Jugendverbänden und Gemeinschaftsdiensten, der Besuch von Schülerlehrgängen und weitere Formen politischer Jugendbildung, Mitarbeit in Bünden und Jugendgruppen und andere Wege der Beteiligung und des Engagements etwa in der Ostermarschbewegung. Das Interesse an Kultur wird gestreift, hätte aber vielleicht ebenfalls eine intensivere Behandlung verdient gehabt.

Auch wenn die rückblickenden Forschungen zum Zusammenhang von Politisierung, politischer Bildung und Jugendarbeit in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre und der ersten Hälfte der 1960er Jahre nicht so zahlreich sind, können wir anhand der mannigfachen zeitgenössischen Quellen und Selbstbeschreibungen sehr wohl die begründete Annahme formulieren, dass viele Akteure der Protestbewegungen und der späteren sozialen Bewegungen bereits in Jugendverbänden, Bildungsstätten, Schülerlehrgängen und internationalen Begegnungen eine nachhaltige politische Grundsozialisierung erfahren haben, die später dann im Rahmen politischer Konflikte intensiviert wurde. An dieser Stelle hat die Studie von *Wienhaus* leider die Chancen vergeben, die Erkenntnisse zu vertiefen und empirisch anzureichern. Die späten 1950er Jahre und das 1960er Jahrzehnt bilden nämlich die Gründerzeit einer eigenständigen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die sich aber auch immer noch aus dem Erbe der Jugendbewegung und der Jugendverbände sowie der Volksbildung der 1920er Jahre versorgte, zugleich jedoch die neuen Chancen der sich allmählich kulturell öffnenden Nationalgesellschaft und die entstehende neue internationale Jugendkultur für ihre Anliegen geschickt nutzte.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

## Zum Autor



**Dr. Paul Ciupke**, Diplompädagoge, ist Mitglied des Leitungsteams im Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V. und Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“.

paul.ciupke@hu-bildungswerk.de

## Literatur

**Fiege, Jürgen (2014):** Ein Vierteljahrhundert Pädagoge im Jugendhof Steinkimmen. Ein Lesebuch. Oldenburg: Isensee-Verlag

**Heise, Sabine (2014):** Maria Grönefeld. Eine Biographie. Hrsg. von der Maria-Grönefeld-Stiftung. Herzogenrath: Maria-Grönefeld-Stiftung

**Wienhaus, Andrea (2014):** Bildungswege zu „1968“. Eine Kollektivbiografie des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Bielefeld: transcript Verlag

# „Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim\_innen online“

## Mit Klicks und Kommentaren für gesellschaftliche Teilhabe: Das Pilotprojekt des Vereins ufuq.de

Soziale Medien spielen im Alltag von Jugendlichen eine kaum zu überschätzende Rolle. Das Pilotprojekt „Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim\_innen online“ startete im April 2014 mit dem Ziel, Vielfalt und Diversität auch in Kommentarspalten und Online-Posts abzubilden und junge Musliminnen und Muslime darin zu bestärken, eigene Perspektiven und Standpunkte in gesellschaftlichen und religiösen Fragen zu entwickeln. Eine Herausforderung war dabei, online überrepräsentierten islamistischen Stimmen etwas entgegenzusetzen und innermuslimische Diskussionen über Fragen von Religiosität, Identität, Zugehörigkeit und Teilhabe anzustoßen. von Sindyan Qasem

### Farbe ins Spiel bringen: Mit Kommentaren gegen Schwarz-Weiß-Denken

In den vergangenen Jahren erreichte der Berliner Verein *ufuq.de* bundesweit zwischen 4.000 und 5.000 Jugendlichen mit verschiedenen Workshop-Konzepten. Am Anfang des Projekts *Was postest Du?* stand daher auch der Wunsch, die gesammelten Erfahrungen aus der politischen Bildungsarbeit zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus in Schulen und Jugendeinrichtungen auf Soziale Medien zu übertragen. Wichtige gesellschaftliche Debatten – gerade zu Themen rund um Migration, Islam und Teilhabe – finden zu einem großen Teil auch online statt und folgen dabei neuen Dynamiken, die die politische Bildung vor enorme Herausforderungen stellen. Zugleich bieten sie neue Zugänge zu Zielgruppen, die ansonsten nur schwer zu erreichen sind.

Auch junge Musliminnen und Muslime sind selbstverständlich in Sozialen Netzwerken aktiv. Sie suchen nach Informationen und Unterhaltung, sie kommunizieren mit Freunden, sie vertiefen sich in für sie besonders interessante Themen – so wie andere Jugendliche auch. Religiosität und Glaube, aber auch Rassismus und das Gefühl von Nichtzugehörigkeit sind wichtige Themen, die für

Jugendliche, die sich als muslimisch identifizieren, immer bedeutsamer werden – und nicht selten suchen diese Jugendlichen gerade im Internet nach Orientierung und Lösungen für Fragen, denen sie im Alltag begegnen. „Das Internet als neue Moschee“ – so wird nicht selten der Stellenwert von Online-Angeboten für muslimische Jugendliche beschrieben (vgl. Nordbruch 2015).

Dabei spielen islamistische Akteurinnen und Akteure ganz unterschiedlicher Couleur eine besondere Rolle. In vielen Foren prägen sie Debatten, setzen Themen und definieren, was richtig oder falsch, *halal* oder *haram* ist. Ihr Erfolg und die hohe Reichweite liegt darin begründet, dass es oft schlicht an alternativen Sichtweisen und Angeboten mangelt, die andere, aber eben auch islamische Perspektiven repräsentieren würden.

Das als Pilotexperiment von der *Robert-Bosch-Stiftung* geförderte Projekt konnte außerdem über die eigentliche Thematik hinaus einen Beitrag zu aktuellen Diskursen rund um die Begegnung von *hate speech*, die Verschärfung von Debatten durch populistische Tendenzen und die Instrumentalisierung von Sozialen Netzwerken durch Ideologinnen und Ideologen leisten. →

**Frage** von Rep [Avatar] 22.03.2015 👁 42

### Darf man sich im Islam Aggro Rap anhören?

Ich wollte mal wissen , ob man im Islam sich Aggro Rap anhören darf , da ich selbst Muslim bin interessiert mich das sehr , denn man darf ja allgemein Musik hören..

LG

8 Antworten

---

**Antwort**  
von RahimMansur 26.04.2015 👁 16

Du findest im Islam im Allgemeinen verschiedene Meinungen zu verschiedenen Themen, so also auch zum Verbot von Musik.

Mal andersrum gefragt: Was könnten deiner Meinung nach Gründe dafür sein, keine Rap Musik zu hören? Und warum hörst du gerne Rap?

Finden Sie diese Antwort hilfreich? ⬆ ⬇

Jugendliche suchen nach Orientierung – auch in religiösen Fragen. Im Projekt wurde von den Teamer/-innen nachgehakt: „Was ist dir selbst wichtig?“ Quelle: gutefrage.net

### „Dorthin gehen wo Jugendliche ohnehin unterwegs sind“: Aufsuchende Arbeit online

Während der Vorbereitungs- und Planungsphasen des Projekts wurden immer wieder Probleme und Fragen deutlich, die auch während der 18-monatigen Arbeitsphase des Projekts von Juli 2014 bis Dezember 2015 Anpassungen der Zugänge, Methoden und Formate notwendig machten.

Die im Projekt engagierten Teamer/-innen wurden in einer mehrtägigen Ausbildung methodisch auf Moderationen und Diskussionen in Sozialen Netzwerken vorbereitet. Gemeinsam wurden dabei Strategien und Argumente erarbeitet, mit denen Debatten und Gespräche in Sozialen Netzwerken initiiert werden sollten.

Die Grundlage der praktischen Arbeit waren persönliche Profile, die von den Teamer/-innen erstellt und betreut wurden. Die Profile erschienen unter einem Pseudonym, waren aber klar als persönliche Profile einer realen, in einem Bildungsprojekt arbeitenden Person auszumachen. Die Teamer/-innen konnten dabei ihre Profile selbst frei gestalten. Angestrebt wurde eine möglichst authentische Repräsentation eigener Interessen, Ansichten und Erfahrungen, ohne dass die Teamer/-innen für Fremde als Person identifizierbar werden.

Mit ihren Projekt-Profilen agierten die Teamer/-innen auf zwei verschiedenen Online-Plattformen: *Facebook* und *gutefrage.net* wurden ausgewählt, weil sie auf durchaus verschiedene Art und Weise relevant für jugendliche Zielgruppen sind und für das Projekt geeignete Kommentar- und Interaktionsfunktionen bieten. Die Teamer/-innen mischten sich in Gespräche in öffentlichen und halböffentlichen *Facebook*-Gruppen, in Kommentarspalten unter Postings auf *Facebook*-Seiten oder reihten sich in die Liste von Antwortgebenden auf *gutefrage.net*, um Jugendliche gezielt anzusprechen.

Die Themenauswahl der Teamer/-innenbeiträge orientierte sich an den Interessen der Zielgruppe von „jungen Musliminnen und Muslimen“. Sie umfasste gesellschaftliche, religiöse, kulturelle und soziale Themen, wobei ausdrücklich versucht wurde, allgemeingesellschaftliche Fragen auch ohne Religionsbezug aufzugreifen und Jugendliche nicht auf ihr „Muslimisch sein“ zu beschränken. Die Teamer/-innen waren dazu gehalten, eher differenziert auf bereits platzierte Themen zu reagieren, statt eigene Themen zu setzen und damit Gefahr zu laufen, an der Zielgruppe „vorbeizureden“.

Wo und wie die Teamer/-innen zu welchen Themen mitreden, war zu einem großen Teil ihnen selbst überlassen. Seitens der Projektleitung gab es zwar eine Auswahl an verschiedenen *Facebook*-Gruppen und -Seiten sowie einigen vielversprechenden Stichwörtern bei *gutefrage.net*. Letztendlich zeichnete sich das Projekt aber vor allem durch die Vielseitigkeit der verschiedenen erprobten thematischen Zugänge aus.

Wie von Beginn an erwartet lag eine besondere Schwierigkeit darin, gesellschaftspolitische und theologische Themen und Argumentationsweisen voneinander abzugrenzen und die Gespräche explizit politisch-bildnerisch zu gestalten. Das bedeutete nicht, dass sich die Teamer/-innen nicht religiös positionierten. Sie waren jedoch dazu angehalten, nicht auf einer rein religiösen Argumentationsweise zu verharren, sondern Religiosität als eine – nie aber die einzige – Ressource von Miteinander und gesellschaftlicher Kohäsion darzustellen.

### Mehr als nur ein paar Likes:

#### Jugendliche als reflektierte Nutzer/-innen

In insgesamt zwei Jahren Ausprobieren und Experimentieren mit verschiedenen Ansprachen ließen sich verschiedene Methoden ausmachen, die vielversprechende Gesprächseinstiege in Sozialen Medien ermöglichten und Jugendliche zum Nachdenken anregten.

Soziale Netzwerke sind Orte, in denen sich Jugendliche positionieren – oft mit plakativen Aussagen, eingängigen Bildern und wirkmächtigen Statements (vgl. Calmbach u. a. 2011, S. 55 ff.). Viel zu selten jedoch entstehen im Anschluss an das Posten derartiger Positionierungen tatsächlich Auseinandersetzungen. Eine Methode, die im Projekt verfolgt wurde, bestand darin, einfach nachzufragen: „Wie meinst du das?“, „Warum sollte es nicht doch anders sein, als du es beschreibst?“, „Warum ist dir das eigentlich wichtig?“. Dabei ging es nicht darum, Glaubensüberzeugungen oder politische Ansichten unmittelbar in Frage zu stellen. Ziel des Nachfragens war es vielmehr, zur Reflexion anzuregen und scheinbar unumstößliche und teils polarisierende Aussagen kritisch zu betrachten.

Gleichzeitig funktionieren Soziale Netzwerke als Informationsquellen. Oft stehen traditionelle Medienangebote scheinbar gleichwertig neben Informationen aus dem *Facebook*-Newsfeed, neben nicht belegbaren Gerüchten und problematischen Aussagen. Einige Jugendliche verlasen sich unkritisch auf alles, was sie im Netz sehen und hören. Im Projekt wurde deswegen auch versucht, Jugendliche dazu zu ermuntern, Quellen zu hinterfragen, weitere

Informationen hinzuzuziehen und ihre Standpunkte differenzierter zu formulieren.

Denn in Sozialen Netzwerken erscheinen, oft bedingt durch Algorithmen und das bewusste Ausblenden anderer Meinungen, bestimmte Ansichten als alternativlos. So stand daher im Mittelpunkt, gerade die Vielzahl an Perspektiven und Standpunkten sichtbar zu machen. So betonten die Teamer/-innen in ihren Beiträgen, dass verschiedene Lebensentwürfe durchaus nebeneinander existieren können – und auch, dass es Vorbilder gibt, die gesellschaftliches Engagement durchaus mit ihrem Glauben begründen.

### Was kann politische Bildung online leisten?

Wenn sich die Gelegenheit ergab, führten Teamer/-innen Gespräche auch in privaten Nachrichten und Chats weiter. So ließen sich in diesen Eins-zu-eins-Ansprachen in nichtöffentlichen Räumen teilweise weitergehende und differenziertere Reflexionen anstoßen als in für andere Nutzer/-innen einsehbaren Kommentarspalten. Gleichzeitig stand dabei immer die Frage im Raum, inwiefern online überhaupt eine Form von Intimität simuliert werden kann, die derartige Ansprachen zulässt. Während des Projekts waren die Teamer/-innen daher stets vor die Herausforderung gestellt, ihre politisch-bildnerische Arbeit möglichst

---

## Soziale Netzwerke sind Orte, in denen sich Jugendliche positionieren – oft mit plakativen Aussagen, eingängigen Bildern und wirkmächtigen Statements.

trennscharf von Lebenshilfe und Seelsorge für einzelne Nutzer/-innen abzugrenzen.

Eine weitere Abgrenzung schien auch zu verschiedenen Methoden der Deradikalisierung notwendig. Sowohl durch den gesellschaftlich wachsenden Druck auf muslimische Communities und Bildungsprojekte, sich angesichts des Erstarken von *da'esh* mit Deradikalisierung auseinanderzusetzen, als auch durch die tatsächliche Präsenz von geschlossenen Weltbildern, denen mit politisch-bildnerischen Ansprachen nicht entgegenget werden kann, wurde diese Abgrenzung mitunter erschwert. Das Projekt *Was postest Du?* wurde trotzdem immer als Bildungs- und nicht als Deradikalisierungsprojekt verstanden – gerade weil von →

Anfang an klar war, dass die Teamer/-innen keineswegs im „Revier“ von Ideologinnen und Ideologen mitmischen sollten, um dort gegen die jeweiligen Ideologien anzukommen. Die Auseinandersetzung mit Jugendlichen, die sich für gesellschaftspolitische und religiöse Themen interessierten und dabei Gefahr liefen, auf ideologische Inhalte zu stoßen, stand im Vordergrund.

Im Projekt *Was postest Du?* wurden somit Ansprüche verfolgt, die mittlerweile auch von wissenschaftlicher Seite an eine lebensweltnahe und handlungsorientierte Pädagogik online gestellt werden. Diese sollte demnach zum Ziel haben, Informationsbeschaffungsprozesse zu reflektieren und eine differenzierte gemeinsame Informationsgrundlage zu schaffen, die fehlende Trennschärfe zwischen Privatheit und Öffentlichkeit zu hinterfragen sowie Teilhabeprozesse und Selbstbestimmungen von Nutzerinnen und Nutzern zu unterstützen (vgl. Wagner u. a. 2011, S. 33 ff.).

Im Kontext Einwanderungsgesellschaft sollte ein Ziel politischer Bildung weiterhin sein, allen Nutzerinnen und Nutzern Resonanzräume für ihre jeweiligen zielgruppenspezifischen Interessen und Kompetenzen zu bieten – und ihnen das Know-how zu vermitteln, um online an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen teilhaben und über ihr Handeln und dessen Bedeutung reflektieren zu können.

#### Lebensweltbezug oder Kontroversität – oder beides?

Mit dem Team wurden inhaltliche Standards vereinbart, die für alle Beiträge im Rahmen des Projekts galten. Grundlage dafür waren die Prinzipien des *Beutelsbacher Konsens*. Zugleich war ohnehin klar, dass sich die Teamer/-

### Jede Reaktion auf einen der Kommentare der Teamer/-innen war ein Erfolg und womöglich ein weiterer Anlass für Gespräche und die nächste Interaktion.

innen mit persönlichen Meinungen zu Wort melden können, die nicht notwendigerweise von den anderen Teammitgliedern oder von *ufuq.de* geteilt wurden.

Im Rahmen der Standardisierung wurde Wert darauf gelegt, bei auftauchenden Verallgemeinerungen, Abwertungen und Verschwörungstheorien zu intervenieren und multiperspektivisch mit Lebensweltbezug zu kommentie-

ren. Tatsächlich gerät politische Bildung im Allgemeinen in Sozialen Netzwerken jedoch in ein Dilemma: Will politische Bildung lebensweltnah sein und mit für Jugendliche attraktiven Ansprachen arbeiten, dann stellen Semantiken online Pädagoginnen und Pädagogen vor große Heraus-



Ausgebildete Teamer/-innen mischten sich im Rahmen des Projekts in Diskussionen in Soziale Netzwerke ein. Foto: Zainab Chahrour

forderungen. Verkürzungen, Zuspitzungen, Übertreibungen und Maximalpositionen charakterisieren die Vermittlung von Inhalten in Sozialen Netzwerken – werden aber in der Pädagogik hingegen prinzipiell hinterfragt. Politische Bildung muss deswegen nicht per se mit stichpunktartigen Listen und eingängigen Schlagwörtern arbeiten, um Aufmerksamkeit zu generieren. Trotzdem zeigen Aktionen wie *#SchauHin* oder kurze Nachrichtenformate wie *Blumios Rap Da News*, dass politisierende und zur Reflexion anregende Inhalte auch mittels 144 Zeichen oder in zweiminütigen Clips aufbereitet werden können und tausendfach gesehen und geteilt werden – vor allem auch von Jugendlichen, die klassischen Massenmedien eher skeptisch gegenüberstehen (vgl. Wolf 2015). Die Teamer/-innen im Projekt begegneten dieser Herausforderung auf ganz unterschiedliche Art und Weise: So wurden beispielsweise kurze Statements in sogenannten image macros, also pointierten Bildern mit kurzen Untertiteln, verpackt oder mit dem Posten von kurzen, geeigneten Erklär-Videoclips komplizierte Zusammenhänge veranschaulicht.

#### Erfolg messen: Wie viel ist ein Klick wert?

Grundsätzlich galt: Jede Reaktion auf einen der Kommentare der Teamer/-innen war ein Erfolg und womöglich ein weiterer Anlass für Gespräche und die nächste Interaktion. Tatsächlich war allerdings von Beginn des Projekts an klar, dass Erfolge viel eher qualitativ anstatt quantitativ

messbar sein würden. Inwiefern eine bestimmte Aktion als gelungen verbucht wurde, war auch von den jeweiligen Zielen der Teamer/-innen abhängig. Die Teamer/-innen mussten außerdem sehr flexibel sein und konnten sich – auch in Gesprächen rund um immer wieder auftauchende Themen wie Islam und Demokratie – nicht darauf verlassen, mit einigen wenigen „richtigen“ Informationen und Kommentaren Gespräche in ihrem Sinne zu gestalten. So zählte alleine die Sichtbarkeit einer alternativen Position oder differenzierten Meinung bereits als Erfolg, wenn es den Teamer/-innen in einem Kontext darum ging, zu informieren. War das Ziel einer Interaktion die Anregung zur Reflexion oder sollten Nutzer/-innen zu einer Auseinandersetzung mit von ihnen geposteten Inhalten angeregt werden, dann waren selbstverständlich vor allem die Reaktion dieser Nutzer/-innen ausschlaggebend für das Gelingen.

Im Laufe des Projekts entstanden zusätzlich Expertisen zu verschiedenen Schwerpunktthemen wie Demokratie und Islam, Religiosität und Gender oder Rassismus und Empowerment, die immer wieder in verschiedensten Formen auftauchten und auf die unsere Teamer/-innen in verschiedener Art und Weise reagierten. Dass die gewonnenen Einblicke und die erprobten Strategien auch auf andere Arbeitsbereiche von *ufuq.de* übertragen und – durch Vorträge, Workshops und Fachaustausche – auch anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Verfügung gestellt werden konnten, ist ein Erfolg des Projekts, der weit über die rein online stattfindende aufsuchende Arbeit hinauswirkt.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

## Zum Autor



**Sindyan Qasem**, Sprach- und Kulturwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verein *ufuq.de*. Schwerpunkte: Jugendkulturen, Religiosität und politische Bildung, Entwicklung von rassistuskritischen und lebensweltnahen Ansprachen an Jugendliche; Dokumentation und Erprobung von Wirksamkeiten verschiedener Narrative zur Resilienzförderung gegen Propaganda. Er war mitverantwortlich für die Umsetzung des hier beschriebenen Pilot-Projekts. Er engagierte sich im Netzwerk gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus in Leipzig und arbeitete im Rahmender *bbp*-Ausstellung „Was glaubst du denn?! – Muslime in Deutschland“ als Peer Guide Trainer. Er ist Alumnus der Jungen Islam Konferenz.

[sindyan.qasem@ufuq.de](mailto:sindyan.qasem@ufuq.de)

## Literatur

**Calmbach, Marc u. a. (2011):** Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf: Verlag Haus Altenberg

**Nordburch, Götz (2015):** Rat von Sheikh Google. Qantara; <https://de.qantara.de/inhalt/das-projekt-was-postest-du-rat-von-sheikh-google> (Zugriff: 10.08.2016)

**Wagner, Ulrike u. a. (2011):** Partizipation im und mit dem Social Web – Herausforderungen für die politische Bildung. JFF – Institut f. Medienpädagogik in Forschung und Praxis; [www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/Partizipation%20im%20Social%20Web.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Partizipation%20im%20Social%20Web.pdf) (Zugriff: 10.04.2016)

**Wolf, Fritz (2015):** Wir sind das Publikum. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung

## Hinweis

Eine im Juni 2016 zum Projektabschluss von *ufuq.de* veröffentlichte Broschüre dokumentiert die Erfahrungen und berichtet vom Fachaustausch, an dem im Februar 2016 insgesamt 20 Initiativen und Projekte teilnahmen. In drei Dossiers zu den Themen Islam und Demokratie, Rassismus und Islamfeindlichkeit und Geschlechterrollen finden Lesende konkrete Anregungen für die pädagogische Praxis in Sozialen Netzwerken, aber auch in Klassenräumen.

[www.ufuq.de/was-postest-du-ansatze-der-politischen-bildung-mit-jungen-muslim\\_innen-online](http://www.ufuq.de/was-postest-du-ansatze-der-politischen-bildung-mit-jungen-muslim_innen-online)

# „So bekommen wir nicht, was wir zum Leben brauchen!“

## Wohlstand ohne Wachstum: Bildungsansätze für das Gute Leben im 21. Jahrhundert

**Spätestens seit 2008 ist klar, dass mit unserem Wirtschaftssystem grundlegend etwas nicht stimmt. Seitdem herrscht permanenter Krisenmodus. Fast alle Krisen, vom Klimawandel bis zu Fluchtbewegungen, lassen sich auf ökonomische Ursachen zurückführen. Man muss fragen: Hat der Kapitalismus sein Versprechen, den Menschen ein besseres Leben bieten zu können, halten können? Selbst diejenigen, die materiell gut gestellt sind, sind nicht wirklich glücklich. Was brauchen wir also dann? Was können Wege aus der Krise sein? Welche Ansätze gab es bereits in der Vergangenheit? Was hat es mit der Idee der sozialen Freiheit auf sich?** von Moritz Kilger

Eine alleinerziehende Mutter in Berlin, die aus der Armut nicht rauskommt. Ein Universitätsabsolvent in Südeuropa, der nach der Uni wieder bei seinen Eltern einziehen muss, weil er von seinem Job die Miete nicht bezahlen kann. Ein Dorf in Afrika, in dem alle die Ersparnisse zusammenkratzen, um einen jungen Mann auf eine tödliche Reise nach Europa schicken zu können, damit er zum Lebensunterhalt der Dorfgemeinschaft beitragen kann. Der Bruch eines Staudamms in Brasilien, der ganze Landstriche für hunderte von Jahren unbewohnbar machen wird. Das allmähliche Versinken des Nahen Ostens in Gewalt, Terror und Krieg, was zur Folge hat, dass noch nie so viele Menschen auf der Flucht waren wie heute ... – kurze Schlaglichter auf Krisenphänomene unserer Zeit. Alle Beispiele haben gemeinsam, dass sie letztlich wirtschaftliche Ursachen haben. Selbst die derzeit alles dominierende „Flüchtlingskrise“ hat einen ökonomischen Kern. Der Nahe Osten ist wirtschaftlich abgehängt, seine Bevölkerungszahl aber explodiert. Ein urbanes, perspektivloses Prekariat wächst heran und junge Männer ohne Aussicht, sich und einer Familie ein Leben aufbauen zu können – das ist selten gut ausgegangen.

Vor diesem weltpolitischen Hintergrund wurde die Tagung „Wohlstand ohne Wachstum: Bildungsansätze für

das Gute Leben im 21. Jahrhundert“ am 17. und 18. August 2016 in der EJBW in Weimar konzipiert.

Mit der Tagung wurden vier Ziele verfolgt:

- Kritik an einem auf Wirtschaftswachstum basierendem Gesellschaftsmodell
- Aufzeigen von alternativen Gesellschaftsentwürfen
- Entwickeln von konkreten Bildungsansätzen zum Thema „Das Gute Leben“
- Verzahnung von schulischer und außerschulischer Bildung

### Kritik an einem auf Wirtschaftswachstum basierendem Gesellschaftsmodell

Während nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Untergang des Kommunismus noch von einem Ende der Geschichte die Rede war, wissen wir spätestens nach der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008, dass dem nicht so ist und dass die Geschichte kein Ende haben darf, will die Menschheit die existenziellen Krisen, die ihren eigenen Fortbestand gefährden können, in den Griff bekommen.

Das heutige Wirtschaftssystem wird als neoliberal

bezeichnet. Darunter wird eine Ausrichtung verstanden, die, im Gegensatz zu einem zentral gesteuerten Modell, auf bestimmte Freiheiten setzt. Der Wirtschaft wird zugeutraut, für eine Steigerung des Wohlstands sorgen zu können. Neoliberal heißt diese Schule deshalb, weil sie auf liberale Ideen zurückgreift, die im 19. Jahrhundert entwickelt wurden. Anstatt das Augenmerk auf die wirtschaftliche Nachfrageseite zu legen – so wie in den drei keynesianischen Dekaden der Nachkriegszeit („*les trentes glorieuses*“) – will der Neoliberalismus die Angebotsseite stärken, weswegen sich mit ihm eine Politik der Gewährleistung des Privateigentums, der Freizügigkeit des Waren-, Dienstleistungs-, und Kapitalverkehrs, der Sicherstellung der Konkurrenzfähigkeit bei gleichzeitiger Gewährung der allgemeinen Preisstabilität verbindet. Der Staat nimmt dabei eher die Rolle des Hüters dieser Freiheitsrechte ein.

Mit erstaunlichem Erfolg: Zweifellos konnten auf diese Weise hohe Wachstumsraten erzielt werden, von denen viele Menschen profitieren und durch die der allgemeine Wohlstand gesteigert werden konnte. In den 90er Jahren setzte eine (zumindest in den frühindustrialisierten Staaten) noch nie dagewesene Phase der wirtschaftlichen Prosperität ein, die tatsächlich die Frage aufwarf: „Was, bitte, könnte denn da noch besser werden?“

Anfang der 2000er Jahre wurden jedoch Bedenken artikuliert und der durch die amerikanische Subprime-Krise hervorgerufene wirtschaftliche Kollaps von 2008 machte einer breiten Öffentlichkeit klar, dass das Ende der Geschichte beileibe nicht erreicht ist, sondern dass etwas nicht stimmt:

- *Wolfgang Streeck* (2013) hat dargelegt, dass sich der neoliberale Kapitalismus eigentlich nur durch Verschuldung und „Konsolidierung“, also tiefe Einschnitte in staatliche Sozialausgaben, über längere Zeit hat über Wasser halten können. Er zeigt, dass die Fundamente des demokratischen Kapitalismus ins Wanken geraten sind und macht deutlich, wie unsere westlichen demokratischen Strukturen und Institutionen Gefahr laufen, zu Erfüllungsgehilfen privatkapitalistischer Interessen degradiert zu werden.<sup>1</sup>
- Mittlerweile ist allen klar, dass sich die Lebensgrundlagen eben nicht für breite Bevölkerungsschichten ver-

<sup>1</sup> Siehe hierzu auch „Postdemokratie“ von Colin Crouch (2008). Die Debatte, wie und warum der Kapitalismus die demokratische Regierungsform bedrohen kann, ist allerdings so alt wie der Kapitalismus selbst (vgl. Dörre/Lessenich/Rosa 2009).

bessert haben, sondern dass sich das Vermögen weltweit in den Händen von immer weniger Menschen bzw. Ländern konzentriert (vgl. Kolleg Postwachstumsgesellschaften/Le Monde Diplomatique 2015).<sup>2</sup>

- Erderwärmung und Klimawandel: Mit dem Klimaabkommen von Paris Ende 2015 bestehen zwar begründete Hoffnungen, dass auch in den Köpfen der wichtigsten politischen Entscheidungsträger angekommen ist, dass Klimawandel und Erderwärmung menschlichen Ursprungs sind – für das Gegenteil gibt es keine Beweise – doch das heißt noch lange nicht, dass sich diese Erkenntnisse in politisches Handeln übersetzen. Die Erfahrungen der Vergangenheit stimmen da eher pessimistisch.
- Und dann stellt sich überhaupt die Frage, was das Mehr an materiellem Wohlstand den Menschen überhaupt gebracht hat. Sind die Menschen damit glücklicher geworden? Einkommen und Glück sind nur bis dann positiv korreliert, bis die Lebensgrundlagen sichergestellt sind und die Grundbedürfnisse befriedigt werden können. Danach hängt Glück nicht mehr von der Mehrung des Einkommens ab (vgl. Skidelsky/Skidelsky 2013). Die Frage ist, ob eine Fokussierung auf das Materielle in der westlichen Welt die Menschen nicht davon ablenkt, sich den wirklich wesentlichen Dingen zuzu-



Foto: Steffen Walther & Jan Bernert

wenden. Heutige Jugendliche müssen sich schon in der siebten Klasse darum kümmern, welche berufsorientierten Praktika sie machen wollen. Sie lernen frühzeitig, dass es in Schule und Studium darum geht, später gutes Geld verdienen zu können. Kein Wunder, dass →

<sup>2</sup> Vgl. hierzu auch die umfassende Diskussion nach Erscheinen von „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty (2014).

so viele junge Menschen BWL studieren. Dabei sind Jugendliche damit nicht wirklich glücklich, denn ihnen geht es darum, Antworten auf die großen Fragen des Lebens zu finden (vgl. z. B. Calmbach u. a. 2016). Offenbar steht also heute in Zweifel, ob das große Versprechen der kapitalistischen Gesellschaft, den Menschen mehr Wohl-Sein zu geben und sie damit glücklicher zu machen, sich tatsächlich erfüllt hat.

Es war nicht immer so, dass sich das Leben der Menschen auf ein Mehr an materiellen Wohlstand ausgerichtet hat. Deshalb sollte die Tagung danach fragen, wo sich ideengeschichtlich der Bruch vollzogen hat, dass es den Menschen weniger um ein Mehr an Sein als um ein Mehr an Haben geht. <sup>3</sup> Bei aller Kritik muss aber daran erinnert werden, dass sich das kapitalistische System auch deshalb hat durchsetzen können, weil sich mit ihm in der Sphäre der Wirtschaft nach dem Zeitalter der Aufklärung ein Menschenbild manifestiert hat, das den Menschen als einen souveränen und mündigen Bürger betrachtet, der selbst frei entscheiden kann, dem ein Bedürfnis nach einer wie auch immer gearteten Expansion innewohnt und der eben nicht in ein starres gesellschaftliches Korsett, das durch Kirche und Monarchie zusammengehalten wird, hineingeboren wird.

### Aufzeigen von alternativen Gesellschaftsentwürfen

Wenn die kapitalistische Idee in ihrer heutigen Ausprägung an ihr Ende gekommen zu sein scheint, indem sie Wohl-Sein für die meisten Menschen nicht hat verwirklichen können, den Fortbestand der eigenen Spezies bedroht und vielleicht sogar den Menschen bei seiner Lebensausrichtung auf die falsche Fährte gesetzt hat, stehen wir dann nicht auch vor der Notwendigkeit eines grundstürzenden Gesinnungswandels? Müssen dann nicht auch althergebrachte Denkmuster abgelegt und neue, von denen wir noch gar nicht wissen, wie sie aussehen, entwickelt werden? Es geht also um Utopien und alternative Gesellschaftsentwürfe. Sich mit diesen zu befassen, wurde als zweites Ziel der Tagung benannt. Dabei stehen Konzepte der Postwachstumsgesellschaft und des Konvivialismus im Vordergrund, also Ansätze, die danach fragen, was ein „Gutes Leben“ eigentlich ausmacht und welche Formen des Zusammenlebens sich daraus ergeben könnten. *Das Gute*

<sup>3</sup> Erich Fromm hat in „Haben oder Sein“ beschrieben, worin der fundamentale Unterschied der beiden „mind-sets“ besteht (vgl. Fromm 2010).

*Leben, the Good life, el buen vivir* sind Denk-Konzepte, die in jüngerer Zeit verstärkte Aufmerksamkeit erfahren haben, sich aber bis auf Aristoteles zurückverfolgen lassen. Sie fragen danach, was wichtig ist, um gut leben zu können. Demnach braucht es materielle Voraussetzungen, um die Dinge, die das Leben lebenswert machen – Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur und Freundschaft – erreichen zu können. Aber eben nicht als Selbstzweck.

Um dies auf gesellschaftlicher Ebene realisieren zu können, scheint eine Art von Umkehr (daher auch „*de-growth*“) von Verhaltensmustern notwendig zu sein. Wie aber könnte eine solche Welt aussehen?

Der Blick in die Vergangenheit hilft uns dabei, ein geschichtliches Gespür, einen „normativen Richtungssinn für



Foto: Agentur für visuelle Kommunikation „Goldwiege“

ein Ziel der vorgebrachten Kritik“ (Honneth 2015, S. 15) wiederzuerlangen, der heute oft zu fehlen scheint. Was vor kurzem nur etwas für akademische Outsider war, ist heute *en vogue*, nämlich über eine Welt des Postkapitalismus nachzudenken. <sup>4</sup> Der Blick in die Vergangenheit

<sup>4</sup> So heißt der Titel eines jüngst im Suhrkamp Verlag erschienen Buchs eines englischen BBC-Journalisten tatsächlich „Postkapitalismus“ (vgl. Mason 2016).

geht dabei weit zurück. Ähnlich wie *Wolfgang Streeck* hat *Axel Honneth* dargelegt, inwiefern das demokratische Grundversprechen der Französischen Revolution, nämlich die gleichzeitige Realisierung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Solidarität) durch die gegenwärtige Form der wirtschaftlichen Ausrichtung ausgehöhlt wird, indem Freiheit nur als Freibrief für die Maximierung des individuellen Privatinteresses verstanden wird, ohne dass dem ein einhegendes Korrektiv zur Seite stehen würde (vgl. Honneth 2015). Freiheit muss aber verstanden werden als soziale Freiheit, indem „die Realisierung der Freiheit des einzelnen an die Voraussetzung der Realisierung der Freiheit des anderen gebunden sein sollte“ (ebd., S. 123). Die Idee der sozialen Freiheit ist die Kernidee des Sozialismus. Damit versucht *Axel Honneth* eine Gesellschaftskonzeption als bestmögliche Umsetzung der Demokratie zu neuer Virulenz zu verhelfen, die angesichts des Leids für Millionen von Menschen, das ihnen von den totalitären kommunistischen Regimen des 20. Jahrhunderts zugefügt wurde, eigentlich vollständig diskreditiert war: „Worauf der Blick eines (...) revidierten Sozialismus (...) gerichtet bleiben muss, (...) ist eine gesellschaftliche Lebensform, in der die individuelle Freiheit nicht auf Kosten, sondern mit Hilfe von Solidarität gedeiht.“ (Ebd., S. 166) Lassen sich Kernideen des Sozialismus (Solidarität) wie des Kapitalismus (Freiheit und damit die Möglichkeit zu Innovation) miteinander in Einklang bringen? – Freiheit nicht als egoistische Verwirklichungsmaschine und Solidarität nicht als eine paternalistisch von oben verordnete Lebensweise? Mittlerweile gibt es geradezu eine Flut von Literatur, die sich den konkreten Umsetzungsformen einer solchen Synthese widmet und die sich mit Begriffen wie Commons, Sharing-Economy, Genossenschaftsmodelle etc. verbindet (vgl. bspw. Paech 2012).

### Entwickeln von konkreten Bildungsansätzen

Die Tagung richtete sich an Pädagoginnen und Pädagogen und an politische Bildner/-innen. Mit ihr ging es den Veranstaltern somit drittens darum, „*Das Gute Leben*“ in konkrete und anwendungsfähige Bildungsansätze zu übersetzen. Auf der Grundlage der Ausrichtung formaler Bildungscurricula wie non-formaler Konzepte sollten daher Projektideen erarbeitet werden. Wie können Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit Jugendlichen ganz konkret zu diesem Thema arbeiten?

Wenn Bildung mehr sein soll als Ausbildung, dann müssen wir kritisch fragen, wie wir junge Menschen wirklich auf den Beruf und ihre zukünftige Rolle vorbereiten.

Geht es um die kumulative Anreicherung mit *ready-to-use*-Kompetenzen oder geht es nicht viel eher darum, Erfahrungen machen zu können und tiefere Einsichten zu erlangen, die der menschlichen Reifung dienen? Für uns ist daher ein ganzheitlicher Blick wichtig: Wir wollen die

## Die Idee der sozialen Freiheit ist die Kernidee des Sozialismus.

Trennlinien zwischen historischer, kultureller, gesellschaftlicher und politischer Bildung verwischen und verschiedene Perspektiven auf den Gegenstand bieten, weil wir überzeugt sind, nur so der Komplexität des Sujets gerecht werden zu können.

### Verzahnung von schulischer und außerschulischer Bildung

Aus unserer Sicht gibt es Entwicklungspotential bei der Verzahnung von schulischer und außerschulischer Bildung. Ein viertes Ziel der Tagung bestand daher darin, dass alle Teilnehmenden ihre jeweiligen Sichtweisen mit einbringen können. (Politische) Bildner/-innen der außerschulischen Bildung können meist flexibler und innovativer zu aktuellen Entwicklungen arbeiten, weil sie keinen curricularen Vorgaben unterworfen sind. Bildner/-innen und Lehrkräfte der formalen Bildung verfügen meist nicht über einen solchen Spielraum, sind aber nun einmal diejenigen, die täglich mit den Jugendlichen zusammenarbeiten. Denkt man in Kategorien des gesellschaftlichen Wandels, so ist klar, dass dieser nur von innen heraus, wenngleich mit Setzung der richtigen Impulse von außen, gelingen kann. Es geht also um diese Impulsgebung von außen nach innen, wobei ein reziprokes Wechselverhältnis besteht.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

**Zum Autor**



**Moritz Kilger** studierte Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Geschichte und Portugiesisch. Nach dem Studium war er zunächst als Unternehmensberater, dann als Lehrer an einem Gymnasium und einer Hauptschule tätig. Seit 2012 ist er Leiter der Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW).

kilger@ejbweimar.de

**Literatur**

**Calmbach, Mark / Borgstedt, Silke / Borchard, Inga / Thomas, Peter Martin / Flaig, Berthold Bodo (2016):** Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Heidelberg: Springer Verlag

**Crouch, Colin (2008):** Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

**Dörre, Klaus / Lessenich, Stephan / Rosa, Hartmut (2009):** Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

**Fromm, Erich (2010):** Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. München: dtv Verlagsgesellschaft (Erstauflage 1976)

**Honneth, Axel (2015):** Die Idee des Sozialismus. Berlin: Suhrkamp Verlag

**Kolleg Postwachstumsgesellschaften / Le Monde Diplomatique (2015):** Atlas der Globalisierung. Berlin: Le Monde Diplomatique / taz Verlagsgesellschaft

**Mason, Paul (2016):** Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

**Paech, Nico (2012):** Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom verlag

**Piketty, Thomas (2014):** Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Verlag C.H. Beck

**Skidelsky, Edward / Skidelsky, Robert (2013):** Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München: Verlag Antje Kunstmann

**Streeck, Wolfgang (2013):** Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

**Anzeige**

seminarmanager.de

# Bildung neu denken

Seminarangebote effizient verwalten

## Seminarsoftware

PLANUNG

DURCHFÜHRUNG

VERMARKTUNG

ABRECHNUNG

Gerne stellen wir Ihnen unsere Software vor – kostenlos und unverbindlich. Vereinbaren Sie noch heute Ihren Termin +49 661 97 390.

Computer-L.A.N. GmbH · Königstraße 42 · 36037 Fulda

DER SEMINARMANAGER

# Rezensionen

## Jens Luedtke / Christine Wiezorek (Hrsg.): Jugendpolitiken

Wie geht die Gesellschaft mit „ihrer“  
Jugend um?



Weinheim und Basel 2016  
Beltz Juventa,  
294 Seiten

**VON KLAUS WALDMANN** Die Beiträge dieses Bands sind aus einer Tagung der Sektion „Jugend“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Jahr 2014 hervorgegangen. Nachdem seit einiger Zeit auch auf bundespolitischer Ebene wieder verstärkt über Jugendpolitik diskutiert wird, interessiert, was aus soziologischer Sicht zu dieser Thematik beigetragen werden kann. Keine falschen Erwartungen – der Band versteht sich nicht als Analyse der gegenwärtigen jugendpolitischen Debatte. Zwar beziehen sich einige der Autorinnen und Autoren auf die nationale und europäische Diskussion, insgesamt haben die Beiträge jedoch einen eigenen originären Zugang zum Diskurs.

In ihrer systematisierenden Einleitung erläutern Luedtke und Wiezorek, dass Jugendpolitiken „gesellschaftliche und politische Debatten über und für die Jugend dar(stellen), die sich in spezifischen Programmen, Maßnahmen, normativen Regulierungen einschließlich besonderer Gesetzgebungen niederschlagen.“ (S. 7) So gehe es in dem Band um Politiken „für und über Jugendliche“ (ebd.), um Strategien, wie die Gesellschaft mit ihrer Jugend umgeht. Jugendpolitiken beeinflussten die Lage, den Handlungsrahmen und die Individualisierungs- und Autonomiemöglichkeiten von Jugendlichen. Und zwar als Mittel sozialer Kontrolle, als Formen von Schutz und Förderung und gestalten somit so-

ziale und gesellschaftliche Integration. Für die Gestaltung von Jugendpolitik seien die jeweils vorherrschenden Bilder von Jugend von hoher Relevanz.

Die jugendtheoretische und jugendpolitische Debatte um Jugend im Verlauf des 20. Jahrhunderts wird skizziert und es wird erläutert, dass in der Analyse aktueller jugendpolitischer Strategien die Frage nach dem Wandel zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat und die Relevanz des neo-liberalen Paradigmas von besonderer Bedeutung sind.

Die Beiträge des Bands sind in drei Abschnitte aufgeteilt. Unter der Überschrift „Jugend als politisches Thema oder soziales Problem?“ wird zunächst die Debatte um Jugend auf europäischer Ebene konstruiert. Dabei wird herausgearbeitet, dass, obwohl die EU keine originäre Kompetenz für Jugendpolitik habe, sie mit dem Weißbuch Jugend aus dem Jahr 2001 über den Ansatz der „offenen Methode der Koordination“ (OMK) mit enormer Relevanz für Mitgliedsstaaten jugendpolitische Impulse gegeben habe. Kritisiert wird, dass zwar in den Zielen der Jugendstrategie eine Balance zwischen „active citizenship“ und „employability“ angestrebt werde, der europäische Pakt für die Jugend aus 2005 jedoch vollständig auf Beschäftigungspolitik ausgerichtet sei. Im Vordergrund des jugendpolitischen Interesses stehe die Bildung von Humankapital.

Anschließend an diesen Diskurs um Humankapitalbildung und -kontrolle wird nach der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im aktivierenden Wohlfahrtsstaat gefragt. Aufgezeigt werden die begrenzten Möglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe, „Strukturen von sozialer und Bildungsbenachteiligung“ (S. 66) zu ändern, und es wird für eine Jugendhilfe als Infrastruktur der Anerkennung und Partizipation plädiert. Die weiteren Beiträge in diesem Abschnitt beschäftigen sich mit der Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kontext des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ und mit der Debatte um Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht, die ab Ende der 90er Jahre auf stärkere Repression und das konsequentere Eingreifen staatlicher Instanzen setzte.

Die Beiträge im zweiten Abschnitt gehen dem Wandel der Arbeitswelt und seinen Folgen für Jugendliche nach. Pohl und Walter entwickeln ein Konzept von Jugendpolitik als integrierte Übergangspolitik. Sie interessieren sich für die Frage inwieweit Jugendpolitik →

emanzipatorischen oder ökonomischen Perspektiven im Sinn von Humankapitalbildung folgt. Integrierte Übergangspolitik koordiniert übergangsbezogene Institutionen und Maßnahmen in biografischer Perspektive jenseits festgelegter Lebensaltersphasen. Es gehe um flexible Maßnahmen im Kontext einer Autonomie ermöglichenden sozialen Sicherung, die Partizipation und institutionelle Reflexivität erfordern. In den weiteren Beiträgen wird der Druck zur Selbstoptimierung im aktivierenden Wohlfahrtsstaat näher betrachtet und Chancen neuer Subjektivierungsformen ausgeleuchtet. Weiter werden die Konstrukte „Ausbildungsneigung“ und „Ausbildungsreife“ befragt und der Rückbau des Jugendarbeitsschutzes in den vergangenen Jahren nachgezeichnet.

Aus soziologischer Perspektive beschäftigen sich die Beiträge mit einem weiten Spektrum des Jugenddiskurses. Es dominieren eine sozialstrukturelle Perspektive und der Versuch, die vorherrschenden negativen Bilder von Jugend zu dekonstruieren. Besonders zu würdigen ist, dass Aspekte beruflicher Orientierung und Arbeitswelt, die Herausforderungen von Übergängen und Jugendkriminalität, die im aktuellen jugendpolitischen Diskurs eine eher marginale Rolle spielen, intensiv beleuchtet werden. Insgesamt bietet der Band zahlreiche inspirierende und erhellende Überlegungen, die in der aktuellen jugendpolitischen Debatte unbedingt zur Kenntnis genommen werden sollten.

## Steffi Robak / Horst Rippien / Lena Heidemann / Claudia Pohlmann (Hrsg.): Bildungsurlaub – Planung, Programm und Partizipation

Eine Studie in Perspektivverschränkung



Frankfurt am Main 2015  
Peter Lang-Verlag,  
437 Seiten

**VON NORBERT REICHLING** Empirische Forschung zum Bildungsurlaub ist selten geworden – bis auf die große Leitstudie zum „Bildungsurlaubs-Versuchs- und Entwicklungs-Programm“ (BUVEP) in den 1970er Jahren und die Untersuchungen der Hannoveraner Forschungsgruppe AGIS (Vester/Bremer u. a.) in den 1990er Jahren ist da wenig geschehen. Hier geht es vor dem Hintergrund zweier Gesetzesnovellen in Bremen um Entwicklungschancen des Bildungsurlaubs. Mit den Veränderungen wurden u. a. kürzere Formate und kommerzielle Veranstalter zugelassen. Die Aussichten werden in einer mehrdimensionalen Untersuchung zu Anbietern und Teilnehmenden, deren Problemsichten und Interessen quantitativ wie qualitativ analysiert: Welche Interessen werden in diesem Angebots-Segment bedient? Gibt es Chancen für eine höhere Nutzung? Welche Veränderungen hat die Praxis erfahren? Experteninterviews (mit Pädagogen, Betriebsräten u. a.), Programmanalysen, Gruppendiskussionen und Teilnehmenden-Interviews waren die Instrumente der Herausgeber- und Forschungsgruppe an der Universität Bremen.

Eine deutliche Aufteilung der „Landschaft“ zwischen traditionellen Bildungsanbietern mit großer Nähe zu allgemeiner und politischer Bildung einerseits und neueren Einrichtungen vor allem der beruflichen Weiterbildung ist unübersehbar. Die Optionen zeitlicher Flexibilisierung werden (bislang) primär von der beruflichen Bildung genutzt, die „andere Seite“ beharrt auf den Potenzialen der Entschleunigung und des sozialen Lernens, die in längeren

Zeitformen liegen. Interessant wird es, wo sich in der relativ übersichtlichen Angebotsstruktur Bremens offenbar Verweis- und Kooperationsstrukturen entwickelt haben, die ein trägerungebundenes Weiterlernen ermöglichen.

Die in diesem Band enthaltene Programmanalyse kann aufschlussreiche Vergleiche mit früheren Studien liefern. Wenige große Anbieter (wie VHS und Arbeitnehmerkammer) dominieren das Bild. In den Bildungsurlauben der beruflichen Weiterbildung (mit einem Anteil von 39 %) geht der Trend zur stärkeren Spezialisierung, der politische Bildungsurlaub kann sich immerhin mit einem Anteil von einem Viertel behaupten und bleibt das Standbein der politischen Bildung im Lande Bremen. Der von E. Schlutz schon 2002 konstatierte „Kurssturz der klassischen Wissensvermittlung“ scheint sich – insbesondere hinsichtlich naturwissenschaftlicher Erkenntnisse – fortzusetzen. (Und die in den 1970er Jahren leitende Utopie einer Integration von politischer und beruflicher Bildung scheint bedeutungslos geworden zu sein.)

Was wollen die Teilnehmenden vom Bildungsurlaub? Und gibt es signifikante Differenzen zur Teilnahme an der übrigen Weiterbildung? Der statistische Befund zeigt klare Unterschiede an: Am Bildungsurlaub partizipieren mehr Männer, mehr Ältere, mehr Arbeiter und Angestellte, mehr Arbeitnehmer mit niedrigen Bildungsabschlüssen und aus der Industrie als an anderen Angeboten. Die Rangfolge der angewählten Themenbereiche lautet: politische Bildung – Gesundheit – Fremdsprachen – Schlüsselqualifikationen. Doch sollte die einzelne Teilnahme nicht absolut gesetzt werden: Die Interviews mit Teilnehmenden zeigen, dass diese individuelle Muster und „Themenketten“ konstruieren, beruhend auf manchmal diffusen Motivmischungen, die der Bildungsforschung nicht ganz fremd sind. Es werden aber aus dem Interviewmaterial vier „Typen“ der Motivation entwickelt: die Suche nach Räumen biografischer Entwicklung und nach Teilhabe, die Kompensation beruflicher Enge, die selbstbestimmte Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit (einschl. beruflicher Suchbewegungen) sowie die Kompensation erschöpfender Routinearbeit in Verbindung mit der Entfaltung von Betriebsrats Tätigkeit.

Trotz großer Präsenz gewerkschaftsnaher Bildungsanbieter ergibt die Sondierung der betrieblichen Kommunikation Ernüchterndes: Auch unter Betriebsräten wirkt sich die Folgeprobleme antizipierende „Schiere im Kopf“ sehr deutlich aus. Die Informationslage zum Recht auf Bildungsurlaub ist auch bei ihnen schlecht, sodass sie ihrer möglichen „Türöffner“-Funktion kaum gerecht werden.

Der Band bietet – nicht zuletzt durch die anspruchsvol-

le Kombination von Methoden – eine differenzierte Bestandsaufnahme, wie sie auch den Bildungslandschaften anderer Bundesländer zu wünschen wäre. Er schließt ab mit politischen Empfehlungen und Kommentaren aus politischer und wissenschaftlicher Perspektive. Zur brisanten Ausgangsfrage „Ist eine besondere Förderung des Formats Bildungsurlaub noch zu rechtfertigen?“ liefert diese Untersuchung wichtige Argumente: Der Bildungsurlaub senkt die soziale Selektivität des Weiterbildungszugangs erkennbar ab und er bietet mit seinem immer noch relativ weiten Bildungsbegriff Raum für biografisch bedeutsame Suchbewegungen zwischen politischen, beruflichen und privaten Kontexten.

## Klaus-Peter Hufer: Politische Erwachsenenbildung

### Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin



Bielefeld 2016  
W. Bertelsmann Verlag,  
140 Seiten

VON FRIEDRUN ERBEN Der Untertitel macht es deutlich: Politische Erwachsenenbildung bekommt nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdient und angesichts gesellschaftlicher, politischer Entwicklungen dringend nötig hätte. Denn: Demokratie braucht politische Bildung – nicht nur für die junge Generation! Politische Jugendbildung hat es leichter als die Erwachsenenbildung, ist sie doch im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gesetzlich festgeschrieben und findet sich auf Ebene der Bundesländer in den Ausführungsgesetzen wieder. Für die politische Erwachsenenbildung gibt es diese gesetzliche Grundlage auf Bundesebene nicht. Sie ist vielmehr als Teil der allgemeinen Weiterbildung Ländersache und daher unterschiedlich gefördert und in einigen →

Bundesländern eher nicht im Fokus. Von daher kann gleich festgehalten werden: Die politische Erwachsenenbildung braucht mehr Aufmerksamkeit und mehr Unterstützung.

Der Untertitel impliziert aber auch eine gewisse Passivität der politischen Erwachsenenbildung: Sie wird (von anderen?) vernachlässigt. Was aber ist mit den Akteuren dieses Arbeitsfelds? Gelingt es den politischen Erwachsenenbildnern, deutlich zu machen, was sie leisten und welche besonderen Zugänge sie bieten? Können sie zeigen, welche Bedeutung ihrem Bildungsbereich jenseits von „Employability, Kompetenzen, Qualifizierung oder Selbststeuerung“ (S. 7) zukommt?

Klaus-Peter Hufer, in der politischen Bildung in Deutschland wahrlich kein Unbekannter, hat sich entschieden: Er hält ein Plädoyer für die politische Erwachsenenbildung, die sich stemmen muss gegen allerlei Unbill, die mit neoliberalen Entwicklungen sicher nur unzureichend beschrieben sind. Er formuliert am Ende seines Handbuchs zehn Thesen, die uns an die Unverzichtbarkeit politischer Bildung erinnern sollen und leistet mit diesem Band insgesamt einen wichtigen Beitrag, politische Erwachsenenbildung sichtbarer zu machen.

Die Zielsetzung der Publikation erschließt sich der Rezensentin allerdings nicht sofort. Der Autor verfolgt – so scheint es – einen doppelten Plan. Der Blick auf das Inhaltsverzeichnis zeigt: Der Text will und kann als Einführung einen fundierten Überblick geben über die Geschichte und die aktuelle Situation der politischen Erwachsenenbildung, über wichtige Wegbereiter, über die wissenschaftliche, aber auch die (bildungs-)politische Einbettung der Disziplin. Es werden Fragen zu den Rahmenbedingungen, zu Zielgruppen erörtert und die didaktischen Zugänge beschrieben. Und nicht zuletzt wird auch ein Blick auf die Profession des politischen Erwachsenenbildners geworfen. Horst Siebert, bis 2007 Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität in Hannover, beschreibt das Buch in seinem Vorwort sogar als „umfassendes Handbuch, das wesentliche Theorie – und Praxisthemen zur politischen Erwachsenenbildung beinhaltet.“ (S. 5) Daneben hatte der Autor allerdings wohl auch die universitären Anfangssemester als Zielgruppe im Blick: Nach jedem Absatz formuliert er Reflexions- und Wissensfragen und -aufgaben. Kurze Zusammenfassungen, Definitionen und Literaturhinweise nach jedem Abschnitt helfen, das Wesentliche zu erfassen und noch einmal zu durchdenken. Die ansehnliche Literaturliste am Ende des Bandes kann man gern als umfangreichen Fundus für die politische Erwachsenenbildung werten.

Studierende für die politische Erwachsenenbildung zu sensibilisieren, sie auf die Profession des Erwachsenenbildners/der Erwachsenenbildnerin aufmerksam zu machen ist eine sehr wichtige Aufgabe. Auch lässt sich das Anliegen, zugleich Handbuch und Lehrbuch sein zu wollen, sicher rechtfertigen. Ein Hinweis darauf hätte das Konzept aber transparenter machen können.

Was ist mein Fazit? Klaus-Peter Hufer hat seinen zahlreichen Veröffentlichungen, in der Literaturliste gut dokumentiert, ein weiteres wichtiges Werk hinzugefügt, in dem der Status quo politischer Erwachsenenbildung in Deutschland nachvollziehbar beschrieben wird. Er macht deutlich, welche Anstrengungen notwendig sind, damit das Bildungsfeld nicht nur bei den Adressaten auf Anerkennung stößt, sondern auch bei den Entscheidungsträgern und Förderern. Was aus Sicht der Rezensentin fehlt, ist der Blick auf die europäische Erwachsenenbildung, auf europäische Netzwerke und Initiativen. Die politische Erwachsenenbildung in Deutschland kann nicht mehr nur national gedacht werden. Dafür ist auch ein kurzer Blick auf den Europäischen Qualifikationsrahmen nicht hinreichend.

## Peter Straßer / Isabell Petter: Wirkungen politischer Erwachsenenbildung verstehen Eine Machbarkeitsstudie



Reihe: Hustedter Beiträge zur politischen Bildung, Band 2  
Norderstedt 2015  
Books on Demand,  
122 Seiten

**VON MARTIN KOCH** Achtung! Wer an wissenschaftliche Arbeiten Objektivitätsansprüche unbeteiligter Autorinnen und Autoren stellt, wird von dieser Studie enttäuscht sein. Denn mit Peter Straßer ist zumindest ein Verfasser auch an

der Durchführung des hier untersuchten Akademiekurses der Heimvolkshochschule Hustedt beteiligt. Was die Autorin und der Autor vorlegen, ist der Versuch, die Wirkung der eigenen Bildungsarbeit zu verstehen. Dass dies weder mit der Evaluation eindimensionaler Teilnehmerzufriedenheiten noch mit extern definierten Qualitätsstandards machbar sein kann, liegt eigentlich auf der Hand. Und doch ist die Studie in ihrem Verlangen, die Qualität von Bildung an „individuellen Wirkungszuschreibungen“ der Lernenden und inhaltlichen Motivationen der Lehrenden auszurichten, überraschend originell.

Eine zweite Besonderheit liegt im Sujet dieser Studie. Der sechswöchige Akademiekurs besteht seit 1950 und richtet sich vorrangig an betriebliche Interessenvertreter/-innen, die ein eigenes politisches Interesse mit dieser Funktion verbinden. Ziel des Kurses ist die Weiterentwicklung gesellschaftspolitischen Handelns. Das dafür vermittelte Wissen entzieht sich einfacher Messbarkeit. Im Sinn Oskar Negts wird auf ein exemplarisches Lernen in Verbindung mit biografischer Erfahrung gesetzt. Damit kann sich das Resultat dieser Bildung nicht an definierbaren Anforderungen, sondern allein an der subjektiven Reflexion wirklichkeitsverändernder Praxis ermesen.

Dem Ziel ihrer Wirkungsforschung nähern sich die Forscher/-innen mit für die politische Erwachsenenbildung ungewohnten Methoden: Sie lassen 14 Teilnehmer/-innen verschiedener Jahrgänge ihre Lebens- und Bildungsgeschichten erzählen und stellen dem Zielsetzungen und Einschätzungen von Lehrenden und die Beobachtung ausgesuchter Seminarsequenzen entgegen. So können die Ziele der Lehrenden, ihre Umsetzung in konkreten Bildungssituationen und die erfahrenen Wirkungen in Erleben und Handeln der Lernenden aufeinander bezogen werden.

Die Ergebnisse sind in unterschiedlicher Form dargestellt. Einerseits handelt es sich um quantifizierte Gewichtungen von Wirkungsdimensionen und -inhalten, deren Aussagekraft für nicht involvierte Leser/-innen begrenzt bleiben muss. Weit aufschlussreicher lesen sich inhaltlich ausgewertete Interviewpassagen. Weit über den Forschungskontext hinaus verdichtet sich die Lektüre zu einer Sammlung von Wirkungsbedingungen politischer Bildung und den Möglichkeiten ihrer Erhebung.

Ich will drei Aspekte herausstellen:

*Subjektiver Zugang:* Offenbar ist die Wirksamkeit politischer Erwachsenenbildung auf schon vorab entwickelte Interessen verwiesen. Insbesondere die Rekonstruktion zweier exemplarischer Interviews zeigt, wie sich Kursinhalte mit Lebenserfahrungen zu reflexiven Handlungsoptio-

nen verbinden. Die langfristige Wirkung politischer Bildung lässt sich also nur verstehend aufgrund biografischer Erzählungen erheben.

*Eigenständigkeit:* In den schönsten Passagen erzählen die Teilnehmer/-innen, wie sie durch den Kurs (wieder) an Bildung herangeführt wurden und die vermittelten Methoden und Sichtweisen in ihrer politischen Arbeit nachwirken. Dies wird durch den „Dreischnitt Praxis-Theorie-Praxis“ ermöglicht, mit dem subjektive Erfahrungen in theoretischen Kontexten reflektiert, analytische Methoden vermittelt und in eigenständiger Arbeit zu praktischen Handlungsansätzen verwoben werden. Auch Wirkung und Nachweis selbstorganisierten Lernens hängt also davon ab, dass überhaupt gelernt werden will und es in einem praktischen Feld umgesetzt und reflektiert werden kann.

*Nachhaltigkeit:* Die Probanden können sich nach zum Teil mehr als 15 Jahren erinnern und schreiben dem Kurs eine politische Bewusstseinsweiterung zu, die sich in ihrem gewerkschaftlichen Handeln fortsetzt. Bemerkenswert ist, dass Teilnehmer/-innen des aktuell stattfindenden Kurses eher Veränderungen ihres Denkens, Ehemalige dagegen Veränderungen der eigenen Arbeitsweise hervorheben. Die Nachhaltigkeit politischer Erwachsenenbildung lässt sich also am besten mit zeitlichem Abstand erheben.

Zusammenfassend haben die Autorinnen und Autoren einen ebenso überzeugenden wie notwendigen Gegenentwurf zu zeitgenössischen Verfahren von Qualitätsmanagement und Bildungsevaluation vorgelegt. Allerdings ist der wissenschaftliche Duktus der Studie vielfach schwer zugänglich. Denn wie um der Gefahr der Beweihräucherung eigener Bildungsarbeit zu entgehen, vollziehen die Autorinnen und Autoren eine semantische Rückwärtsbewegung, mit der sie sich auf ein Plateau wissenschaftlicher Sorgfalt zurückziehen. Wünschenswert wäre darum die Vorlage einer vereinfachten Praxisanleitung, mit der weitere Anbieter zu eigenständigen Zielen zurückfinden können.

## Vadim Oswalt (Hrsg.): Ich dachte, jetzt brennt gleich die Luft

Transnationale historische Projektarbeit zwischen interkultureller Begegnung und Web 2.0



Schwalbach/Ts. 2014  
Wochenschau-Verlag,  
224 Seiten

**VON BETTINA HARZ** Das Gefühl „hier brennt gleich die Luft“ kennt eventuell jede/-r, die/der bei transnationalen Begegnungen in irgendeiner Form bereits Akteur/-in war. Diese Situation kann aus unterschiedlichsten Gründen entstehen, denn jedes Projekt, das über Landes- und Kulturgrenzen hinausgeht, ist ein organisatorischer, emotionaler und thematischer Kraftakt. Internationale Projektzusammenarbeit mit zeitgeschichtlichen Themen wird von vielen politischen und gesellschaftlichen Institutionen gefordert und gefördert. Eine fundierte wissenschaftliche Begleitung und Reflektion solcher Projekte ist jedoch eher Mangelware.

Im vorliegenden Buch entwirft der Gießener Geschichtsdidaktiker Vadim Oswalt auch keinen Masterplan für transnationale Geschichtsprojekte. Das ist bei der Fülle von Möglichkeiten und Rahmenbedingungen auch nicht möglich. Die Grundlage bildet eine empirische Studie, die von der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) gefördert wurde. Begleitet wurden transnationale Geschichtsprojekte des Förderprogramms „Europeans for Peace“, die die Verbindung von Menschenrechtsbildung, historischer Projektarbeit und transnationaler Begegnung anstrebten. Grundlage der Studie sind Einzel- und Gruppeninterviews, die mit Projektverantwortlichen und mit den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern aus Polen, Bulgarien, Israel und Deutschland geführt wurden.

Im ersten Kapitel skizziert Vadim Oswalt Konzepte his-

torischen Lernens und geht auf die besonderen Lernzusammenhänge innerhalb transnationaler Geschichtsprojekte ein. Angereichert mit Zitaten aus den geführten Interviews fasst er die Ist-Zustände der Projekte zusammen und gibt schlussfolgernde Hinweise für die Planung und Durchführung solcher Vorhaben. Insbesondere innerhalb transnationaler Begegnungen, bei denen Orte und Länder besucht werden, die im nationalen Geschichtsunterricht keine ausdifferenzierte Rolle spielen, komme es bei Jugendlichen zu Aha-Effekten. Individuelle, nationale und stereotype Annahmen würden für die Teilnehmenden sichtbar werden, die dann gemeinsam hinterfragt werden können. Als erfolgreich werden Projekte benannt, die über unterschiedliche nationale Geschichtskonstruktionen auf Verflechtungsgeschichten stoßen und die Verbindung zur Gegenwart wagen. Es wird dringend empfohlen, die Jugendlichen bei solchen transnationalen Begegnungen mit geschichtswissenschaftlichem Handwerkszeug vertraut zu machen. Hierbei müsse noch mehr darauf geachtet werden, dass ein quellen- und medienkritischer Umgang sowohl mit historischen Orten, Dokumenten und Zeitzeugen geschult werde. Zum Abschluss des Kapitels rät Vadim Oswalt, dass gestalterische, handlungs- und erlebnisorientierte Herangehensweisen im zielgerichteten Rahmen eingesetzt werden sollten, diese aber nicht die geschichtsdidaktischen Methoden verdrängen dürften.

Zusammen mit Suzelle Boguth thematisiert Vadim Oswalt im zweiten Kapitel die Verwendung von digitalen Medien innerhalb transnationaler Begegnungen. Dabei werden Ratschläge gegeben, inwiefern digitale Medien in allen Projektphasen sinnvoll genutzt werden können. Die tatsächliche Vielfalt an Möglichkeiten, die digitale Medien für die historische Projektarbeit bieten, würden noch viel zu wenig ausgenutzt. Angemerkt wird, dass medienmethodisches Wissen bei den Teilnehmenden nicht als selbstverständlich gelten kann. Jugendliche agierten überwiegend als gewohnheitsbestimmte Konsumenten bzw. Rezipienten und weniger als Produzenten innerhalb des Web 2.0. Es seien noch stärker Kompetenzen zu schulen, die sie als Gestalter von Inhalten befähigen. Zudem müsse die Verwendung von historischen Quellen zusammen mit den Schülerinnen und Schülern kritisch reflektiert werden. Beispielsweise sollten Bildquellen nicht nur als oberflächliche Illustrationen missbraucht werden.

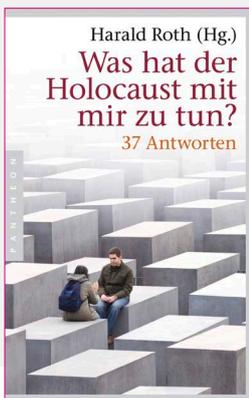
Im dritten Kapitel geht Jens Aspelmeier auf organisatorische, kommunikative und praktische Aspekte ein, die bei der transnationalen historischen Projektarbeit von Bedeutung sind. Aus dem Projektalltag werden Beobachtungen

pointiert geteilt und Hinweise zur Bewältigung gegeben. Hierbei steht die Planung, Durchführung und Nachbearbeitung solcher Projektformen insbesondere aus der schulischen Sicht im Mittelpunkt. Gleichzeitig wird gezeigt, wie wichtig und nützlich Verbindungen zu außerschulischen Partnern sind.

Das Gemeinschaftswerk „Ich dachte, jetzt brennt gleich die Luft“ analysiert ungeschönt und leicht verständlich aktuelle Realitäten der transnationalen Projektarbeit. Alle Leser/-innen erhalten dabei die Möglichkeit, die eigenen Denk- und Handlungsfelder kritisch zu hinterfragen, ohne dabei entmutigt zu werden. Die Besonderheit und Wichtigkeit von Lernsituationen innerhalb transnationaler Begegnungen werden im Buch bestätigt. Das Buch richtet sich an alle Projektpraktiker/-innen, die bereit sind, Sichtweisen auf internationale Geschichte zu überdenken und neu erlebbar zu machen.

## Harald Roth (Hrsg.): Was hat der Holocaust mit mir zu tun?

37 Antworten



München 2014  
Pantheon-Verlag,  
300 Seiten

**VON NORBERT REICHLING** Die wachsende zeitliche (und kulturelle) Entfernung von der Periode der NS-Verbrechen wirft viele Fragen auf – u. a. die nach der bleibenden oder sich wandelnden Relevanz dieser menschlichen und gesellschaftlichen „Grenzerfahrungen“ für die Gegenwart. Viele Studien und Sammelbände haben etwa die Zugänge Jugendlicher und junger Erwachsener zum Thema Holocaust aufgegriffen oder die Perspektivenanreicherungen im Rahmen der Migrationsgesellschaft. Dieser Band von Harald Roth hat keine spezifische Fragestellung, sondern versam-

melt Skizzen einer sehr heterogenen Autorenschar zu sehr unterschiedlichen Aspekten der im Titel gestellten Frage. Er geht aus von der These Zygmunt Baumans, dass der Holocaust „ein Fenster, durch das Dinge sichtbar wurden, die normalerweise unentdeckt bleiben“, ist.

Die mit der hohen Zahl von Beiträgen verbundene Perspektivenvielfalt der hier gegebenen Antworten ist sicherlich sachangemessen, jedoch verbietet sich noch mehr als bei anderen Sammelbänden eine Würdigung aller Beiträge. Zu Wort kommen Politiker, Historiker, Schriftstellerinnen, Journalisten, Kulturwissenschaftlerinnen, Soziologen, Gedenkstätten-Mitarbeiterinnen, Filmemacher, Theologen und Juristen ebenso wie Überlebende der Shoah. Ihre Themen reichen von den einzelnen Stadien und Opfergruppen der NS-Verfolgungs- und Mordaktionen bis zu Fragen des Widerstehens und des Exils, von generellen Fragen – z. B. des Sozialdarwinismus – bis zu den Dimensionen des „Nachlebens“ bis heute, also etwa den Traumata der Überlebenden, der Unmöglichkeit angemessenen Berichtens, der „Wiedergutmachung“ und der „Weißwäscherei“, der Gedenkstätten und des „muslimischen Antisemitismus“ ... Persönliche Zugänge waren offenbar gefordert, doch nicht alle Beiträge lösen das ein; von den diversen Expertinnen und Experten so etwas wie „Unmittelbarkeit“ zu erwarten, ist möglicherweise auch unrealistisch. Essay- und Briefformen, (auto-)biografische Skizzen und analytische Texte wechseln sich ab. Neben wenigen Nachdrucken überwiegen die Originalbeiträge.

Einige Beiträge seien hervorgehoben wegen ihrer Qualität oder ihrer Akzente: Inge Deutschkron schreibt hier über die von ihr empfundene Pflicht des Zeugnis-Ablegens, Otto Dov Kulka steuert einen Auszug aus seinen Überlegungen zu Auschwitz bei. Lena Gorelik vermittelt, wie seltsam sich das „Jüdischsein“ in Deutschland aus einem (halb-)ethnologischen Blickwinkel ausmacht. Aleida Assmann analysiert eine exemplarische Foto-Ikone aus dem Warschauer Ghetto. Rassismus in den 90er Jahren ist das Thema von Heribert Prantl und Ingo Schulze stellt in einem klugen Text über „Sagbarkeiten“ den vergessenen Autor Wilhelm Greve, seine autobiografischen Versuche und ihre (Nicht-)Resonanz vor. Herta Müller knüpft an das Nachdenken über ihre Reise nach Deutschland unbequeme Fragen über die Repräsentation des Exils in der Geschichtskultur; Sarah Diehl berichtet aus der Entstehungsgeschichte eines Romans, der deutsch-israelische Begegnungen und Missverständnisse zum Gegenstand hat, und verbindet dies mit „Heimat“-Reflexionen. Und Gabriele Hammerstein weist die Leser/-innen (am Dachauer Beispiel) auf die Grenzen (und Chancen) der Gedenkstättenarbeit hin. →

Diese Beispiele sind vielleicht auch geeignet, ein Problem des Bandes zu illustrieren: Der Herausgeber sieht das Projekt als Angebot für junge Menschen. Die allgemeinverständliche Diktion der meisten Texte löst das zunächst ein, viele Beiträge sind mit weiterführenden Lesetipps versehen. Doch die extrem heterogene Zusammenstellung der Sujets und Textsorten (die man wohlwollend als Reaktion auf Komplexität ansehen könnte) macht das Ergebnis nicht sonderlich lesefreundlich. Es bleibt auch ungeachtet vieler beachtlicher Einzelbeiträge ein Beigeschmack von Beliebigkeit – die Mehrzahl der Autorinnen und Autoren zählt zu den „üblichen Verdächtigen“ geschichtskultureller Debatten, und sie schreiben hier eben doch, was sie öfter schon gesagt haben. Unter den Beiträgerinnen und Beiträgern fehlen die weniger themenaffinen Zeitgenossen wie z. B. Migranten und Flüchtlinge, Naturwissenschaftler, Techniker und Manager oder auch Schüler/-innen und Lehrer/-innen. So hinterlässt diese etwas disparate Sammlung einen ambivalenten Nachgeschmack – gerade die Texte der Literaten und Literatinnen sind trotzdem lesenswert.

**Treber, Leonie:**

## **Mythos Trümmerfrauen**

Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes



Essen 2014  
Klartext Verlag,  
484 Seiten

VON CARMEN WINTERGERST UND VOLKER BENKERT Generationelle Erinnerungsbilder werden angenommen, wenn sie dem Kollektiv nützlich sind und so gesellschaftliche Leidens-, Leistungs-, oder Lauterkeitserzählungen be-

glaubigen. Gerade das Bild der „Trümmerfrau“ ist in der deutsch-deutschen Erinnerung ein fester Bestandteil: Frauen, die umgeben von Schutt, selbstlos Deutschland mit bloßen Händen wieder aufbauten. Leonie Trebers überaus empfehlenswerte Dissertationsschrift widerlegt diesen Mythos. Ihre These lautet, dass es die „Generation Trümmerfrauen“ so nie gegeben hat und dass diese nur einen kleinen Teil der Aufräumarbeiten leisteten. Ihre detaillierte Arbeit zeigt daher zunächst, dass die Hauptlast der Enttrümmerung auf Maschinen und Männer zurückfiel. Der zweite Teil ihrer Arbeit untersucht dann die Genese und den Erfolg des Erinnerungstopos der Trümmerfrauen in beiden deutschen Staaten und im vereinten Deutschland nach 1990.

Noch während des alliierten Luftkriegs wurden bereits Trümmer in den Städten geräumt. Hier wurden vor allem Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge – verstanden als Strafarbeit – zur Trümmerräumung befehligt. Nach 1945 wurde dieses System der Strafarbeit von den Alliierten übernommen und ehemalige Nazis und deutsche Kriegsgefangene herangezogen. Die Menge an Trümmern schien unendlich zu sein – in Dresden alleine mussten 39,7 Kubikmeter Schutt pro Kopf beseitigt werden (S. 65). Man suchte bald nach weiteren Arbeitskräften – Männer, aber auch zeitweise Frauen. In der sowjetischen Besatzungszone verstand man dies als Pflichtarbeit und im Westen appellierte man an Freiwillige. In Berlin, so Treber, halfen Frauen bei der Trümmerräumung weniger aufgrund von selbstloser Aufopferung, sondern eher, da sie dadurch wertvollere Lebensmittelkarten erhielten. Frauen berichtetet daher verbittert: „Wir stehen auf den Trümmern, selbst Frauen, die im 63. Lebensjahre stehen, tragen Steine, schieben Loren, klopfen Ziegel ab. Wir nutzen unsere letzten Stiefel, das letzte Kleid ab, um unseren Lebensunterhalt zu verdienen (...).“ (S. 262) Auch waren Frauen eher eine Minderheit. In Duisburg waren zum Beispiel 10.550 Männer, aber nur 50 Frauen an den Aufräumarbeiten beteiligt. Frauen stellten demnach nur 0,47% der Helfenden – also keineswegs eine ganze Generation, wie später suggeriert wird (S. 230).

Das Bild der Trümmerfrau entstand zunächst in der sowjetischen Zone vor allem durch oftmals gestellte, jedoch bis heute wirkmächtige Bilder von arbeitenden Frauen. Das neue Bild der zupackenden, die Stadt und den Sozialismus aufbauenden Frau passte in der DDR wunderbar zum Bild der arbeitenden Frau im Sozialismus und zur Abkehr von Nationalsozialismus.

Dieses sozialistische Frauenbild passte allerdings nicht in das konservative Frauenbild der BRD der 50er Jahre und so

verschwand das Bild der Trümmerfrau dort relativ schnell. In den 70er und 80er Jahren, mit der Rentendebatte um das Babyjahr und der Entstehung der Frauengeschichtsschreibung kam die Trümmerfrau als Erinnerungskultur allerdings in die BRD zurück. Allen Frauen, mit Ausnahme derer, die vor 1921 geboren wurden, wird seither das erste Lebensjahr ihres Kindes als Rente angerechnet. Der Seniorenschutzbund „Graue Panther“ nutzte den Begriff der Trümmerfrau mit dem Hinweis auf deren Aufbauleistung dazu, gegen diese Regelung zu protestieren. Dadurch weitete sich das Bild der Trümmerfrau auf eine ganze Generation aus. Zudem etablierte sich in den 70er Jahren die Frauengeschichtsschreibung unter anderem mit dem Verweis auf Frauen als Opfer der Luftangriffe und selbstlose Aufbauhelferinnen danach. Die Wiederkehr des Topos der Trümmerfrauen war, so argumentiert Treber, daher seiner Nützlichkeit in verschiedenen Diskursen geschuldet (S. 416).

Nach der Wiedervereinigung kam es auffällig schnell zu einer Verständigung über Trümmerfrauen als gesamtdeutschen Erinnerungstopos. Auch hier ging es um die Opfer- und Leistungsbereitschaft und die Läuterung der Deutschen als gemeinsame Erinnerung. Zur Pflege dieser deutsch-deutschen Erinnerungskultur tragen außerdem die Denkmäler bei, zum Beispiel das „Trümmerfrauen“-Denkmal im Volkspark Hasenheide in Berlin oder das „Trümmerfrauen“-Denkmal vor dem Dresdner Rathaus, wie Treber sehr überzeugend darlegt. Dabei hätte allerdings auch die Rolle von Institutionen des kollektiven Gedächtnisses, wie zum Beispiel des Bonner Hauses der Geschichte, in der Verbreitung dieses Mythos näher untersucht werden können.

Durch ihre Arbeit stellt Leonie Treber klar, dass Frauen bei der Trümmerräumung in der Unterzahl waren. Auch zeigt sie, dass diese Frauen nicht aus selbstloser Motivation handelten, sondern eher aus Not. Einen wichtigen Beitrag leistet sie auch damit, Bilder in ihrer Dissertation zu veröffentlichen, die jahrelang in den Archiven verschwunden waren, da sie die damals eingesetzten Maschinen und Männer bei der Trümmerräumung zeigen. Im Umfang der Arbeit konnte allerdings nicht geklärt werden, inwieweit Vertriebene und Displaced Persons an der Trümmerräumung beteiligt waren.

Ein weiterer, hier noch nicht verfolgter Forschungsanstoß ist auch die Frage nach der Beteiligung von Frauen an der Trümmerarbeit auf dem Land und im oft nicht dokumentierten privaten Bereich. Die wichtigste Leistung dieses Bandes liegt aber in der kenntnisreichen Darstellung der Nützlichkeit des Topos der Trümmerfrauen in den Ge-

schichtsdebatten vor und nach 1990. Hier schließt Treber nahtlos an die Arbeiten von Robert Moeller an, der sich dem Mythos der Kriegsheimkehrer mit dem Titel *„War Stories. The Search for a Useable Past“* widmete. Auch wenn sich Treber näher mit dem Bezugspunkt Generation hätte auseinandersetzen können, so kann man auch hier Anknüpfungspunkte erkennen. Besonders Bernd Weisbrod hat stets dafür plädiert, Generationenbegriffe mit Blick auf deren Nützlichkeit zum Beweis der eigenen Unschuld, zum Beleg für die eigene Leistungs- und Opferbereitschaft und zur Abgrenzung gegenüber anderen Alterskohorten zu verstehen. Die Erzählung der Trümmerfrauen, das zeigt Leonie Treber eindrucksvoll, war so erfolgreich, weil sie allen deutschen Nachkriegsgesellschaften nützlich war.

## Petra Pinzler: *Der Unfreihandel*

### Die heimliche Herrschaft von Konzernen und Kanzleien



Reinbek 2015  
Rowohlt,  
287 Seiten

VON JOHANNES SCHILLO Petra Pinzler, Wirtschaftsredakteurin der „Zeit“, erklärte Ende 2015 bei der Vorstellung ihres Buchs, dass sie sich noch vor Kurzem nicht hätte träumen lassen, aus dem sperrigen Thema Freihandel eine Publikation fürs breite Publikum zu machen, geschweige denn damit einen Erfolg zu landen. Seit EU und USA über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) verhandeln, speziell seitdem sich in Deutschland eine Protestbewegung herausgebildet hat, sei das anders: „Zum ersten Mal stellen sich in diesem Land sehr viele Menschen diese Fragen (nach Nutzen und Kosten des Freihandels, J. S.). Niemals zuvor gab es in Deutschland so viel Unsicherheit, so viel Protest ...“ (S. 11) So kamen im Herbst 2015 →

in Berlin laut Veranstalter 250.000 Anti-TTIP-Demonstranten zusammen – die größte Protestaktion seit langem!

Das Hauptmotiv zur Teilnahme (61 %) war übrigens, wie eine Umfrage der Bremer Universität ergab, die Befürchtung, mit dem Abkommen „würde eine Beschränkung der Macht großer Konzerne sehr viel schwieriger“ (Junge Welt, 10.11.2015). An zweiter Stelle (53 %) stand die Sorge, „das Abkommen gefährde die Demokratie“. Mit großem Abstand folgten dann erst Motive wie die Angst vor dem Abbau von Umwelt- und anderen Standards. Die allgemeine Verunsicherung drückt sich auch in den 3.284.289 Unterschriften aus, die die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP sammelte und Ende 2015 dem Präsidenten des Europäischen Parlaments übergab. Die Europäische Kommission hatte der Initiative eine offizielle Registrierung verweigert, worauf diese sich als inoffizielle konstituierte. Ob anerkannt oder nicht, inhaltlichen Einfluss auf den Verhandlungsprozess wird eine solche „EBI“ wohl nicht nehmen, ebenso wenig wie die vom EU-Parlament verabschiedete moderat-kritische Resolution (S. 255 f.).

Pinzler hält, ähnlich wie der Foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode mit seinem Bestseller „Die Freihandelslüge“, die Marktwirtschaft und den dazugehörigen grenzüberschreitenden Handel im Prinzip für eine gute Sache, kennt aber viele Beispiele, wo die Sache schief läuft. Dieser Fall sei bei den TTIP-Verhandlungen eingetreten und Pinzlers Buch bietet einen journalistisch aufgemachten, auf Recherchen, Gesprächen und wissenschaftlichen Expertisen basierenden Rundgang zu den Schwachstellen und Gefahrenpunkten – mit dem Fazit: So, wie das Projekt in Gang gesetzt wurde, wird es der Allgemeinheit nicht nützen, sondern nur Partikularinteressen: „Offiziell geht es um Freihandel. Doch in Wahrheit sollen neue Zäune um das Eigentum von Konzernen gezogen werden.“ (S. 9) Das eigentliche Problem seien aber nicht die „bösen Konzerne“, sondern dass die „politischen Eliten“ das „stillschweigend billigen“ (S. 10).

Das Politikversagen, wie es sich z. B. bei der anfänglichen Geheimhaltung äußerte, kommentierte Pinzler bereits 2014: „Das Verfahren, durch das solche Abkommen derzeit zustande kommen, ist einer erwachsenen demokratischen Gesellschaft einfach nicht würdig.“ (Die Zeit, 25.09.2015) Inhaltlich sieht sie in der projektierten Freihandelszone – was die Argumente der Protestszene unterstützt bzw. präzisiert – keinen Fortschritt für Arbeitnehmer, Verbraucher oder Umwelt. Zu befürchten sei vielmehr eine „Privatisierung der Welt“ (S. 76), insbesondere ein Demokratieabbau durch die Einführung privater Schiedsge-

richte, die jetzt laut Beschluss der EU-Handelskommissarin in modifizierter Form angestrebt werden sollen.

Wenn die Politik ihre Gestaltungsmacht wieder gewänne, ließe sich aber Pinzler zufolge aus einem weltweit vereinbarten Freihandel für alle Seiten etwas Nützliches machen. TTIP „könnte vergleichsweise leicht zum Modellvertrag werden, denn beiden Partnern sollte es nicht schwer fallen, ein paar dieser Ideen (= Vorschläge von Attac u. a. für ein alternatives Handelsmandat) zu unterschreiben, zumindest wenn sie ihre eigenen Worte und Werte ernst nehmen“ (S. 260). In der Tat, was Pinzler als „grundsätzliche Ideen für ein besseres TTIP“ (S. 255) ins Spiel bringt, deckt sich im Wesentlichen mit den Worten und Werten, die CDU/CSU oder SPD zur Begründung des TTIP-Mandats bemühen, und es dürfte wirklich leicht fallen, diese hehren Absichten gegenüber der Öffentlichkeit deutlicher herauszustellen. So ist die Autorin auch von Vorschlägen angetan, die Möglichkeiten einer wirklich partnerschaftlichen Verhandlung eröffnen wollen: „Statt gegeneinander zu verhandeln, müssten in den Handelsgesprächen vertrauensvoll *gemeinsam* Regeln und Standards, Verfahren und Normen entwickelt werden.“ (S. 257) Man muss also nur die Gegensätzlichkeit der transatlantischen Kontrahenten idealistisch in ein gemeinsames Anliegen umdeuten, das von der Politik entschieden zu verfolgen und dessen Fortschritt von der Bürgerschaft zu kontrollieren wäre, und schon wird aus dem bedrohlichen Jahrhundertprojekt eine menschenfreundliche Angelegenheit zum Wohle von uns allen ...

# AdB Aktuell

## Politische Jugendbildung im AdB stellt sich aktuellen Herausforderungen

Die Kommission Jugendbildung konstituiert sich und setzt sich klare Ziele



Foto: Stiftung wannseeFORUM

Wie kann politische Jugendbildung für und mit jungen Geflüchteten gelingen? In welchen Einrichtungen gibt es bereits gelungene Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten und welche Probleme gibt es? Dies waren wichtige Leitfragen der AdB-Fachkommission Jugendbildung während ihrer ersten Sitzung, die Anfang April in der Stiftung wannseeFORUM in Berlin tagte.

Als Grundlage für den spannenden Austausch zu diesem Thema wurde im Vorfeld der Tagung eine Umfrage verschickt und von den Mitgliedern der Kommission beantwortet. Die Ergebnisse zeigten, wie vielfältig bereits in den Einrichtungen zu diesem Themenfeld gearbeitet wird und wie viele Geflüchtete in Mitgliedseinrichtungen des AdB leben.

Während der Kommissionssitzung wurden dann einige der in der Umfrage aufgetauchten Fragen in vier Kleingruppen diskutiert:

- Welche Kooperationen sind für die Arbeit mit der „neuen“ Zielgruppe nötig/hilfreich, z. B. auch bei der Teilnehmenden-Akquise?
- Welche Angebote für die „aufnehmende Gesellschaft“ sind notwendig, um dem aufkommenden Rechtspopulismus wirksam entgegenzutreten?
- Wie können wir Geflüchtete als Teamer/-innen und als Beschäftigte in den Einrichtungen qualifizieren?

- Werden die Bildungseinrichtungen von den Ämtern und Behörden nur als Dienstleister gesehen? Welche Rolle wollen wir spielen?

Diese Themen führten zu intensiven Gesprächen, die auch noch außerhalb der Tagesordnung weitergeführt wurden. Abschließende Ergebnisse und Ideen für besondere Vorgehensweisen konnten in der Kürze der Zeit nicht erreicht werden. Dennoch konnten die Beteiligten viele Denkanstöße und neue Umsetzungsideen mitnehmen.

Ulrich Ballhausen führte als scheidender Kommissionsvorsitzender durch die umfangreiche Tagesordnung. Wichtige Schwerpunkte waren dabei, ein gegenseitiges Kennenlernen zu ermöglichen und dem Austausch über die Erwartungen an die Kommissionsarbeit der kommenden Jahre genug Raum zu geben.

Neben dem Wunsch nach intensivem Austausch wurden auch die Möglichkeiten einer guten Lobbyarbeit diskutiert. Dabei tauschten sich die Kommissionsmitglieder insbesondere darüber aus, wie die Bedeutung außerschulischer politischer Bildung, z. B. mit der gemeinsamen Entwicklung von Positionen, sichtbar gemacht werden kann.

Da es sich bei dieser Sitzung um die konstituierende Sitzung handelte, stand auch die Wahl der beiden Vorsitzenden sowie eines/-r Genderbeauftragten auf der Tagesordnung. Ulrich Ballhausen stand für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung. Carola Brindöpke (Haus Neuland) wurde einstimmig als Vorsitzende der Kommission gewählt, Finn Sörje (Stiftung wannseeFORUM) ist neuer stellvertretender Vorsitzender. Birgit Uhing wurde zur Beauftragten für Genderfragen gewählt.

Die Kommission Jugendbildung ist sich der aktuellen Herausforderungen durch gesellschaftliche Veränderungen sehr bewusst und hat einen ehrgeizigen Plan für die kommenden Jahre erarbeitet. Im Mittelpunkt wird weiterhin die Arbeit mit und für junge Geflüchtete und die Arbeit gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stehen.

## Von AdB bis Z. Politische Bildung – Geschichte, Themen, Akteure, Förderung

Die AdB-Geschäftsstelle lud zu Fortbildung nach Berlin ein



Foto: AdB

Am 2. Mai 2016 fand im Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe in Berlin, dem Sitz der AdB-Geschäftsstelle, eine Fortbildung für Mitarbeitende aus Bildungsstätten und Bildungswerken statt. Die Veranstaltung sprach Kolleginnen und Kollegen an, die neu in den Einrichtungen sind, aber auch erfahrene Mitarbeitende, die Interesse daran haben, ihr Wissen über Geschichte, Struktur, Themen und Förderung der politischen Bildung in Deutschland einem „update“ zu unterziehen.

Der Einladung zu dieser Fortbildung waren 16 Mitarbeitende aus 11 AdB-Mitgliedseinrichtungen gefolgt. Sie bekamen einen ausführlichen Input zu den Grundlagen und zur historischen Entwicklung der politischen Bildung, zu den Akteuren politischer Bildung in Deutschland und zu den Herausforderungen durch strukturelle Veränderungen. Sie diskutierten gemeinsam, welches aus ihrer Sicht aktuell die großen thematischen Herausforderungen für die politische Bildung sind. Das Bild, das sich daraus ergab, war sehr vielfältig. Schwerpunkte waren u. a. die Themen Flucht und Asyl, die Auseinandersetzung mit undemokratischen Einstellungen, mit Rechtsextremismus, das Thema Europa und europäische Bürgerschaft, die Folgen neoliberaler Entwicklungen sowie die Themen Inklusion und Interkulturalität. Diese thematischen Herausforderungen

machen die Notwendigkeit deutlich, über die Formate politischer Bildung und die Professionalisierung politischer Bildner/-innen nachzudenken.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt widmete sich der Zusammenarbeit im Verband. Hier ging es sowohl um die Erwartungen, die die Teilnehmenden an den Fachverband haben, als auch um die Fragen, wie sie mitwirken und welche besonderen Kompetenzen sie in den Verband einbringen können. Die Ideen reichten von der Mitarbeit in den Gremien des AdB über die Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Lobbyarbeit für die politische Bildung auf Länderebene und im regionalen Umfeld.

Am Nachmittag kam der CDU-Abgeordnete Dr. Philipp Lengsfeld, MdB, zu einem Gespräch über das Verhältnis von Politik und politischer Bildung in das Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe. Das Gespräch war sehr aufschlussreich und zeigte, wie wichtig es ist, immer wieder den Austausch über aktuelle politische Entwicklungen und Vorhaben zu suchen, die Rolle und das Potenzial politischer Bildung deutlich zu machen sowie Unterstützungsmöglichkeiten auszuloten. Es wurde deutlich, dass die wechselseitigen Erwartungen an Politik und politische Bildung nicht unbedingt deckungsgleich sind und immer wieder Gespräche mit Abgeordneten notwendig sind, um eine gegenseitige Unterstützung zu erreichen und Synergieeffekte zu nutzen.

Der Abgleich des Feedbacks am Ende der Tagung mit den am Beginn genannten Erwartungen der Teilnehmenden zeigte, dass es sehr gut gelungen ist, in kurzer Zeit einen fundierten Einblick in das komplexe Themenfeld zu geben. Das Feedback zeigte aber auch, dass es einen großen Bedarf für kollegialen Austausch gibt, dass die weitere intensive Auseinandersetzung mit Themen politischer Bildung gewünscht wird und genau über solche Veranstaltungen der AdB als Fachverband der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sichtbar und vertrauter wird.

## Democracy Education is a task for Lifelong learning

### Das europäische Netzwerk DARE veröffentlicht zwei Positionspapiere

Unter dem Eindruck der Terrorattacken im November 2015 in Paris haben die Europäischen Bildungsminister einen Kurswechsel für die Europäischen Trainings- und Förderprioritäten hin zu mehr politischer Bildung angekündigt. Dieser Kurswechsel wurde von den Akteurinnen und Akteuren politischer Bildung in Europa begrüßt. Der AdB möchte diesen Prozess gemeinsam mit dem europäischen Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe unterstützen und diesen Weg zu mehr Empowerment, zur Förderung demokratischen Handelns und zur Unterstützung der unabhängigen außerschulischen Akteure auf diesem Gebiet mitgestalten.

Wichtige Aspekte sind ein ganzheitlicher Innovationsbegriff, eine Fokussierung der außerschulischen Bildungsarbeit auf die Förderung demokratischen Handelns in Europa, die Kohärenz in den existierenden europäischen Politiken, veränderte Förderkriterien für die europäischen Programme, die stärkere Verknüpfung des Engagements „on the ground“ mit der europäischen Politik- und Programmebene sowie die Forderung nach einer Europäischen Agentur für politische Bildung.

Vor diesem Hintergrund hat das europäische Netzwerk DARE zwei Positionspapiere in englischer Sprache veröffentlicht: „DARE position on the Post-Paris-Process in Europe“ und ein Papier mit dem Titel: „Democracy Education is a task for Lifelong learning – The joint report on ‚Education and Training 2020‘ under a non-formal Education for Democratic Citizenship perspective“.

Download der aktuellen Positionen und weitere Informationen:  
[www.dare-network.eu](http://www.dare-network.eu)

DARE position to the Post-Paris-Process in Europe:



Democracy Education is a task for Lifelong learning:



## Politische Bildung für alle

### Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten berichtet über das Jahr 2015



AdB,  
Jahresbericht 2015

Im AdB-Jahresbericht 2015 werden Schwerpunkte, Themen, Veranstaltungen, Projekte und Publikationen eines ereignisreichen Jahres vorgestellt. Die fachliche Weiterent-

wicklung der politischen Bildung, die Qualifizierung der haupt-, neben- und ehrenamtlich tätigen Mitarbeitenden in den Einrichtungen sowie die Stärkung und der Ausbau der strukturellen Grundlagen politischer Bildung werden dabei als herausragende Aufgaben beschrieben. Zahlreiche Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote, bundesweite Tagungen und Konferenzen, die nationalen und internationalen Modellprojekte sowie der Einblick in das Bundesprogramm „Politische Jugendbildung im AdB“ zeigen, wie die politische Bildung weiterentwickelt werden konnte.

Im Bericht wird zudem deutlich, wie wichtig politische Bildung für eine demokratische Gesellschaft ist, die auf den allgemeinen Menschenrechten basiert. Mit dem Jahresthema des AdB 2015 „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“ →

hat der Verband eine gesellschaftspolitische Herausforderung in den Mittelpunkt gestellt, von der zwar viele in Bezug auf die Dimension, Aktualität und Brisanz überrascht waren, die sich aber schon seit langer Zeit abzeichnete. Wie deutlich diese Herausforderung in den Mitgliedseinrichtungen zum Thema gemacht wurde, spiegeln die vielfältigen Aktivitäten wider.

Der AdB-Jahresbericht 2015 gibt einen umfangreichen Einblick in ein Arbeitsfeld, das vom Austausch mit seinen Mitgliedern, mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, mit

Kooperationspartnern, Fördergebern, Politikerinnen und Politikern sowie mit Kolleginnen und Kollegen anderer Verbände und Organisationen lebt.

Der Bericht ist unter dem Titel „Politische Bildung für alle“ kostenlos über die Geschäftsstelle des AdB zu beziehen und steht zum Download bereit: [www.adb.de/node/65](http://www.adb.de/node/65)

## Lebensräume gemeinsam gestalten

Jahresbericht 2015 informiert über das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“



AdB,  
Jahresbericht 2015  
Programm Politische  
Jugendbildung im AdB

Das Programm Politische Jugendbildung im AdB (Laufzeit 2011–2016) hat im Verband einen zentralen Stellenwert. Jugendbildungsreferentinnen und -referenten aus 24 Einrichtungen waren im Berichtsjahr am Programm beteiligt. Der AdB stellt als Zentralstelle die bundeszentrale Steuerung, Vernetzung und die Fortbildung der Referentinnen und Referenten sicher. Diese arbeiten noch bis Ende 2016 in vier Projektgruppen zu folgenden Themen zusammen: „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“, „Globalisierung und Medienkonsum“, „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“ sowie „Arbeitsweltbezogene politische Jugendbildung“. Das Programm wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.

Der Jahresbericht 2015 des Programms beschäftigt sich in seinem Schwerpunkt mit dem Thema „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“. Daneben wird ein zweiter Schwerpunkt in diesem Bericht deutlich: Die große Zahl zugewanderter Menschen hat für die Einrichtungen der politischen Jugendbildung viele neue Aufgaben mit sich gebracht. Wie schaffen wir es, junge Geflüchtete in unsere Angebote einzubinden? Welchen Beitrag kann politische Jugendbildung leisten, um den Gedanken der Inklusion und der umfassenden Teilhabe aller, gerade auch an Bildungsprozessen, zu leisten?

Im Bericht wird mit zahlreichen Beispielen aus der Bildungspraxis illustriert, wie die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten ihre Ideen und Erkenntnisse in den Schwerpunkten umgesetzt und wie sie auf die aktuellen Herausforderungen reagiert haben.

Der Jahresbericht ist kostenlos über die Geschäftsstelle des AdB zu beziehen und steht zum Download bereit: [www.adb.de/node/65](http://www.adb.de/node/65)

## Religionen in der säkularen Demokratie

### Fachtagung zu den Herausforderungen in der politischen Bildung



Foto: AdB

Am Dienstag, 14. Juni 2016, fand im tanzhaus nrw in Düsseldorf die Fachtagung „Religionen in der säkularen Demokratie. Ein Thema der politischen Bildung“ statt. Einladungen hatten der AdB, die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung NRW und die Landeszentrale für politische Bildung NRW, die die Tagung gemeinsam vorbereiteten und verantworteten. Zudem konnte die Arbeitsgruppe Politische Bildung des Gesprächskreises der Landesorganisationen für Weiterbildung in NRW für die Zusammenarbeit gewonnen werden.

Circa fünfzig Teilnehmende aus Einrichtungen und Initiativen politischer Bildung, aus Wissenschaft und Praxis und Ministerien waren der Einladung gefolgt. In einem sehr dichten Programm erhielten sie verschiedene Inputs zu diesem aktuellen und mitunter durchaus brisanten Thema und hatten die Gelegenheit, sich untereinander über die Herausforderungen für die politische Bildung auszutauschen.

Den einführenden Vortrag hielt Frau Professorin Dr. Heidemarie Winkel, Universität Bielefeld, zum Thema „Religionen im säkularen Rechtsstaat“. Sie referierte die ideellen Grundlagen des Leitbildes des säkularen Rechtsstaats und nahm das Verhältnis von Religionen und säkularem demokratischen Rechtsstaat in den Blick. In einem weiteren Strang beschrieb sie die Religionskritik als Spiegelbild umfassender gesellschaftlicher – sozialer, politischer und ökonomischer – Spannungen. Hier nannte sie als Beispiele die Krise westlicher Mittelschichten, eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wettbewerbslogiken als zentrale Sinn- und Ordnungsinstanzen sowie Ungleichwertigkeitsideologien.

Dieser Beitrag wurde aus christlicher Sicht durch Dr. Sabine Federmann, Institut für Kirche und Gesellschaft, und aus islamischer Sicht durch Rabeya Müller, Zentrum für islamische Frauenförderung und -forschung, kommentiert. Beide hoben hervor, dass Religionsgemeinschaften Aufgaben und Verantwortung als zivilgesellschaftliche Akteure übernehmen und sich dieser Rolle bewusst werden müssten. Vertreter/-innen der Religionen verfügen über einen wichtigen Erfahrungsschatz, den sie der Gesellschaft gewinnbringend zu Verfügung stellen können.

Professor (em.) Dr. Benno Hafener, Universität Marburg, nahm die sozialen Ursachen für den Zulauf junger Menschen zu religiös-fundamentalistischen und anderen extremistischen bzw. extremen Positionen und Bewegungen in den Blick und beschrieb daraus erwachsene Herausforderungen für die politische Bildung. Daran konnte unmittelbar mit zwei kurzen Interviews mit Ulrika Engler (aktuelles forum e. V.) und Ulrich Brinker (Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen) angeknüpft werden, in denen es exemplarisch um die Praxis politischer Bildung ging. Die zentralen Aussagen waren hier, wie wichtig es ist, Zugänge und Räume zu eröffnen. Hierbei können insbesondere Brückenpersonen und -organisationen eine wichtige Rolle spielen. Dies wurde auch im darauf folgenden Diskussions-Café bestätigt.

An verschiedenen Thementischen wurde über die Rolle diskutiert, die die politische Bildung für ein tolerantes, offenes und wertschätzendes Miteinander sowie für einen kritischen Dialog zwischen den Religionen hat. Es wurde erörtert, in welcher Weise das Thema „Religionsfreiheit und Demokratie“ in der politischen Bildung am besten aufgegriffen werden kann, aber auch, wie politische Bildung mit Menschen gelingen kann, die der modernen demokratischen Gesellschaft kritisch bzw. ablehnend gegenüberstehen. Die Rolle der politischen Bildung ist es, so die Teilnehmenden, Menschen dabei zu unterstützen, mündige, aufgeklärte, kritikfähige und solidarische Bürgerinnen und Bürger zu werden. Dabei sei es insbesondere wichtig, sozial marginalisierte Menschen zu erreichen. Deutlich wurde in verschiedenen Statements, dass politische Bildung lebensbegleitende Räume für Begegnungen schaffen und (Frei-)Räume öffnen sollte, in denen auch ein Austausch über Religionen und deren Vereinbarkeit mit Demokratie und Menschenrechten möglich wird. →

Es sollten Deutungsangebote gemacht und Sinnfragen zugelassen werden. Gerade in der politischen Bildungsarbeit mit Menschen, die der modernen demokratischen Gesellschaft und den Institutionen kritisch bzw. ablehnend gegenüberstehen, sei es notwendig, vorhandene Vorbehalte aufzugreifen und den Wert von Demokratie durch Erfahrungslernen zu fördern. Zudem kann eine langfristige und kontinuierliche Begleitung hilfreich sein. Politische Bildung muss an gemeinsamen und unterschiedlichen Lebenswelten und -erfahrungen der Teilnehmenden mit und ohne Migrationshintergrund ansetzen. Grenzen politischer Bildung aber seien dann erreicht, so eine Diskussionsrunde, wenn „Überwältigung“ (Beutelsbacher Konsens) ins Spiel kommt. Im Fokus politischer Bildung müsse die Demokratisierung der Gesellschaft stehen. Deshalb sei die entsprechende fachliche Expertise zentral für Demokratiebildung.

In einer Abschlussrunde bekamen die Referentinnen und Referenten die Gelegenheit, den politischen Bildnerinnen und Bildnern etwas mit auf den Weg zu geben: Wichtig sei es, so eine Botschaft, die aktuellen gesellschaftlichen Prozesse zu beobachten, aber die Probleme nicht allein auf die Religion zu fixieren. Der Gesellschaft

würde vielmehr ein lockeres Verhältnis zur Religion gut tun. Soziale Ungleichheit, Präkarisierungen und eine allgemeine Unzufriedenheit sollten als Ursachen für demokratiefeindliche Positionen und zunehmende Radikalisierungen auf unterschiedlichen Ebenen stärker in den Blick genommen werden. Eine Selbstvergewisserung und Sensibilisierung der politischen Bildner/-innen – Wie halte ich es mit der Religion? – sei notwendig, um den Blick auf die Teilnehmenden neu zu öffnen und die unterschiedlichen Einflüsse, die uns alle prägen, besser wahrzunehmen. Es sei eine dezidierte Aufgabe politischer Bildung, der Pluralität zur Entfaltung zu verhelfen.

Die Fachtagung war die zweite einer 2015 ins Leben gerufenen Tagungsreihe der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“: In jedem Jahr wird eine Veranstaltung zum jeweiligen thematischen Schwerpunkt des ersten Heftes in Kooperation mit einer anderen Einrichtung oder Organisation und in einem anderen Bundesland durchgeführt. Ziel ist es, mit der Tagung aktuelle Themen aus Politik und Gesellschaft aufzugreifen, an die Beiträge in der Zeitschrift anzuknüpfen, einige Aspekte zu vertiefen und neue Akzente zu setzen. Das ist mit dieser Tagung sehr gut gelungen.

---

## Das Programm Politische Jugendbildung im AdB geht in die nächste Runde

Die Teilnehmenden am Programm 2017–2022 stehen fest



Foto: Villa Fohrde e. V.

In diesem Jahr haben sich 35 Bildungseinrichtungen um eine Stellenförderung und sieben Einrichtungen um eine Maßnahmenförderung im Programm Politische Jugendbildung im AdB für die neue Ausschreibungsphase der Jahre 2017 bis 2022 beworben.

In einem aufwändigen Verfahren mit mehreren Wertungs- und einem letzten persönlichen Beratungslauf wurden nun 21 Einrichtungen zur Stellen- und vier Einrichtungen zur Maßnahmenförderung ausgewählt.

Die Themenschwerpunkte für die neue Programmphase ab 2017, die sich um die Auseinandersetzung mit und die Gestaltung von Demokratie als Gesellschaftsform ranken, sind:

- Digitale Medien und Demokratie
- Flucht und Migration – Spannungsfeld für die Demokratie
- Erinnerungskultur und Teilhabe
- Arbeit und Lebensperspektive

Die große Anzahl und die hohe Qualität der Anträge unterstreicht abermals die Attraktivität des Programms Politische Jugendbildung im AdB. Unter den ausgewählten Einrichtungen sind einige, die bereits in der letzten Projektphase gefördert wurden. Hinzu kamen aber auch einige neue Einrichtungen mit spannenden Konzepten. Die Anträge zeigen ein hohes Maß an Innovationskraft der Bildungseinrichtungen im AdB.

Alle ausgewählten Einrichtungen erhalten unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel eine Förderung für die kommenden sechs Jahre.

---

## Flucht und Geflüchtete – Thema und Zielgruppe politischer Bildung

Erste von drei Fortbildungen erfolgreich durchgeführt



Foto: AdB

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) hat in Kooperation mit dem Informations- und Dokumentationszen-

trum für Antirassismusbildung (IDA) ein Fortbildungsangebot für politische Bildner/-innen konzipiert. „Flucht und Geflüchtete – Thema und Zielgruppe politischer Bildung“ ist der Titel dieser Fortbildung, die insgesamt drei Mal angeboten wird und Ende Juni das erste Mal in den Räumen der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen stattfand.

Insgesamt vierundzwanzig Teilnehmende waren gekommen, um sich dafür zu qualifizieren, politische Bildungsangebote für geflüchtete Menschen zu organisieren und durchzuführen. Sie erwartete ein anspruchsvolles Programm, das durch Sebastian Rose vom Flüchtlingsrat Niedersachsen eröffnet wurde. Er gab einen grundlegenden Überblick über die aktuelle Situation geflüchteter Menschen weltweit, in Europa und in Deutschland. Er informierte die Anwesenden über Fluchtursachen und →

Herkunftsländer und erläuterte die rechtliche, soziale und politische Situation von Flüchtlingen in Deutschland. Deutlich wurde dabei wieder einmal, dass die Aussagekraft von Statistiken begrenzt ist und seriöse Interpretationen immer nur im Kontext der jeweiligen Erhebung erfolgen können.

An den Vortrag schlossen sich vier verschiedene Fortbildungsmodule an. Gestartet wurde mit der Frage nach der eigenen Verortung als politischer Bildner bzw. politische Bildnerin. Schnell wurde deutlich, dass die ohnehin hohen Anforderungen an die Kompetenzen zur Selbstreflexion im Hinblick auf die eigene Person und die Profession mit der neuen Zielgruppe Geflüchtete noch einmal gestiegen sind. Gefordert sind ein hohes Maß an Sensibilität für oft traumatisierte Teilnehmende, interkulturelle Kompetenz und die Bereitschaft, sich mit den eigenen Vorurteilen auseinanderzusetzen. Keine leichte Aufgabe!

Im zweiten Modul ging es um die Zielgruppe selbst und um die Frage, wie sie erreicht, angesprochen und interessiert werden kann. Neue Kooperationspartner wie Migrantenorganisationen, Sozialdienste oder Elternvereine können hilfreich sein. Wichtige Hinweise zu dieser Frage lieferte auch ein Praxisprojekt der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, das von dem pädagogischen Leiter sowie zwei syrischen Teilnehmern vorgestellt wurde. Selbst erst im letzten Jahr aus Syrien geflohen erläuterten sie, dass für sie der persönliche Kontakt entscheidend war, um Vertrauen zu fassen und zu verstehen, was politische Bildung ist und will – denn derartige Angebote, wie sie hier in Deutschland existieren, sind in Syrien völlig unbekannt.

Mit dem dritten Modul der Fortbildung am zweiten Tag wurde es praktisch: Es ging um Formate, Methoden und

Inhalte der politischen Bildung mit Geflüchteten. Die Teilnehmenden erhielten den Plan einer Stadt und markierten darauf Orte, die für das demokratische Zusammenleben in der Kommune von besonderer Bedeutung sind. Auf Karten notierten sie ihre Wahl und stellten fest, dass jeder Ort – ob Rathaus, Universität, Kirche oder Kulturinstitution – Anlass für vielfältige Bezüge, Gespräche und Auseinandersetzungen bot. Weitere Ideen wurden gesammelt und am Ende des Moduls entstand eine Liste unterschiedlichster Herangehensweisen.

Zum Schluss der Fortbildung beschäftigten sich die Teilnehmenden mit der gesellschaftlichen Rahmung ihrer Angebote. Wie ist das gesellschaftliche Klima, in dem politische Bildung mit Geflüchteten stattfindet? Welchen Einfluss haben Willkommenskultur auf der einen und Alltagsrassismus auf der anderen Seite? Viele Teilnehmenden hatten bereits Erfahrungen gemacht mit beleidigenden oder diskriminierenden Äußerungen. Im Rahmen der Fortbildung wurden Strategien des Umgangs entwickelt und gegenseitige Ermutigungen formuliert, sich gegen unerwünschte Äußerungen zur Wehr zu setzen.

In der Feedback-Runde zum Abschluss der Fortbildung äußerten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr zufrieden. Die hohe Themendichte hätte ihnen, so die Rückmeldungen, zwar viel abverlangt, die Abwechslung von Themen und Methoden sei jedoch gut und hilfreich gewesen. Gelobt wurde die gute Atmosphäre, die den vertrauensvollen Austausch möglich gemacht habe. Ein besonderer Dank ging zudem an die beiden syrischen Teilnehmer, die sich aktiv eingebracht und dadurch nicht nur ein Reden über, sondern mit der Zielgruppe ermöglicht haben.

## Flucht, Asyl und europäische Grundrechte in der Jugendbildungsarbeit

Zweiter Workshop des deutsch-tschechischen Projekts „Not in Our Countries?!“ fand in Prag statt



Foto: Natallia Allen / MKC Praha

Wie können junge Menschen positive Visionen von Europa entwickeln? Diese Frage stand im Vordergrund des zweiten Workshops im Rahmen des deutsch-tschechischen Austausch-Projekts „Not in Our Countries?!“, das der AdB in Kooperation mit dem Multikulturní Centrum Praha (MKC), der Brücke/Most Stiftung und dem Koordinierungszentrum deutsch-tschechischer Jugendaustausch – Tandem Regensburg durchführt. Die Jugendbildungsarbeit steht aktuell vor enormen Herausforderungen. Politisch bilden in der Migrationsgesellschaft, das heißt, Unterstützung bei der Integration von Flüchtlingen zu leisten, aber auch die Auseinandersetzung mit Ablehnungstendenzen wie z. B. Hatespeech etc. zu befördern.

Der Workshop fand vom 30. Juni bis 3. Juli 2016 im ökologischen Zentrum Toulcuv Dvur in Prag statt. Die 24 teilnehmenden Fachkräfte der politischen Jugendbildung aus Deutschland und Tschechien nutzten die Gelegenheit zur intensiven Vertiefung von pädagogischen Konzepten und zum gemeinsamen Training von Methoden. Gemein-

sam lernten sie Bildungskonzepte zu gesellschaftlicher Vielfalt und Extremismusprävention in Tschechien kennen und besuchten staatliche und nichtstaatliche Initiativen, die sich mit Hatespeech beschäftigen. Zudem wurden in Kleingruppen Trainings zu inklusiven Bildungskonzepten in der Migrationsgesellschaft durchgeführt.

Mit Expertinnen aus der tschechischen Medienlandschaft fand eine intensive Auseinandersetzung zur Rolle von Medien im Diskurs über Flucht und Asyl statt. Anhand zahlreicher konkreter Beispiele von Kampagnen sowie Erfahrungen der tschechischen Seite mit der medialen Verwertung und politischen Rezeption eigener Projekte, konnten die Teilnehmenden wertvolle Ideen zum Umgang der Medien mit Bildungsarbeit gewinnen.

Im Rahmen des Workshops konnten sich die deutschen und tschechischen Fachkräfte zudem über erste gemeinsame Projekterfahrungen und Kooperationen austauschen und auf diese Weise zur Peer Review laufender Projekte beitragen.

„Mitmachen lohnt sich!“, davon waren die Projektteilnehmer/-innen fest überzeugt. Alle betonten den hohen Wert der langfristig angelegten Kooperation im Projekt „Not in Our Countries?!“, das viel Raum für Austausch und fachlichen Diskurs eröffnet und auf diese Weise vielfältige Möglichkeiten zur Verknüpfung mit der eigenen Arbeit bietet. Beide Seiten hoben den Mehrwert der heterogenen Gruppen hervor: Neben dem bilateralen Dialog eröffnete sich ein fachübergreifender Austausch zwischen sozialer Arbeit, außerschulischer politischer Jugendbildung, Flüchtlingshilfe und formaler Bildung, der von allen Seiten als bereichernd und befruchtend empfunden wurde. Europa ist somit auf vielfache Weise ein Türöffner!

## 15 Jahre Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe in Berlin

Bundeszentrale Träger der Kinder- und Jugendhilfe trafen sich zum jugendpolitischen Austausch



Im Gespräch (v. l. n. r.): Hermann Kinzel, Gerd Engels, Ina Bielenberg, Stefan Schwartze (MdB), PStS Caren Marks Foto: AdB

Vor 15 Jahren hat das damals noch im Haager Weg in Bonn ansässige Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ) entschieden, Bundestag und Bundesregierung nach Berlin zu folgen. Alle im Haus ansässigen Organisationen – darunter auch der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) – zogen zum 1. Juli 2001 an den Mühlendamm nach Berlin. Aus diesem Anlass hatte das HdJ am 4. Juli 2016 zum Jugendpolitischen Netzwerktreffen eingeladen. Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bettina Bundszus-Cecere, Abteilungsleiterin im BMFSFJ, sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestages waren neben den Vorständen der im Haus beheimateten Organisationen und zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus Jugendhilfe und Jugendarbeit gekommen, um miteinander ins Gespräch zu kommen und zu feiern.

Das Jubiläum bot Anlass für einen Blick auf Gegenwart und Zukunft der Jugendarbeit und Jugendhilfe. Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB und stellvertretende Vorsitzende des HdJ e. V., eröffnete den offiziellen Teil der Veranstaltung und begrüßte alle Anwesenden. Sie betonte den fachlichen Zugewinn an jugendpolitischem Austausch, Information und Vernetzung, den das HdJ für alle Nutzer/innen des Hauses erbringt. Das HdJ sei, so Ina Bielenberg, Arbeitsort für Tagungen, Träger, Projekte und Gremien und habe sich damit zum Knotenpunkt der bundesweiten Jugendarbeit und Jugendhilfe entwickelt. Sie sprach dem BMFSFJ im Namen aller Organisationen HdJ einen großen Dank für die jahrzehntelange Förderung des Hauses und die gute und konstruktive Zusammenarbeit aus.

Caren Marks würdigte in ihrem Grußwort die Bedeutung des Hauses und beschrieb die ansässigen Organisationen als bedeutende, unverzichtbare Akteure der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Sie unterstrich die Wichtigkeit des Hauses auch für das BMFSFJ selbst und sicherte dem Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe auch zukünftig die Unterstützung zu.

In einer anschließenden Gesprächsrunde stand die Reform des SGB VIII im Mittelpunkt. Unter der Moderation der Vorsitzenden des DBJR, Lisi Maier, äußerten sich Karin Böllert, Professorin für Kinder- und Jugendhilfe und Sozialpolitik an der Universität Münster und Vorsitzende der AGJ, Katja Dörner, Mitglied der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, sowie Stefan Schwartze von der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Zukunft der Jugendhilfe – alles inklusive?“. Sie sahen in der Reform die große Chance, endlich alle Kinder- und Jugendlichen anzusprechen, unabhängig von ihren individuellen Möglichkeiten, äußerten zugleich aber auch die Sorge, dass gerade kleinere Jugendämter mit der Reform überfordert werden könnten.

Stefan Schwartze ermunterte die anwesenden Organisationen, ihre Positionen im kommenden Herbst in die Diskussion einzubringen und sich für die Reform des SGB VIII stark zu machen.

Der anschließende informelle Austausch mit Sektempfang und Grill-Buffer im Außenbereich der Spreegalerie Alexanderplatz bot vielfältige Gelegenheiten, die Diskussion fortzusetzen und sich mit den zahlreich anwesenden jugendpolitischen Akteuren zu vernetzen.

Das Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ) ist seit 1954 die Heimat für wichtige bundeszentrale Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Hierzu gehören die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), die Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz (BAJ) und der Deutsche Bundesjugendring (DBJR). Weitere Organisationen wie der Ring deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände e. V., die Deutsche Bläserjugend und die National Coalition Deutschland haben ebenfalls ihre Geschäftsstellen im Haus. Das Haus bildet damit als Treff- und Arbeitsmittelpunkt wichtiger Verbände der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland eine zentrale Infrastruktur und schafft positive Synergien. Die Unterhaltung des Hauses wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes finanziert.

## Aus den Mitgliedseinrichtungen

Die Frankfurter *Bildungsstätte Anne Frank* wurde im Mai 2016 im Kaiserdom St. Bartholomäus für ihr Engagement für ein gelingendes Miteinander verschiedener Religionen und Kulturen mit dem katholischen *Walter-Dirks-Preis* ausgezeichnet. Die 1994 als Jugendbegegnungsstätte gegründete Einrichtung setzt eine Vielzahl von pädagogischen Projekten und Programmen zu historischen und aktuellen Themen um.

Ein vom *Bildungswerk der Humanistischen Union* angeregtes und begleitetes Projekt wurde, mit dem Loewenstein-Family-Award 2016 für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet. Die Arbeitsgruppe „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ der Frida-Levy Gesamtschule, Essen, wurde in der Alten Synagoge Essen für ihr vielfältiges Engagement zum migrationsgesellschaftlichen Lernen geehrt.

Am 7. Juli 2016 feierte das *Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter* (AZK) sein 30-jähriges Bestehen mit einem Festakt. Parallel dazu zeigte das AZK die Fotoausstellung „20 Gesichter und 20 Geschichten“.

Die *Akademie Frankenwarte* in Würzburg feierte das 50-jährige Jubiläum der *Gesellschaft für Politische Bildung e. V.* als Träger der Akademie. Die Akademie lud am 29. Juli 2016 zu einem Festakt unter dem Motto: „50 Jahre für Soziale Demokratie 1965 bis 2015“ ein.

Das *Gustav Stresemann Institut Niedersachsen e. V.* beging im August 2016 sein 40-jähriges Jubiläum mit einer Festveranstaltung. Das *Gustav Stresemann Institut e. V. Europäische Tagungs- und Bildungsstätte Bonn* feierte Anfang September 2016 sein 65-jähriges Bestehen. Aus Anlass des Jubiläums wurde eine Veranstaltung zu „Europas Zukunft zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ organisiert.

Das *Europahaus Aurich – Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.* besteht 2016 60 Jahre. Dieses Jubiläum wurde im August mit einem Festakt gefeiert.

Die *Bildungsstätte Bredbeck* wird in diesem Jahr 40 Jahre alt. Gefeierte wird das Jubiläum mit dem „Bredbecker Sommerfest“ – einem Tag der offenen Tür mit Kunstausstellung, Musik, Literatur, Kaffee und Kuchen sowie Kinderprogramm und mit einem Festakt am 2. und 3. Dezember 2016. Zudem wurde eine Ausstellung „40 Jahre Bildungsstätte Bredbeck“ konzipiert, die im Sinne einer Zeitreise Aspekte und Höhepunkte aus 40 Jahren Bildungsarbeit zeigt.

Mit einem neuen Online-Dossier zu den Themen Links- und Rechtsextremismus sowie Islamismus setzt die *Konrad-Adenauer-Stiftung* ein deutliches Zeichen gegen jede Form von Extremismus. Das Dossier bietet u. a. aktuelle Meldungen, Publikationen und Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex.

[www.kas.de/wf/de/21.72](http://www.kas.de/wf/de/21.72)

# Berichte, Hinweise, Nachrichten

## Personalien

Am 31. März 2016 hat **JANA SCHRÖDER** die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) verlassen und ist ins BMFSFJ gewechselt. Neue Leiterin der Koordinierungsstelle ist **HEIDI SCHULZE**.

Seit dem 1. April 2016 ist **DR. CAROLINE HORNSTEIN-TOMIC** die neue Leiterin der Fachabteilung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Sie hat die Nachfolge des im vergangenen Jahr verstorbenen **DR. BERND HÜBINGER** angetreten.

**STEFAN MÖRSDORF**, bisheriger Geschäftsführer der Europäischen Akademie Otzenhausen gGmbH, hat die Akademie Ende Mai verlassen. Die Aufgaben der Geschäftsführung werden von **MARCO WÖFLINGER** wahrgenommen.

Nach 23 Jahren als Leiter des Institutsrats des Gesamteuropäischen Studienwerks e.V., wissenschaftlicher und pädagogischer Mitarbeiter sowie Redakteur der Zeitschrift „aktuelle ostinformation“ ist **DR. ZBIGNIEW WILKIEWICZ** zum 30. Juni 2016 in den Ruhestand gegangen.

Im Internationalen Haus Sonnenberg gab es einen Wechsel in der Leitung des Hauses: **JENS STEFFEN MINKUS** hat das Haus verlassen. **VIOLA VON CRAMON**, die Vorsitzende des Sonnenberg-Kreises, übernimmt vorübergehend die Geschäftsführung. Den operativen Bereich übernimmt **LUTZ HEINKE**.

Am 15. Juni 2016 wählte die Mitgliederversammlung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE, Bonn) **DR. PAUL CIUPKE**, der den AdB beim Institut vertritt, in den Verwaltungsrat des Instituts. Er ist der Nachfolger von **ANDREAS SEIVERTH** (DEAE), der aus Altersgründen ausgeschieden ist.

Anfang Juli 2016 hat **MARTIN ECKARD** die Leitung des Internationalen Forums Burg Liebenzell e.V. übernommen. Er folgt dem bisherigen Leiter des Hauses, **PROF. H.C. MANFRED HÜBSCHER**, der als Leiter des Trägervereins dem Internationalen Forum weiter verbunden bleibt.

Der Hauptausschuss des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) hat **CLARA WENGERT** zur neuen Geschäftsführerin gewählt. Sie wird ab August und in den kommenden zwei Jahren die Aufgabe als Elternzeitvertretung übernehmen.

Seit dem 15. August 2016 ist **TABEA JANSON** als neue Mitarbeiterin in der AdB-Geschäftsstelle tätig. Sie hat die Projektleitung des zweijährigen Modellprojekts „anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“ übernommen.

# Aus Profession und Politik

## Deutschlands demografische Herausforderungen

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat ein Discussion Paper veröffentlicht, das sich den demografischen Herausforderungen von morgen widmet. Niedrige Kinderzahlen und ein immer längeres Leben führen zu einem Wandel, der viele Vorteile hat, das Land aber auch vor große Herausforderungen stellt, heißt es in dem Diskussionspapier. Der demografische Wandel hat ein negatives Image, das von der Vorstellung einer Überalterung bis zum Aussterben reicht. Dabei haben die Deutschen lange Zeit von diesem Wandel profitiert. Sie haben alle zehn Jahre zwei bis drei Jahre an Lebenserwartung hinzugewonnen. Sie haben viel Geld gespart, weil sie weniger Nachwuchs und vergleichsweise wenige Ältere zu versorgen hatten. Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer machten sich als größte Gruppe in der Bevölkerung verdient um die Volkswirtschaft. Sie sind im Schnitt gut qualifiziert, haben überwiegend einträgliche Jobs und sorgen dafür, dass derzeit die Zahl der Erwerbstätigen auf Höchstniveau liegt und der Staat Rekorderlöse in seinen Steuer- und Sozialkassen verbucht.

Dies sind die goldenen Jahre der gereiften Volkswirtschaften, von denen Deutschland derzeit seine letzten erlebt: In den kommenden Jahren steht nach der angenehmen Phase des demografischen Wandels der schwierigere Abschnitt an: Die Babyboomer werden vom Erwerbsleben

in den Ruhestand wechseln und damit zwangsläufig von Einzahlern zu Empfängern der Transfersysteme. Um 2030, zum Höhepunkt der Babyboomer-Verrentung wird jeder Jahrgang, der sich in den Ruhestand verabschiedet, etwa doppelt so groß sein, wie der Jahrgang, der gerade ins Berufsleben einsteigt.

Damit gehört Deutschland zu den Pionieren des demografischen Wandels und muss früher als andere lernen, mit dem demografischen Wandel umzugehen und sich an die Veränderungen anzupassen. Deutschland fällt deshalb die Aufgabe zu, Konzepte zu entwickeln, die ein Wohlergehen der Gesellschaft ohne demografisches und mittelfristig vermutlich auch ohne nennenswertes wirtschaftliches Wachstum garantieren. Denn vermeiden lässt sich der Wandel aufgrund der langen Vorlaufzeit demografischer Entwicklungen längst nicht mehr.

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung,  
Newsletter vom 17.03.2016

Download: [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)



## DJI-Studie: Perspektiven für Jugendliche im ländlichen Raum

Im Vergleich zu ihren Altersgenossen in der Stadt fühlen sich junge Menschen auf dem Land oft benachteiligt. Es fehlt an Jobs und Freizeitangeboten wie Jugendtreffs, an WLAN, Lehrstellen, wohnortnahen Gymnasien etc. Die vorhandenen Angebote reichen nicht aus. Das DJI-Team des Projekts „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“ will zeigen, was jungen Menschen einen Verbleib in der Region erleichtern würde und fragte daher junge Menschen und politische Entscheidungsträger auf dem Land nach Perspektiven und stellte Handlungsoptionen für ein ineinandergreifendes Handeln von Kommunen, Land und Bund vor.

In strukturschwachen Regionen Westdeutschlands bahnt sich inzwischen eine vergleichbare Situation wie in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands an. Die Studie untersuchte deshalb drei Kreise in West- und fünf Kreise in Ostdeutschland, die unterschiedlich auf die demografische Entwicklung reagieren.

Quelle: News des Deutschen Jugendinstituts e. V. vom 02.05.2016

Download: [www.dji.de](http://www.dji.de)



## SINUS-Jugendstudie „Wie ticken Jugendliche 2016?“

Ende April 2016 wurde in Berlin die neue Studie „Wie ticken Jugendliche 2016?“ von den beiden Leitern und Hauptautoren der Studie, Marc Calmbach (SINUS-Institut) und Peter Martin Thomas (SINUS:akademie) vorgestellt. Für die Studie wurden 72 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren in 2-Stunden-Interviews befragt. Zudem wurden 14 Peer-to-Peer-Interviews geführt, die Wohnumgebung der Jugendlichen sowie „Hausaufgabenhefte“ der Jugendlichen ausgewertet. Fünf Themen standen bei den Interviews im Fokus: Flucht und Asyl; Religion und Glaube; Umweltschutz, Klimawandel und kritischer Konsum; Mobilität sowie Medien und digitale Welten. In der Pressemeldung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb heißt es zu den Ergebnissen der Studie: „Jugendliche in Deutschland leben nach wie vor in unterschiedlichen Lebenswelten, aber sie rücken in mehrfacher Hinsicht zusammen. Für die meisten 14- bis 17-Jährigen heute gilt: Man möchte sein wie alle. Die auf Abgrenzung und Provokation zielenden großen Jugend-Subkulturen gibt es kaum mehr. Eine Mehrheit ist sich einig, dass gerade in der heutigen Zeit ein gemeinsamer Wertekanon von Freiheit, Aufklärung, Toleranz und sozialen Werten gelten muss, weil nur

er das ‚gute Leben‘, das man in diesem Land hat, garantieren kann.“ Die Jugendlichen verbindet der Wunsch nach Orientierung und Sicherheit und der Großteil der befragten Jugendlichen akzeptiert die Vielfalt in unserer Gesellschaft. Auch die religiöse Heterogenität im Freundeskreis wird akzeptiert.

Auftraggeber der Studie waren die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj), der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die Bundeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und die VDV-Akademie (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen).

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Weitere Informationen: [www.wie-ticken-jugendliche.de/index.php?id=146](http://www.wie-ticken-jugendliche.de/index.php?id=146)

Als Open-Access-Veröffentlichung frei verfügbar unter: [www.springer.com](http://www.springer.com)



---

## Deutschland bei Bildungsausgaben im OECD-Mittelfeld

Seit Jahrzehnten veröffentlicht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Status Quo der Bildungssysteme in ihren Mitgliedsländern und in Kooperationsstaaten wie Brasilien und China in der Studie „Bildung auf einen Blick“. Nun ist die aktuelle Studie 2015 im Bielefelder W. Bertelsmann Verlag erschienen.

Zwischen 2010 und 2012 sind die Bildungsausgaben in vielen OECD-Ländern als Reaktion auf die globale Wirtschaftskrise gesunken. Deutschland liegt bei den Bildungsausgaben pro Schüler/-in im Mittelfeld, bei den Ausgaben

für Studierende knapp über dem OECD-Durchschnitt. Spitzenreiter in beiden Bereichen ist Luxemburg. Die Studie steht als Digitalausgabe kostenlos zur Verfügung.

Quelle und Download: [www.wbv.de](http://www.wbv.de)



---

## Langzeitanalyse über 10 Jahre: „Bildung in Deutschland 2016“

Der Bericht „Bildung in Deutschland 2016“ ist ein indikatoren-gestützter Bericht der Autorengruppe Bildungsberichterstattung, der das deutsche Bildungswesen als Ganzes abbildet und von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter reicht. Der aktuelle Bericht legt den Fokus auf das Thema „Bildung und Migration“ und greift damit das Schwerpunktthema des 1. Bildungsberichts aus dem Jahr 2006 wieder auf.

Der 6. nationale Bildungsbericht will eine umfassende Darstellung der Lage des deutschen Bildungswesens bieten. Er bildet Bildungsprozesse in der Perspektive des Lebenslaufs ab und zeichnet indikatoren-gestützt die Leistungen der verschiedenen Bereiche des deutschen Bildungswesens nach: angefangen vom Elementarbereich über den Schulbereich, die berufliche Ausbildung, die Hochschule bis hin zur Weiterbildung. Bildungsberichter-

stattung ist dabei als Bestandteil eines umfassenden Bildungsmonitorings zu verstehen, das darauf abzielt, durch kontinuierliche, datengestützte Beobachtung und Analyse Informationen für politisches Handeln aufzubereiten und bereitzustellen. Damit fügt sich der Bildungsbericht ein in die für den Schulbereich bereits im Jahre 2006 von der Ständigen Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) erklärte und 2015 überarbeitete „Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring“ in Deutschland.

Quelle, weitere Informationen und Download:

[www.bildungsbericht.de/de/nationaler-bildungsbericht](http://www.bildungsbericht.de/de/nationaler-bildungsbericht)



## Broschüre zum politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement muslimischer Jugendlicher erschienen

Die Broschüre „Politisches und zivilgesellschaftliches Engagement muslimischer Jugendlicher“, die eine vielfältige, lebendige Szene muslimischer Jugendarbeit mit einem breiten Angebot explizit für muslimische Jugendliche zeigt, ist im Rahmen des Projekts „JUMA – jung, muslimisch, aktiv“ entstanden und wurde durch die Bundeszentrale für politische Bildung finanziert. JUMA ist ein Forum, über das sich junge Muslime gesellschaftlich einmischen und aktiv mitmischen können. Die Broschüre bietet einen Überblick

über die vielfältigen Aspekte gesellschaftlicher und politischer Partizipation junger Musliminnen und Muslime.

Quelle, weitere Informationen und Download: [www.juma-projekt.de](http://www.juma-projekt.de)



## Aktuelle Untersuchung zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland

Der Freiwilligensurvey ist die größte aktuelle Untersuchung zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Er wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegeben und seit 1999 alle fünf Jahre zur Verfügung gestellt. Seither hat sich die Zahl der befragten Personen ständig erhöht: 2014 wurden 28.690 Personen befragt (2009: 20.005; 2004: 15.000; 1999: 14.922). Die Befragung von 2014 erfolgte in 30-minütigen Telefoninterviews, zu 70,8 % über Festnetznummern und zu 29,2 % über Mobil-

funknummern, welche 2014 erstmals einbezogen wurden. In Deutschland engagieren sich 31 Millionen Menschen ehrenamtlich in ihrer Freizeit, über 40 % der Menschen ab 14 Jahren – das sind zehn Prozent mehr engagierte Bürger/-innen als noch vor 15 Jahren.

Quelle: [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

Kurzfassung: [www.bmfsfj.de/freiwilligensurvey-kurzfassung](http://www.bmfsfj.de/freiwilligensurvey-kurzfassung)

Langfassung: [www.bmfsfj.de/freiwilligensurvey-langfassung](http://www.bmfsfj.de/freiwilligensurvey-langfassung)

## Datenreport 2016 – Sozialbericht für Deutschland erschienen

Im Mai 2016 ist der Datenreport 2016 erschienen. Er liefert Befunde zur Lebenssituation von Migranten in Deutschland und zeigt, dass Zuwanderer seltener erwerbstätig sind als Menschen ohne Migrationshintergrund. Sie verdienen weniger und sind eher von Armut bedroht. Mit steigender beruflicher Qualifikation, so wird deutlich, sinkt das Risiko der Erwerbslosigkeit. Migranten in Deutschland sind mit 35,4 Jahren deutlich jünger als Menschen ohne Migrationshintergrund (46,8 Jahre). Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den Migrantengruppen. Deutlich ist der Einfluss der Bildung. Auch für Migranten gilt: Mit höherem Bildungsstand verbessern sich ihre Chancen am Arbeitsmarkt, sie erzielen höhere Einkommen und ihr Armutsrisiko sinkt.

Zum ersten Mal berichtet der Datenreport auch über die Lebenssituation älterer Migranten, deren Armutsrisiko deutlich höher ist als das der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Quelle und weitere Informationen: Statistisches Bundesamt, [www.destatis.de](http://www.destatis.de); Wissenschaftszentrum Berlin, [www.wzb.eu](http://www.wzb.eu)

Download: [www.wzb.eu/de/publikationen/datenreport/datenreport-2016](http://www.wzb.eu/de/publikationen/datenreport/datenreport-2016)

Die Buchausgabe ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

---

## Handbuch erschienen: „Mehr Europa“ in Beteiligungsprojekten

Bis 2018 wollen alle Länder der Europäischen Union die Situation junger Menschen mit der EU-Jugendstrategie verbessern. Bei der Umsetzung in Deutschland liegt ein Fokus auf der Förderung von Partizipation und Stärkung von Demokratie. In diesem Zusammenhang ist Anfang 2016 ein Handbuch mit Beispielen für europäische Beteiligungskultur erschienen, erstellt von der Service- und Transferstelle bei JUGEND für Europa. Die Partizipationslandschaft in Deutschland ist geprägt von vielfältigen Formaten, Methoden und Projekten. Beteiligung gelingt vor allem auf der lokalen Ebene, weil sie räumlich und politisch den jugendlichen Lebenswelten am nächsten ist. Konkretes Interesse von Jugendlichen findet hier eher einen fruchtbaren Boden und Partizipation führt häufiger zu konkreten, sofort sicht- und fühlbaren Ergebnissen. „Europa“ scheint in dieser Logik fast der größte anzunehmende Abstand zwischen dem konkreten Leben junger Menschen und ihrer nachhal-

tigen Einflussnahme auf die demokratische Mitgestaltung zu sein. Doch diese Annahme trifft nur auf den ersten Blick zu. Das Handbuch verdeutlicht mit zwölf Praxisbeispielen, wie gewinnbringend europäische Impulse für die Partizipationsarbeit vor Ort genutzt werden können.

Quelle, weitere Informationen und Download:  
[www.jugendpolitikeneuropa.de](http://www.jugendpolitikeneuropa.de)



EU-Jugendstrategie: [www.jugendgerecht.de/eu-jugendstrategie](http://www.jugendgerecht.de/eu-jugendstrategie)  
Service- und Transferstelle bei JUGEND für Europa:  
[www.jugendfuereuropa.de/strukturen/service-transferstelle](http://www.jugendfuereuropa.de/strukturen/service-transferstelle)

---

## Studie „Die enthemmte Mitte – rechtsextreme und autoritäre Einstellung in Deutschland“

Im Juni 2016 wurde in Berlin die aktuelle „Mitte“-Studie mit dem Titel: „Die enthemmte Mitte – rechtsextreme und autoritäre Einstellung in Deutschland“ durch die Autoren vorgestellt. Seit 2002 werden die „Mitte“-Studien von einer Arbeitsgruppe um Elmar Brähler, Johannes Kiess und Oliver Decker an der Universität Leipzig in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung, der Otto Brenner Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung realisiert. Im Zwei-Jahres-Rhythmus werden repräsentative Erhebungen durchgeführt und wird mit Gruppendiskussionen die Entstehung von Einstellungen untersucht. Durch die Langzeitbeobachtung entwickelten sich die Studien über die Jahre zu einem Barometer politischer Einstellung in Deutschland. Die gewonnenen Daten und die sozialpsychologischen Analyse der Universität Leipzig sind eine wichtige Grundlage der Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus.

Der Titel der aktuellen Studie spielt darauf an, dass die in der Gesellschaft vorhandenen fremdenfeindlichen und autoritären Einstellungen zwar nicht unbedingt weiter ansteigen – sie sind bereits in der Mitte der Gesellschaft verankert –, dass sie aber durch die jüngsten Veränderungen im Parteiensystem eine politisch-ideologische Heimat gefunden haben. „Die rechtsextrem Eingestellten werden zum politischen Subjekt, das nicht nur mit Macht die Ideologie der Ungleichwertigkeit enttabuisiert, sondern auch die gewaltvolle Durchsetzung ihrer Interessen für legitim hält“, heißt es im Vorwort der Studie.

Quelle, weitere Informationen und Download:  
[www.kredo.uni-leipzig.de/die-mitte-studien](http://www.kredo.uni-leipzig.de/die-mitte-studien)

## Extremismusprävention: Strategie der Bundesregierung

Am 13. Juli 2016 wurde die Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung beschlossen und publiziert. Es handelt sich um die erste ressortübergreifende Strategie in diesem Bereich. Sie setzt auf ein gemeinsames Handeln des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Zivilgesellschaft. Vor Ort wie online soll mit Jugendlichen diskutiert, sollen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und sonstige Bezugspersonen unterstützt, soll Ausstiegswilligen geholfen und Hass- und Hetztiraden im Netz entgegengetreten werden. Im Vorwort heißt es dazu: „Die Strategie der Bundesregierung besteht darin, bundesweit an die für die Extremismusprävention und Demokratieförderung entscheidenden Orte zu gehen – in die Sozialräume, Kommunen und Landkreise, in die Institutionen, Vereine und Verbände, an die Schulen, in die

Gefängnisse und auch an viele andere Orte, an denen sich Menschen für die Stärkung der Demokratie und die Verteidigung der Menschen- und Freiheitsrechte einsetzen. Aber auch online will die Bundesregierung verstärkt Präsenz zeigen. Überall soll mit Jugendlichen diskutiert, sollen Lehrer/-innen, Eltern und sonstige Bezugspersonen unterstützt, soll Ausstiegswilligen geholfen und Hass- und Hetztiraden im Netz entgegengetreten werden.“ (S. 9)

Quelle, weitere Informationen und Download: [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)



## Neuerscheinung zur pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Die Arbeits- und Forschungsstelle „Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention“ des Deutschen Jugendinstituts (DJI) stellt die Publikation „Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten – Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus“ von Sally Hohnstein und Frank Greuel unter Mitarbeit von Michaela Glaser kostenfrei zur Verfügung.

Die Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen ist seit gut 25 Jahren Bestandteil pädagogischer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Jugendalter. In diesem Zeitraum wurden im DJI in diesem Handlungsfeld verschiedene Arbeitsformate entwickelt, die Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen aufhalten bzw. Prozesse der Abkehr von

rechtsextremen Szenen und/oder Ideologien unterstützen sollen. Die Publikation präsentiert die Ergebnisse einer Studie, in der existierende Ansätze recherchiert sowie Fachkräfte zu ihren Praxiserfahrungen befragt wurden. Es werden erfolgsversprechende Vorgehensweisen und Gelingensbedingungen diskutiert sowie Herausforderungen und Grenzen der Arbeit aufgezeigt. Außerdem werden Entwicklungsbedarfe und -perspektiven herausgearbeitet.

Quelle und Download: [www.dji.de](http://www.dji.de)



---

## BOOKMARKS, das Trainingshandbuch zur #NoHateSpeech-Kampagne des Europarates auf Deutsch erschienen

Die No Hate Speech-Bewegung des Europarats ist eine Jugendkampagne, die seit 2013 läuft und für sämtliche gesellschaftlichen Bereiche von Relevanz ist. Die Aktualität des Themas und die Notwendigkeit, entsprechende Maßnahmen umzusetzen, macht diese vom Europarat herausgegebene Publikation so bedeutsam. Sie ist erstmals auf Deutsch erschienen. Die Übersetzung wurde anlässlich der 60jährigen Mitgliedschaft Österreichs im Europarat ermöglicht. Das Handbuch hat den Titel: „Bookmarks – Bekämpfung von Hate Speech im Internet durch Menschen-

rechtsbildung“ und wurde als Lehr- und Lernmaterial für die Jugendarbeit entwickelt, richtet sich aber auch an ein breiteres Feld der Bildungsarbeit.

Quelle, weitere Informationen und Download: [www.politik-lernen.at](http://www.politik-lernen.at)



---

## Neue IDA-Broschüre: Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung e. V. (IDA) hat im Rahmen seines mit Unterstützung durch die Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführten Projekts DIMENSIONEN eine Broschüre mit dem Titel „Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft. Ein Methodenreader für Multiplikator\_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit“ veröffentlicht. Autor ist Rolf Knieper in Zusammenarbeit mit Elizaveta Khan. Das Projekt DIMENSIONEN will dazu beitragen, dass (post-)migrantische Perspektiven auf den NSU-Komplex gehört und sichtbar werden und die (Selbst-)Repräsentation dieser unterschiedlichen Stimmen Unterstützung findet. Eine stärkere gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund kann ein Weg sein, Diskriminierungen abzubauen und rassistischen Taten entgegenzuwirken. IDA möchte darüber hinaus durch Bildungsarbeit die gesamte Gesellschaft für (post-)migrantische Perspektiven auf den NSU sensibilisieren.

Die Broschüre enthält einen Theorieteil zur rassismuskritischen Bildungsarbeit, zur gesellschaftlichen und historischen Verortung des NSU-Komplexes und zur medialen Berichterstattung in deutsch- und türkischsprachigen Medien. Der Praxisteil enthält Methoden und Übungen zu (institutionellem) Rassismus, Positionen aus migrantischen Communities, Untersuchungen zur Berichterstattung in den Medien sowie rechtliche Tipps und Hinweise zu migrantischer Selbstorganisation. Die Projektdokumentation ist mit einer kopierfreundlichen Spiralbindung versehen, sodass Arbeitsblätter und Informationsblöcke einfach vervielfältigt werden können.

Quelle: [www.idaev.de](http://www.idaev.de)

Bestellung der Broschüre: [www.idaev.de/publikationen/bestellformular](http://www.idaev.de/publikationen/bestellformular)

Weitere Informationen zum Projekt: [www.projekt-dimensionen.de](http://www.projekt-dimensionen.de)

## Flucht und Asyl in einfacher Sprache

Mit dem Heft „einfach Politik: Flucht und Asyl“ bietet die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb leicht verständliche Informationen zur Debatte über Geflüchtete in Deutschland. Um eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen, werden zentrale Begriffe und Zusammenhänge in der Publikation in einfacher Sprache erklärt. Das Heft ist in gedruckter Form kostenlos bestellbar und steht auch als PDF-Download zur Verfügung.

Im Heft werden alle grundlegenden Aspekte des Themas beleuchtet. Dazu gehören Fluchtursachen, Fluchtrouten und das Asylverfahren in Deutschland sowie Men-

schenrechte und die besonderen Rechte Verfolgter. Über die Vermittlung von Fakten hinaus werden auch die Voraussetzungen für eine sachliche Diskussion benannt. Um die politische und gesellschaftliche Diskussion rund um Geflüchtete in Deutschland darzustellen, werden unterschiedliche Meinungen und Argumente erläutert. Die Leser/-innen werden ermutigt, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln und aktiv in die Diskussion einzusteigen.

Quelle, Download und Bestellung der Printausgabe:  
[www.bpb.de/224917](http://www.bpb.de/224917)

## AGJ-Position zur Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Die Diskussion darüber wie die Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) zu gestalten sind, wird gegenwärtig von verschiedenen politischen Zielen und Überlegungen zur Kostenentwicklung bestimmt. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) sieht hier insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe in der Verantwortung, eine fundierte Diskussion über die Voraussetzungen einer gelingenden Integration anzustoßen. Mit ihrem Positionspapier bringt die AGJ ausgewählte fachpolitisch relevante Aspekte in die aktuelle Debatte ein.

Es soll als Zwischenruf in der jetzigen Diskussion verstanden werden und keinesfalls abschließend sein.

Quelle und Download: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ; [www.agj.de](http://www.agj.de)



---

## Ende des Aufwärtstrends in der Weiterbildung

Die Auswertungen des wbmonitor, der das Wirtschaftsklima für den Bildungsbereich Erwachsenen- und Weiterbildung ermittelt, wurden im April 2016 bekannt gegeben. Deutlich wird, dass sich im Jahr 2015 der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre in der Weiterbildungsbranche nicht fortgesetzt hat. Nur überwiegend betrieblich finanzierte Anbieter konnten sich von dem insgesamt leicht rückläufigen Gesamttrend abheben.

Themenschwerpunkt der Umfrage 2015, die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) realisiert wurde, war die öffentliche Förderung der Teilnehmer/-innen durch den Staat. Bund und Länder fördern mit unterschiedlichen Instrumenten die individuelle Teilnahme v. a. an beruflicher Weiterbildung, beispielsweise durch Bildungsgutscheine, die Bildungsprämie oder den Bildungsscheck NRW. 2014 wurden vier von zehn Weiterbildungsteilnehmern

den öffentlich gefördert. Etwas mehr als die Hälfte davon sind Menschen, deren Teilnahme durch die Bundesagentur für Arbeit unterstützt wurde, z. B. Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte mit Bildungsgutscheinen.

Darüber hinaus informiert der wbmonitor mit umfangreichen Strukturdaten z. B. über das Personal in der Weiterbildung, Einnahmequellen, Themenschwerpunkte, Veranstaltungsformate und das Leistungsspektrum der Weiterbildungsanbieter. Die Studie steht als Open Access-Publikation zur Verfügung.

Quelle und weitere Ergebnisse: <https://wbmonitor.bibb.de>



---

## Neues DIE-Projekt fördert Lernprozesse von Lehrenden in der Erwachsenenbildung

Im April startete das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) das Projekt EULE, dessen Ziel es ist, internetbasierte Lernangebote für Lehrende in der Erwachsenenbildung zu entwickeln. EULE steht für „Entwicklung einer webbasierten Lernumgebung für Weiterbildung, Kompetenzerwerb und Professionalisierung von Lehrenden der Erwachsenenbildung“. Die im Projekt entwickelten Angebote sollen den Erwerb von erwachsenenpädagogischen Kompetenzen fördern und werden nach ihrer Fertigstellung

über [www.wb-web.de](http://www.wb-web.de) erreichbar sein. Das Projekt EULE mit einer Laufzeit von drei Jahren ist ein Kooperationsprojekt mit dem Lehrstuhl Erwachsenenbildung/Weiterbildung der Universität Tübingen und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Quelle und weitere Informationen:  
[www.die-bonn.de/id/32411/about/html](http://www.die-bonn.de/id/32411/about/html)

## Das Deutsch-Polnische Jugendwerk feiert 25-jähriges Jubiläum

In diesem Jahr feiert das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) sein 25-jähriges Bestehen: Seit 25 Jahren werden durch das DPJW persönliche Begegnung zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen möglich gemacht – eine wichtige Voraussetzung für ein Europa in Frieden und ohne Grenzen.

Am 16. Juni 2016 lud Bundespräsident Joachim Gauck zu einer Festveranstaltung ein, um zusammen mit dem polnischen Präsidenten, Andrzej Duda, den 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags zu feiern. Der Nachbarschaftsvertrag wurde am 17. Juni 1991 unterzeichnet, um die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen voranzubringen. Er ergänzte den deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990, der damals die Oder-Neiße-Linie zur unverletzlichen polnischen Westgrenze erklärte. Zudem regelte der Vertrag auch den Jugend-, Kultur- und Wissenschaftsaustausch beider Länder. Die gleichzeitige

Gründung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks sollte jungen Menschen aus Polen die Möglichkeit geben, insbesondere den Nachbarn Deutschland kennenzulernen und umgekehrt, sollten junge Deutsche die Umbrüche im Nachbarland im Austausch mit Gleichaltrigen jenseits der Oder und Neiße miterleben können. Mehr als 120.000 junge Menschen aus Deutschland und Polen nehmen jedes Jahr an den Programmen teil. In den letzten 25 Jahren haben sich fast 3 Millionen junge Menschen aus Deutschland und Polen durch das DPJW kennen gelernt.

Das DPJW wird vom BMFSFJ sowie vom polnischen Bildungsministerium finanziert.

Quelle: News des BMFSFJ vom 15.06.2016

Weitere Informationen: [www.dpjw.org](http://www.dpjw.org)

## Kinofilm NEBEL IM AUGUST zum Thema Inklusion, Menschenwürde, Grundwerte

Am 29. September 2016 startet der Kinofilm „Nebel im August“ (Regie: Kai Wessel). Er basiert auf dem Tatsachenroman von Robert Domes und erzählt die wahre Geschichte des Jungen Ernst Lossa, der sich mutig gegen ein menschenverachtendes System wehrte. Er wurde zur Zeit des Nationalsozialismus als schwer erziehbar eingestuft, in eine „Heil- und Pflegeanstalt“ eingewiesen und später im Rahmen des NS-Euthanasie-Programms ermordet.

Der Film greift die Themen Inklusion von Menschen mit Handicaps, Grundwerte einer Gesellschaft, Verbrechen an der Menschlichkeit und persönliche Verantwortung auf. Der Film wird mit Bildungsmaterial begleitet.

Quelle und weitere Informationen: [www.nebelimaugust.de](http://www.nebelimaugust.de)

## Spielfilm KÖPEK von Esen Işık

Am 13. Oktober 2016 kommt der Spielfilm KÖPEK von Esen Işık in Deutschland in die Kinos. Der Film erzählt drei Geschichten aus dem heutigen Istanbul. Sie zeigen eine Gesellschaft, in der Gleichstellung, Toleranz und Menschenrechte offene Fragen sind. Dieser außergewöhnliche Film wurde als „Bester Spielfilm“ mit dem Schweizer Filmpreis 2016 ausgezeichnet. Der Film ist ein Beitrag zur Diskussion über die Türkei, die Lage der Menschenrechte,

Gleichstellung von Mann und Frau, Kinderarbeit und Genderfragen. Der Film – so die Macher – ist gut im Rahmen von Veranstaltungen zu den angesprochenen Themen einsetzbar. Er ist Plattform und Statement zugleich, polarisiert und glättet und erzählt mit ungeheurer Wucht über die Dinge des Lebens.

Link zum Trailer: <https://vimeo.com/172593211>

# Ausschreibungen und Wettbewerbe

## Ausschreibung des Förderprogramms „Zwangsarbeit und vergessene Opfer“

Der Stand der Aufarbeitung der NS-Zwangsarbeit ist in Europa nach wie vor sehr unterschiedlich. Es gibt zudem in Deutschland und den damals vom NS-Regime besetzten Ländern bzw. deren Nachfolgestaaten weitere Opfergruppen von NS-Unrecht, die noch keinen angemessenen Platz in der jeweiligen Erinnerungskultur haben. Diese werden in Deutschland häufig mit dem Begriff „vergessene“ NS-Opfer bezeichnet. Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) unterstützt mit diesem Programm Projekte, die einen multiperspektivischen Ansatz verfol-

gen und dadurch zur Entwicklung eines europäischen Geschichtsverständnisses beitragen. Es werden internationale Projekte unter Beteiligung deutscher Partner gefördert, die sich in Ausstellungen, Dokumentationen, Dokumentarfilmen sowie sonstigen Formaten mit der NS-Zwangsarbeit auseinandersetzen sowie Projekte, die sich der Erinnerung an „vergessene“ NS-Opfergruppen widmen. Bewerbungsschluss ist der 15. Oktober 2016.

Quelle und weitere Informationen: [www.stiftung-evz.de](http://www.stiftung-evz.de)

## EUROPEANS FOR PEACE: Förderung für internationale Jugendprojekte

Die neue Ausschreibung für Projekte in 2017 und 2018 des Förderprogramms EUROPEANS FOR PEACE der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) ist erschienen. Die Stiftung EVZ fördert im Programm EUROPEANS FOR PEACE internationale Austauschprojekte für Jugendliche aus Deutschland und den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie Israel. Schulen und außerschulische Bildungsträger sind aufgerufen, sich in internationaler Partnerschaft um die Förderung ihres

gemeinsamen Vorhabens zu bewerben. EUROPEANS FOR PEACE stärkt das geschichtsbewusste Engagement Jugendlicher für Menschenrechte und Völkerverständigung. Die aktuelle Ausschreibung hat das Thema „Diskriminierung: Augen auf!“. Bewerbungsschluss ist der 1. Dezember 2016.

Weitere Informationen und das Antragsformular:  
[www.stiftung-evz.de/efp](http://www.stiftung-evz.de/efp)

## Interessenbekundungsverfahren zur Förderung innovativer Projekte der Kinder- und Jugendhilfe gestartet

Das Interessenbekundungsverfahren für den KJP-Innovationsfond 2017–2019 des BMFSFJ ist – mit unterschiedlichen Themenstellungen in den einzelnen KJP-Programmen – eröffnet. Für die politische Bildung lautet der thematische Schwerpunkt: „Flucht, Migration, Heimat und Religion – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ und für den Bereich der Internationalen Jugendarbeit: „Mehr Austausch und Begegnung – Jugend gestaltet Information und Beratung“. Auf den Internetseiten des BMFSFJ finden sich ausführliche Erläuterungen, werden die Prioritäten

dargestellt und können die entsprechenden Formulare abgerufen werden.

Die Projekte können im 1. Quartal 2017 beginnen und bis Ende September 2019 gefördert werden. Die Förderung von überjährigen Projekten ist möglich. Die Interessenbekundung kann bis zum 15. Oktober 2016 per E-Mail an [innovationsfonds@bmfsfj.bund.de](mailto:innovationsfonds@bmfsfj.bund.de) eingereicht werden.

Weitere Informationen:  
[www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=226908.html](http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=226908.html)

# Veranstaltungen

**8. und 9. November 2016**

Berlin

## Flucht & Asyl – Konsequenzen und Herausforderungen für die politische Teilhabe

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung / Netzwerk Verstärker  
[www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker/75344/netzwerktreffen](http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker/75344/netzwerktreffen)

**10. bis 12. November 2016**

Zagreb (Kroatien)

## NECE 2016 – Networking European Citizenship Education-Conference

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung  
[www.nece.eu](http://www.nece.eu)

**17. und 18. November 2016**

Lüneburg

## Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung – eine Bestandsaufnahme

Veranstalter: AG „Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung“ der GPJE  
[www.gpje.de/html/ajeb.html](http://www.gpje.de/html/ajeb.html)

**22. und 23. November 2016**

Vlotho

## Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.  
[www.adb.de/fachtagungen](http://www.adb.de/fachtagungen)

**25. und 26. November 2016**

Buchenbach

## Demokratie und Integration (mit-)gestalten: Flucht und Geflüchtete in der politischen Bildung

Veranstalter: Studienhauses Wiesneck; Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.  
[www.wiesneck.de](http://www.wiesneck.de)

**5. und 6. Dezember 2016**

Berlin

## Wie geht's? Wenig erreichte Zielgruppen der politischen Bildung – Zugangsmöglichkeiten

Veranstalter: Transferstelle politische Bildung; Berliner Landeszentrale für politische Bildung; Arbeitsbereich politische Bildung des Otto-Suhr-Institutes der FU Berlin, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

<https://transfer-politische-bildung.de/schwerpunkte/16-wenig-erreichte-zielgruppen>

**5. und 6. Dezember 2016**

Bonn

## DIE-Forum Weiterbildung 2016: Erwachsenenbildung in der Einwanderungsgesellschaft

Veranstalter: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung  
[www.die-forum.de](http://www.die-forum.de)

# Zeitschriftenschau

**Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 16–17/2016** Schwerpunkt: Unternehmertum

**Heft 18–19/2016** Schwerpunkt: Arbeit und Digitalisierung

**Heft 20–22/2016** Schwerpunkt: Kulturpolitik

**Heft 23/2016** Schwerpunkt: Kulturrevolution

**Heft 24–25/2016** Schwerpunkt: Terrorismus

**Heft 26–27/2016** Schwerpunkt: Flucht historisch

**Heft 28–29/2016** Schwerpunkt: Deutsche Außenpolitik

**Heft 30–32/2016** Schwerpunkt: Pressefreiheit

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Adenauerallee 86, 53113 Bonn; [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

**Blätter für deutsche und internationale Politik,**

**Heft 5/2016** Schwerpunkte z. B.: EU: Die nationalistische Blockade; Panama Papers: Der Kampf gegen Geldwäsche; AfD oder: Die Krise der Repräsentation

**Heft 6/2016** Schwerpunkte z. B.: Populismus plus Programm: Das Dilemma der AfD; Österreich als Menetekel; Das Versagen der politischen Mitte: Die EU und der Aufstieg des Rechtspopulismus

**Heft 7/2016** Schwerpunkte z. B.: Nach Obama: Die Welt vor Trump?; Chinas Glanz und Grenzen; Systemfrage von rechts; Die offene Gesellschaft als ihr eigener Feind

**Heft 8/2016** Schwerpunkte z. B.: Nach dem Brexit: Europa vor dem Exit?; Wie aus Linken Rechte werden

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

**couragiert – Das Magazin für demokratisches Handeln und Zivilcourage, Heft 2/2016** Schwerpunkt: Wo ist das Volk?

Auf der Suche nach mehr Beteiligung

Bezug: Aktion Zivilcourage e. V., Postfach 100228, 01782 Pirna; [www.aktion-zivilcourage.de](http://www.aktion-zivilcourage.de); [www.couragiert-magazin.de](http://www.couragiert-magazin.de)

**deutsche jugend, Heft 5/2016** Schwerpunkt: Partizipation von Kindern und Jugendlichen

**Heft 6/2016** Schwerpunkt: Bildungsprozesse aufgrund gesellschaftlicher Erfahrungen

**Heft 7–8/2016** Schwerpunkt: Jugendarbeit in den Sozialräumen der Stadt

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

**Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, Heft 1/2016**

Schwerpunkt: Gute Flüchtlinge, schlechte Flüchtlinge?!

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

**DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 3/2016**

Schwerpunkt: Sprache und Sprechen in der Erwachsenenbildung

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; [www.wbv.de](http://www.wbv.de)

**DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts,**

**Heft 1/2016** Schwerpunkt: Neue Väter: Legende oder Realität?

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; [www.dji.de/impulse](http://www.dji.de/impulse)

**Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen**

**Dialog, Heft 2/2015** Schwerpunkt: Frankreich – Allemagne; In weiter Ferne, so nah – Si loin, si proche

Bezug: Verlag Dokumente GmbH, Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn; [www.dokumente-documents.info](http://www.dokumente-documents.info)

**EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 2/2016** Schwerpunkt: Das haben wir schon immer so gemacht/Comme d'habitude.

Fokus Innovation

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; [www.alice.ch](http://www.alice.ch)

**forum erwachsenenbildung**, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.), **Heft 2/2016** Schwerpunkt: Eine Welt – diverse Heimat

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; [www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

**GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung**, **Heft 2/2016** Schwerpunkte u. a.: Armutsdefinition und Fluchtmigration; Die populistische Revolte in den USA; Können Märkte das Klima retten?

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; [www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)

**Hessische Blätter für Volksbildung**, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 2/2016** Schwerpunkt: 70 Jahre hvv – Verbände und Supportstrukturen

Bezug: [www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung](http://www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung)

**Journal für politische Bildung**, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 3/2016** Schwerpunkt: Arbeitswelt 4.0

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

**Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug)**, hrsg. von der BAG Jugendschutz, **Heft 2/2016** Schwerpunkt: Islamistischer Radikalisierung Jugendlicher vorbeugen

**Heft 3/2016** Schwerpunkt: Lebenssituation und Bedürfnisse von minderjährigen Flüchtlingen

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; [www.kjug-zeitschrift.de](http://www.kjug-zeitschrift.de)

**Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs**, **Heft 28/2016** Schwerpunkt: Demokratielernen. Eine Vielfalt von Fähigkeiten und eine Frage der Übung

Bezug: [www.erwachsenenbildung.at/magazin](http://www.erwachsenenbildung.at/magazin)

**merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik**, **Heft 2/2016** Schwerpunkt: 60 Jahre merz – 60 Jahre Medienpädagogik

**Heft 3/2016** Schwerpunkt: Empowerment und inklusive Medienpraxis

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; [www.kopaed.de](http://www.kopaed.de)

**Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte**, **Heft 5/2016** Schwerpunkt: Frei Wildbahn? Moral. Recht. Markt

**Heft 6/2016** Schwerpunkt: Rückkehr der Verteilungsfrage

**Heft 7–8/2016** Schwerpunkt: Willkommen. Integration nachgefragt

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

**POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung**, **Heft 3/2016** Schwerpunkt: Fluchtziel D

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

**Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten**, **Heft 4/2016** Schwerpunkte: Was ist Politik? (Sek. I); The US Presidential Elections (Sek. II)

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

# pb-digital

## Helfen einfacher machen: „Willkommen bei Freunden“-App

Das Engagement von Freiwilligen für Geflüchtete ist immer noch sehr hoch. Doch häufig finden Helfer und Initiativen erst nach längerem Suchen zueinander. Mit der App möchten das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) das Helfen bundesweit einfacher machen. Die App zeigt, welche Hilfe Kommunen und Flüchtlingsinitiativen aktuell brauchen. Entstanden ist die App in Kooperation mit den bereits bestehenden Hilfeportalen „Helpto“, „ichhelfe.jetzt“ und „clarat“. Ziel der Zusammenarbeit ist es, die Vernetzung der Freiwilligenlandschaft in Deutschland zu fördern.

[www.willkommen-bei-freunden.de](http://www.willkommen-bei-freunden.de)

## Erklärvideos zum Europäischen Parlament und zum Thema TTIP

Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Berlin hat auf zwei besondere Videos aufmerksam gemacht, die sich an Jugendliche und Erstwähler/-innen richten. In beiden Videos werden auf jugendgemäße und unkomplizierte Weise die grundlegenden Fakten zum Europäischen Parlament und zum Thema TTIP in jeweils ca. 9 Minuten klar und sachlich dargestellt.

Über das Europäische Parlament:  
[www.youtube.com/watch?v=nv\\_eoc7KCKg](http://www.youtube.com/watch?v=nv_eoc7KCKg)

Pro und contra TTIP: [www.youtube.com/watch?v=3O82Z7Z-dzo](http://www.youtube.com/watch?v=3O82Z7Z-dzo)

## Internetportal: „Integration, die allen hilft. Deutschland kann das.“

Unter dem Motto „Integration, die allen hilft. Deutschland kann das“ hat die Bundesregierung ein Internetportal gestartet. Anlass ist die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zum neuen Integrationsgesetz. Die Internetseite soll zeigen, dass vielerorts die Integration der Flüchtlinge gelingt. Auf der Online-Plattform macht eine Landkarte mit bundesweit über 230 Integrationsprojekten und Initiativen das vielfältige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern deutlich. Die Liste der Projekte wird laufend erweitert. Es ist auch möglich, Initiativen zu melden. Zudem finden sich auf der Seite alle aktuellen Informationen zum Integrationsgesetz und zur Integrations- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

[www.deutschland-kann-das.de](http://www.deutschland-kann-das.de)

## Monitoringbericht zum Thema „Rechtsextreme und menschenverachtende Phänomene im Social Web“

Die Amadeu Antonio Stiftung hat Ende Juni 2016 einen Monitoringbericht zum Thema „Rechtsextreme und menschenverachtende Phänomene im Social Web“ veröffentlicht, der im Rahmen des Projekts *dehate debate* (ehemals *no-nazi.net*) entstanden ist. Wer sind die treibenden Kräfte rechtsextremer Propaganda im Netz? Welche Akteurinnen und Akteure sind relevant? Und welche Phänomene und Narrative sind am häufigsten verbreitet? Der Bericht gibt einen Überblick und sortiert die Strömungen, Instrumente und Narrative in die Ereignisse der letzten anderthalb Jahre ein.

Weitere Informationen und Download:  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de/monitoringbericht](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/monitoringbericht)

# Impressum

## Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

**3/2016**

47. Jahrgang

**Herausgeber:** Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke

**Redaktion:** Dr. Friedrun Erben

**Redaktionsbeirat:** Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Dr. Meron Mendel, Wolfgang Pauls, Dr. Beate Rosenzweig, Ulrike Steimann

**Redaktions- und Bezugsanschrift:**  
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin  
Telefon: 030 400401-11  
E-Mail: redaktion@adb.de  
adb.de

**Gestaltung und Satz:** Berliner Süden, berlinersueden.de

**Herstellung:** Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

**Bildnachweis:** Copyrightthinweise siehe Fotos

## Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

**Einzelheft:** 7 €

**1 bis 3 Abonnements:** jährlich 20 €

**ab 4 Abonnements:** jährlich 16 €

**Abonnements für Studenten, Praktikanten,**

**Referendare, Arbeitslose:** jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

adb.de